

und er mir gesagt hat, relato refero hier, wenn ich darf, daß du durchaus kapiert hast, worum es geht in diesem Zusammenhang. Daß du hier das nicht kapiieren willst, ist entweder wider besseres Wissen, würde deine intellektuelle Redlichkeit beschädigen in meinen Augen, die ich sehr ernst nehme und sehr hoch achte, ist aber im übrigen, wie gesagt, für mich persönlich etwas bedauerlich, weil ich dich zu gut kenne. Die Dinge, die du heute angesprochen hast, die kriegst du. Die kannst du aber erst kriegen zu einem Zeitpunkt, wo auch die Fakten dafür vorliegen. Ich kann dir nur sagen – ich habe mit dem Kollegen Pachmaier vor einigen Tagen gesprochen –, daß all das, was er in den Annahmen seiner Studie drinnen hat, bei weitem im positiven Sinne übertroffen wurde. Die Verlegung des Renntermines vom August in den September spielt nicht nur keine Rolle in diesem Zusammenhang, sondern hat sich einmal zunächst als sehr vorteilhaft erwiesen. Im übrigen, Christian, weißt du auch, wir haben gesagt, es ist ein Ereignis, es ist die Lokomotive, dahinter gibt es ein dichtes Programm seit einigen Tagen, das bis zum Ende des Jahres inklusive der gesamten ÖAMTC-Investitionen dort laufen wird. Und das ist für die Region insgesamt dort ein Impuls.

Vorletzte Bemerkung: Ich habe das auch gelesen, was die Rechtsabteilung 10 hier hineingeschrieben hat. Ich habe es geflissentlich überlesen, ich weiß gar nicht, ob es der Kollege Gennaro heute zitiert hat, aber der Martin Wabl hat es zitiert. Freunde, auf Beamtenstreits lasse ich mich nicht ein. Ich weiß ganz genau, daß es im Hintergrund hier ein Match Rechtsabteilung 10 gegen Holding gegeben hat, weil die Holding in London verhandelt hat. Und so sind die Dinge einmal. Im übrigen, ich respektiere, was die Rechtsabteilung 10 dort hineinschreibt, aber ich möchte auch dazusagen, was die wahren Hintergründe sind hinter solchen Geschichten, damit es auch hier in aller Offenheit geklärt ist. Und dann möchte ich noch was zu diesem Punkt sagen, dafür gibt es aber hoffentlich noch Politiker, die sagen, die Beamten müssen klarerweise – Legalitätsprinzip – im Rahmen der Gesetze ihre Arbeit tun, aber es wird dann auch noch einen politischen Willen geben. Und ich gehöre zu jener Sorte von Leuten, die der Meinung sind, wir Politiker sind dazu da, daß noch etwas geschieht und etwas weitergeht. Und noch einmal in diesem Sinne mein großer Dank an alle, die hier mitgeholfen haben. Ich bin froh, daß es jetzt einen breiten politischen Konsens gibt, einen möchte ich namentlich nennen. (Abg. Dr. Flecker: „Herr Landesrat, nur damit wir uns gegenseitige Wortmeldungen ersparen. Sie kennen unsere Einstellung, ich hoffe, Sie respektieren sie und tun sie jetzt nicht falsch interpretieren!“) Nein, gar nicht. (Abg. Dr. Flecker: „Nur damit wir klar sind!“) Herr Klubobmann, ich bin mit Ihrem Parteivor-sitzenden einer Meinung, daß wir das Projekt – (Abg. Dr. Flecker: „Aus welchen Gründen auch immer aus-finanzieren müssen!“) Nicht nur ausfinanzieren müssen. Mir gegenüber verwendete er andere Worte. Aber wenn Sie intern eine andere Sprachregelung haben, ich will sie hier gar nicht preisgeben. Aber dabei bleiben wir, ich wollte mich insbesondere bei einem namentlich bedanken, das ist der Freund German Vesko, der hier sehr mitgeholfen hat. German, dir danke ich besonders dafür. Denn ich sage noch eines dazu, das möchte ich mit auf die Bedenkenreise geben, Martin,

weil hier über Müllverbrennung gesprochen worden ist. Noch einmal, man kann über jedes Projekt solcher und solcher Meinung sein. Aber mir würde es leid tun, wenn am Ende dieses Jahrzehnts der Ö-Ring oder der A-1-Ring das einzige Projekt wäre, das wir in den neunziger Jahren quasi genuin autochthon als steirische Politik vorweisen können. Ich bedanke mich, daß wenigstens das gelungen ist. (Beifall bei der ÖVP. – 16.45 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke! Das ist die Mehrheit.

Bei den Tagesordnungspunkten 11 und 12 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Fall Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 417/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1996 (9. Bericht für das Rechnungsjahr 1996).

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (16.47 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf berichten, daß am 23. Dezember 1996 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 1.658.000 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Aus dem ordentlichen Haushalt durch die Bindung von Ausgabenersparungen von 358.000 Schilling und im außerordentlichen Haushalt durch die Bindung von Ausgabenersparungen von 1,3 Millionen Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Den 9. Bericht für das Rechnungsjahr 1996 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis zu nehmen und hinsichtlich der Bedeckung zu genehmigen. (16.47 Uhr.)

Präsident: Danke! Wir kommen damit zum Bericht über den Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 418/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1997 (2. Bericht für das Rechnungsjahr 1997).

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile es ihr.

Abg. Gross (16.48 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zur Einl.-Zahl 418 darf ich berichten, daß am 27. Jänner 1997 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 215,548.661,42 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Im ordentlichen Haushalt: Durch die Bindung von Ausgabenersparungen im ordentlichen Haushalt von 203,029.256,90 Schilling.

Im außerordentlichen Haushalt: Durch die Bindung von Ausgabenersparungen von 12,519.411,52 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der 2. Bericht für das Rechnungsjahr 1997 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Betrag von 215,548.661,42 Schilling wird zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (16.48 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (16.49 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Unter diesem Tagesordnungspunkt „Außer- und überplanmäßige Ausgaben“ sehen wir, daß Gelder in die Wirtschaftsförderung transferiert wurden, und zwar in Ziel-2-Gebiete, in Ziel-5 b-Gebiete. Diese Wirtschaftsförderungstransaktionen geben mir die Gelegenheit, im Zuge dieser Diskussion auf ein zwar nur regionales Problem aufmerksam zu machen, aber auf ein wichtiges regionales Problem. Und zwar gibt es seit dem Jahre 1974, also seit 23 Jahren, das Bildröhrenwerk der Firma Philips in Lebring in der Südsteiermark. Bekannt wurde das Werk durch die Herstellung von Bildröhren für Fernseher. Ursprünglich wurde in Lebring nur produziert, inzwischen gibt es jedoch eine eigene Entwicklungs-, Beschaffungs- und Marketingabteilung sowie ein eigenes Management mit allem, was dazugehört. Philips Lebring wurde somit im Laufe des Jahres zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor, nicht nur für die Gemeinde, sondern für den gesamten südsteirischen Raum. Derzeit beschäftigt die Firma Philips nahezu 750 Stammitarbeiter und etwa – die Zahl schwankt immer – 300 Leihmitarbeiter, ist also ein Betrieb mit über 1000 Beschäftigten. Er ist somit für den Bezirk Leibnitz, aber auch für den Bezirk Radkersburg der größte Betrieb und rekrutiert seine Mitarbeiter nicht nur aus den genannten Bezirken, sondern fast aus der halben Steiermark. Das geht bis in den Bereich Bruck hinauf, von wo Leute bei der Firma Philips in Lebring beschäftigt sind. Es werden aber dadurch nicht nur 1000 Arbeitsplätze geschaffen, es werden auch zahlreiche Wirtschaftsleistungen aus der näheren Umgebung zugekauft, was eine große Umwegrentabilität bringt.

Aber, meine Damen und Herren, warum schildere ich das so ausführlich? Warum weise ich so auf die

Bedeutung der Firma Philips im südsteirischen Raum hin? Ich möchte es nicht dramatisieren, jedoch eines ist wiederum gegeben: Der Firma Philips geht es wirtschaftlich schlecht. Es geht ihr nicht nur schlecht, wie der Kollege Gennaro das letzte Mal gesagt hat, in Sachen Arbeitszeit, es geht ihr schlecht in Sachen Arbeitskosten. Worin liegen die Ursachen? Man kann es auf zwei Punkte bringen. Es sind die hohen Lohnkosten und es ist der Preisverfall bei den erzeugten Bildröhren. Ich habe schon gesagt, es geht der Firma Philips wieder einmal schlecht. Auch vor einigen Jahren, als der jetzige Direktor Platzer das Werk übernommen hat, hat er es mit dem Auftrag übernommen, die Schließung vorzubereiten. Das war knapp bevor die 20jährige Standortgarantie abgelaufen wäre. Jedoch durch viel Eigeninitiative der Werkführung und Unterstützung durch Bund, Land und Gemeinde konnte das Zweigwerk vorerst gerettet werden. Eine Unterstützung zum Beispiel war der Ankauf eines überzähligen Industriegrundstückes, das über 10 Hektar groß war und 50 Millionen gekostet hat. Vielleicht ein kleiner Vergleich zu heute, wo sie beschlossen haben, wo Industriegrundstücke um 90 Schilling gekauft und verkauft werden. Das stellt natürlich für die Kommune, auch wenn es schöne Steuereinnahmen gibt, eine große Belastung dar. Das Werk aber, ich möchte es noch einmal betonen, ist kein Problem der Gemeinde, sondern es ist ein Problem der Region, es ist ein Problem von drei Bezirken, von Deutschlandsberg, von Leibnitz und von Bad Radkersburg.

Ein möglicher Sanierungsschritt für das Werk war die Umstrukturierung von der herkömmlichen Bildröhre für die Fernsehgeräte zu sogenannten CMT, also Bildröhren für Computermonitore. Ein Rettungsanker hat sich damit aufgetan, und es ist der Betriebsführung zu danken, daß sie diesen Produktionswechsel durchgeführt hat. Man hat damit eine Schiene aufgemacht, die sich am Weltmarkt als äußerst zukunftsreich darstellte, womit auch gutes Geld zu verdienen ist. Das Projekt läuft derzeit unter der Bezeichnung CMT 3, das bedeutet drei Jahre, also von 1995 bis 1998 die Zeit der Umstrukturierung, dann 3 Millionen jährlich produzierte Bildröhren und dazu 3 Milliarden Umsatz. Und dazu kommt noch für die Region als Höhepunkt, das sogenannte Tüpfchen auf dem I, eine Investition in neue Produktionsstraßen von sage und schreibe 1,3 Milliarden Schilling. Davon wurde bis jetzt etwa die Hälfte verbaut. Dieser neue Weg war für den ganzen südsteirischen Raum, für den ganzen südsteirischen Arbeitsmarkt so etwas wie Ostern, Weihnachten und Pfingsten an einem Tag. Das war aber leider 1995.

Und wie schaut es derzeit aus? Nicht gerade sehr gut, sonst würde ich nicht hier draußen stehen und auf dieses Problem massiv hinweisen. Hat man 1995 noch zu Weltmarktpreisen von 150 Dollar die Bildröhre kalkulieren können, so werden dieselben Röhren jetzt bereits unter 100 Dollar verkauft. Dazu kommt noch, daß der Absatzmarkt stagniert und derzeit Zigttausende Röhren auf Lager liegen und kein Käufer in Sicht ist. Das heißt etwa für das heurige Jahr, daß man anstelle der angepeilten Gewinne von 160 Millionen wahrscheinlich und hoffentlich die berühmte schwarze Null schreiben wird. Jetzt kommen zum Problem des massiven Preisverfalles die Arbeitskosten. Diese liegen nach derzeitigen Kalkulationen etwa um ein Drit-

tel zu hoch. Auch beim Absenken der derzeit gezahlten Löhne auf das Kollektivvertragsniveau wären die Lohnkosten noch immer um 10 bis 15 Prozent zu hoch. Das Zweigwerk Lebring hat zwar noch den großen Trumpf der relativ guten Qualität, aber durch den starken Einsatz von Leiharbeitern, die naturgemäß einer hohen Fluktuation unterliegen, wird diese Qualität zunehmend beeinträchtigt. Die Firma hat sich in der Zeit der Umstrukturierung auf eine Lohnkostensenkung durch den Einsatz von Leiharbeitern eingeschworen, was zwar nominell die Lohnkosten eines Beschäftigten um etwa 15 Prozent verringert, dafür aber die Qualität des Produktes und damit die Verkaufschancen drastisch verschlechtert. Nun hat die Firma Philips als einer der so bekannt und momentan oft genannten Globalplayers die Möglichkeit, überall auf der Welt zu produzieren. Sie hat allein vier Bildröhrenwerke auf der gesamten Welt und möchte nur eines maximal in Europa aufrechterhalten. Es werden daher jene Werke diesen Ausleseprozeß überleben, die in beiden Parametern – Preis und Qualität – punkten können. Im Bereich der Qualität habe ich erwähnt, liegt Lebring noch relativ gut. Im Bereich der Lohnkosten denkbar schlecht. Aber das ist derzeit das große österreichische Problem. Wir sind mit unseren Lohn-, speziell mit unseren Lohnnebenkosten nicht mehr wettbewerbsfähig. Das ist zwar bekannt, Kollege Gennaro, aber es ist mir als einer, der aus der Region kommt, ein Anliegen, darauf hinzuweisen.

Es gibt jetzt mehrere Thesen, wie man das Ganze auffangen könnte. Eine These davon: Der Staat soll den Unterschied der Lohnkosten zwischen einem Billiglohnland und unserem Lohnniveau subventionieren und damit die Abwanderung von Betrieben verhindern. Dadurch sind die Menschen beschäftigt und der Staat erspart sich die wesentlich höheren Kosten der Arbeitslosigkeit. Das Ganze klingt zwar interessant, ist aber unrealistisch, weil man keine Grenzen ziehen kann, welche Bereiche, welche Betriebe subventioniere ich und welche nicht. Außerdem verzerren die Subventionen immer wieder den Wettbewerb in der freien Marktwirtschaft. Die zweite Möglichkeit einer radikalen Senkung der Brutto- und damit der Nettolöhne ist ebenso abzulehnen, weil damit die Menschen in die Armut getrieben werden und damit auch als Konsumenten ausfallen.

Es ist daher vernünftiger und ich meine daher, der einzig gangbare Weg, die Lohnnebenkosten einigermaßen in den Griff zu bekommen. Hier sind – und das muß man positiv erwähnen – die Mitarbeiter des Betriebes in Lebring zu vielem bereits bereit. Um die Produktivität zu steigern, wurde bereits die Siebentagewoche eingeführt. (Abg. Gennaro: „Stimmt nicht!“) In der Diskussion ist man bereits sehr weit, und bis zu 15 Prozent Lohnverzicht wurden bereits auch diskutiert.

Die Leute sind sicherlich nicht glücklich über diese Belastungen, sehen aber in vielen Bereichen die Notwendigkeiten ein. Die oft so geforderte Flexibilisierung wurde in diesen Betrieben schon bei weitem umgesetzt.

Jetzt aber – und es ist schade, daß die Frau Landeshauptmann und auch der zuständige Landesrat, Wirtschaftslandesrat Paierl, nicht anwesend sind – ist der Gesetzgeber am Zug.

Allein wenn ich mir die Lohnnebenkosten ansehe und die Aufstellung dazu anschau, sehe ich, daß in einer 100prozentigen Skala 36 Prozent der Lohnnebenkosten auf den Arbeitgeberanteil in der Sozialversicherung fallen. Und damit stehen wir vor der Wurzel des Übels. Etwa ein Drittel der Lohnnebenkosten geht für die Sozialversicherung auf. Dazu kommen die hohen Aufwendungen für Feiertage, Urlaube, Krankenstände, Abfertigungen und so weiter.

Allein durch das Zusammenlegen von 28 verschiedenen Sozialversicherungsanstalten und der Zulassung eines Wettbewerbes in diesem geschützten Bereich könnte man einen beachtlichen Spareffekt erzielen.

Leider, glaubt man den Aussagen von Vranitzkys Nachfolger Klima, wird es dabei keine Änderungen geben. Dafür hat man auch mit Hans Salmutter den richtigen Mann in die oberste Etage des Hauptverbandes gesetzt, der sicherlich jegliche Reform in diese Richtung abblocken wird. (Beifall bei der FPÖ.) Ausbaden dürfen es ja nur die Arbeiter, die Beschäftigten, die auf Grund der Pleite jedes nicht mehr konkurrenzfähigen Betriebes arbeitslos werden. Und diesen Menschen redet man auch noch ein, daß ihnen alles Glück auf Erden beschieden sein wird, wenn sie diese Politiker wählen.

Darum fordere ich die Frau Landeshauptmann und den Herrn Landesrat Paierl auf, als verantwortliche Regierungsmitglieder, Bezug nehmend auf diesen aktuellen Anlaßfall der Firma Philips, alles zu unternehmen, daß die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geändert werden. Geändert werden dahin gehend, daß unsere Betriebe konkurrenzfähig werden und nicht Zusperrern oder Auslagern zur einzigen Alternative wird. Gehen Sie mit dem Instrument der Wirtschaftsförderung den Weg einer Stärkung der arbeitsplatzintensiven Betriebszweige! Die Umstrukturierung der Wirtschaftsförderungsabteilung allein wird zu wenig sein. Denn hoffentlich trifft dabei nicht das alte Sprichwort zu, das besagt „es kommt nichts Besseres nach“.

Herunter mit den Lohnnebenkosten! Spezielle Förderung der Klein- und Mittelbetriebe und die steuerliche Entlastung nicht entnommener Gewinne sind ein Weg dazu.

Sie tragen, Frau Landeshauptmann und Herr Landesrat, die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik in diesem Land. Sie sind zumindest mitverantwortlich für die Rahmenbedingungen. Sie sind damit verantwortlich für Tausende Arbeitsplätze. Nehmen Sie bitte verstärkt für die steirische Wirtschaft, und in diesem Fall für den gesamten südsteirischen Raum und für die dort lebenden Menschen, Ihre Verantwortung wahr. (Beifall bei der FPÖ. – 17.04 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (17.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich möchte diese Gelegenheit benützen, um über die Bereitstellung der Rechtsvorschriften des Landes Steiermark etwas zu sagen, und zwar deswegen, weil es hier auch ein beträchtliches Einsparungspotential

gabe. In Salzburg zum Beispiel werden in Kooperation mit der Landesamtsdirektion seit Dezember 1996 alle Landesrechtsvorschriften dieses Bundeslandes in der geltenden Fassung angeboten. Während die Landesgesetze der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg derzeit direkt über das Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramtes abrufbar sind, werden von der Steiermark noch immer keine Informationen im RIS zur Verfügung gestellt. Es wäre, wenn die Informationen zur Verfügung gestellt würden, für alle Interessierten möglich, die Gesetzestexte über das Internet abzurufen.

Noch nicht gelöst wäre das Problem allerdings für jene Landesbediensteten, die zwar einen Zugang zum Intranet nicht aber zum Internet haben, da der Zugang zum Internet derzeit restriktiv gehandhabt werden muß, weil die Kapazität noch nicht ausreicht, um allen Landesbediensteten, die Netzzugang haben, auch einen Internetzugang zur Verfügung zu stellen.

Erleichtert werden könnte dieses Vorhaben dadurch, daß es bereits eine aktuelle Fassung der Steiermärkischen Landesgesetze gibt. Nicht das Land beziehungsweise die Landesdruckerei hat dies zuwege gebracht, sondern der private Orac-Verlag. Es sei hier nur erwähnt, daß sich der Kodex der Firma Orac bei allen Dienststellen, bis hin zu den Gemeinden, jeweils mit 1200 Schilling zu Buche schlägt. Diese Ausgaben könnten durch die Bereitstellung im Intranet und Internet in Zukunft eingespart werden. Es würde nicht länger als eine Woche brauchen, um nach Salzburg das zweite Bundesland zu sein, das alle Gesetze über Internet abrufbar zur Verfügung stellt.

Ich möchte diesbezüglich jetzt einen Beschlußantrag der Abgeordneten Keshmiri, Brünner, Bachmaier-Geltewa und Reinprecht, betreffend Bereitstellung aller Rechtsvorschriften des Landes Steiermark in geltender Fassung im Internet und im Intranet und sich daraus ergebende Einsparungen bei Kosten der Landesverwaltung, einbringen.

Vom Land Steiermark werden bisher keine Informationen im bestehenden Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramtes zur Verfügung gestellt. Im Zuge der anstehenden Einbindung der Steiermark in das RIS, zu der vom Steiermärkischen Landtag am 11. März 1997 ein entsprechender Beschluß gefaßt wurde, könnte sich das Land Steiermark an einem Pilotversuch beteiligen, bei dem in Kooperation mit der Landesamtsdirektion des Landes Salzburg seit 24. Dezember 1996 alle Landesrechtsvorschriften Salzburgs in geltender Fassung angeboten werden.

Gleichzeitig müßten die Gesetzestexte den Dienststellen des Landes, die Zugang zum Landesnetz haben, via Intranet zur Verfügung gestellt werden, solange die Kapazitäten für einen allgemeinen Internetzugang aller Dienststellen und Landesbediensteten nicht ausreichen.

Die aktuelle Fassung der steiermärkischen Landesgesetze wird derzeit nur vom Orac-Verlag angeboten und die Kosten für den Kodex schlagen sich derzeit mit jeweils 1200 Schilling für jede Dienststelle, Gemeinde und so weiter zu Buche. Durch die Bereitstellung der Rechtsvorschriften im Intranet und Internet könnten diese Kosten eingespart werden.

Alle Landesgesetze und Verordnungen sind sicherlich als EDV-Texte verfügbar und können deshalb jederzeit in das HTML-Format übergeführt werden. Eine kurzfristige Umsetzung der Forderung der Antragsteller ist deshalb leicht durchführbar.

Es wird daher von den genannten Abgeordneten der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß binnen vier Wochen die steirischen Landesgesetze und Verordnungen im Wortlaut sowohl im Intranet als auch im Internet, entweder durch die Teilnahme am Pilotversuch des Bundeskanzleramtes am Beispiel des Bundeslandes Salzburg oder durch direkte Bereitstellung der Information am Steiermark-Server, im Wortlaut abrufbar sind und dadurch in Zukunft Kosten für Kodizes für die verschiedenen Dienststellen eingespart werden.

Ich bitte um Unterstützung. Danke! (Beifall beim LIF und den Grünen. – 17.08 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (17.08 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte diese beiden Punkte zum Anlaß nehmen, um auf ein Problem hinzuweisen, wobei ich vorausschicken möchte, daß wir Grüne diesen beiden Punkten nicht zustimmen werden – traditionell schon –, weil wir der Meinung sind, daß diese Vorgangsweise im Zusammenhang mit außerplanmäßigen Ausgaben nicht demokratischen Strukturen entspricht. Es kann nicht sein, daß wir hier im Landtag oft über Nebensächlichkeiten diskutieren und von der Regierungsseite werden Millionen von Schillingen ausgegeben.

Ich möchte die Gelegenheit nützen, auch wenn mir bewußt ist, daß die Begeisterung nicht allzu groß sein wird, und der zuständige Landesrat Schmid auch nicht da ist, wie den ganzen Tag heute – also Tennisspielen geht noch nicht. Aber ich hätte mir gedacht, daß vielleicht bei diesem Punkt oder bei anderen Punkten eine kritische Auseinandersetzung möglich ist. Ich habe das letzte Mal bei einer Wortmeldung darauf hingewiesen, daß der Landesrat Schmid, was seinen Bereich anlangt, nicht sehr zimperlich ist in jenen Dingen, die er oft anderen vorwirft – vor kurzem habe ich gelesen „Rechnungshof dem Landesrat Paieryl wegen mangelnder Ausschreibung und so weiter“. Er selbst wird schon seit einiger Zeit in eine Richtung tätig, die mich als Abgeordneten dazu veranlaßt, auf dieses Thema hinzuweisen.

Das hängt sehr eng zusammen. Er ist nicht da, vielleicht wird er es nachlesen. Ich kenne sein Verhalten, aber mich wundert, daß er heute fast nie da ist. (Abg. Mag. Bleckmann: „Er sitzt nicht immer oben – einmal da und einmal dort!“)

Ist ja Wurscht, er wird es nachlesen. Und ich kann euch eines sagen, dieses Thema wird ihn weiter beschäftigen. Ich werde ihn jedenfalls nicht mehr auslassen, weil ich habe das Gefühl bei ihm, daß er selbst sehr großzügig ist im Austeilen, egal, wer immer das ist in der Regierung, das lassen sich manche gefallen, aber selbst sehr empfindlich ist.

Es geht hier auch um die Frage, die uns Abgeordnete tatsächlich bewegen sollte. Wie geht ein Landesrat in diesem Land erstens einmal mit einer Abteilung um, wo 35 hochqualifizierte Leute tätig sind und wo nur auf Grund persönlicher Animositäten diese Abteilung mehr oder weniger zum Nichtstun verurteilt beziehungsweise ausgeschaltet wird. Ich meine damit ganz konkret und ich sage das hier auch ganz deutlich, auch in Richtung ÖVP, und ich appelliere vor allem auch an die ÖVP, nachdem der Leiter dieser Abteilung ein prononcierter ÖVPLer ist, den ich aber unabhängig davon schätze. (Abg. Schinnerl: „Bist du Personalvertreter?“) Ich bin kein Personalvertreter, ich bin Volksvertreter. Und ich muß sagen, dieser Konflikt schwelt seit einiger Zeit und gipfelt jetzt anlässlich der Vorplanung und Betreuung des Kunsthauses. Diese Debatte wird in der Öffentlichkeit geführt, und heute war in der „Kleinen Zeitung“ ein namhafter Kommentar über das Kunsthaus. (Abg. Schinnerl: „Jetzt kannst du dich umdrehen, der Landesrat ist da!“) Es freut mich, daß der Landesrat da ist. Dabei geht es um ein Millionenprojekt in der Preisklasse von 300 Millionen Schilling, das schon einmal unter der Ära Krainer beschlossen worden ist, das gebaut hätte werden sollen, baureif, an sich fertig ist und durch einen Bocksprung des Herrn Landeshauptmannes Schachner nicht gebaut wird. Und jetzt hat die Regierung einen anderen Kurs eingeschlagen. Und der Herr Landesrat Schmid selber erklärt immer wieder. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was ist denn Tagesordnung? Du hast gerade vorhin gesagt, daß ich nie da bin!“) Ich behaupte, daß Sie durch Ihre Tätigkeit im Rahmen des Kunsthauses für außerplanmäßige Ausgaben verantwortlich sind. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wo ist da eine außerplanmäßige Ausgabe? Das ist ja eine planmäßige Ausgabe!“) Nein, das ist keine planmäßige. (Abg. Mag. Bleckmann: „Jetzt warst du immer per du mit uns, jetzt bist du auf einmal per Sie!“)

Das ist keine planmäßige Ausgabe, sondern durch Ihre Ausschaltung der Fachabteilung IV a, die meiner Meinung nach der Geschäftsordnung widerspricht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ist absolut falsch. Planungen für Dritte macht die IV b, dann schau dir die Geschäftsordnung an!“) Sie können sich nachher zu Wort melden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich rede nur zur Tagesordnung, das ist nicht Tagesordnung!“) Melden Sie sich zur Tagesordnung bitte. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist nicht Tagesordnung!“)

Ich behaupte, daß die Vorgangsweise des Landesrates Schmid seit der Übernahme der Fachabteilung IV a zu massiver Kritik Anlaß gibt, gesetzwidrig ist, geschäftsordnungswidrig ist und dem steirischen Steuerzahler enorme Kosten verursacht. (Präsident: „Ich ersuche den Abgeordneten Dr. Wabl zu außer- und überplanmäßigen Ausgaben, wie sie in der Tagesordnung stehen, zu sprechen!“)

Das sind außerplanmäßige Ausgaben. Ich bin als Abgeordneter sehr wohl der Meinung – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist planmäßig!“) Schaut's. ihr selber seid mit der Brechstange immer sehr gut unterwegs. Wenn ich nur daran denke – ich will da niemand in Schutz nehmen –, eure Attacken oder die Attacken des Landesrates Schmid gegen den Landesrat Paierl füllen fast wöchentlich die Zeitungen, die sind also wirklich oft aus der Luft gegriffen. Ich sage heute nur

einmal, und ich werde von dem Thema nicht heruntersteigen, daß ich auch den Landesrat Schmid darauf hinweisen möchte, daß er als Landesrat den Gesetzen verpflichtet und der Verfassung verpflichtet ist und seit der Übernahme der Fachabteilung IV a, eine hochqualifizierte Fachabteilung mit 35 Personen, diese systematisch ausschaltet und zur Nichtarbeit verurteilt.

Und ich sage als Abgeordneter, und es gehört zum Thema dazu, weil – und das möchte ich auch dem Präsidenten in aller Freundschaft sagen – es gibt ein Budget, und es gibt dann gewisse Ausgaben, die notwendig sind. Die Fachabteilung IV a ist für die Planung in dem Lande zuständig und hat bisher mit Fachkenntnis den Rahmen ihrer Aufgaben erfüllt.

Nun haben Sie aus persönlichen Gründen, die in der Vergangenheit liegen, oder auch aus anderen Überlegungen, weil der Herr Hofrat Josel – (Abg. Mag. Bleckmann: „Das ist eine Unterstellung!“)

Ja, ich sage es halt. Ob Sie mir das vorwerfen oder nicht, ist mir völlig gleichgültig. (Abg. Mag. Bleckmann: „Sind wir jetzt per Sie? Du, Martin, sind wir jetzt per Sie? Dann muß ich mich danach richten!“) Nein, wir können du auch sagen, macht nichts. Was sagen wir, was ist gescheiter, du oder Sie? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Gut, dann sagen wir eben wieder Sie, ist eh gescheiter!“)

Also ihr entzieht mir das Du-Wort, nehme ich das Kenntnis, bin ich stolz darauf. (Abg. Mag. Bleckmann: „Du hast es uns ja entzogen!“) Nein, der Herr Landesrat Schmid hat gesagt, es ist gescheiter. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du redest mich mit Sie an zur Zeit!“) Also ich habe keinen Grund, warum regt ihr euch so auf? (Abg. Mag. Bleckmann: „Weil du Unterstellungen machst, deswegen rege ich mich auf!“)

Ich habe da hier einen Regierungsbeschluß, ich werde von meiner Version nicht Abstand nehmen, daß die Ausgabe von 3,5 Millionen Schilling, die sich daraus ergeben, daß Planungsarbeiten außer Haus vergeben worden sind, daß das sicherlich nicht planmäßig ist. Abgesehen davon, daß das Kunsthaus praktisch schon über die Bühne war. Dieses unsinnige Projekt Schloßberg, wo Sie selber angeblich keine Freude haben oder du selber keine Freude hast – Entschuldigung, du kannst es dir jetzt aussuchen, weil der Herr Landesrat hat meinen Respekt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Bleib bei du!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Das ist dir wahrscheinlich schon unangenehm, wie du den Landesrat angreifst. Warum bist du auf einmal per Sie, das verstehe ich nicht!“)

Also bitte, mir ist das überhaupt nicht unangenehm. Also du, Herr Landesrat – ist das genehmigt? (Abg. Mag. Bleckmann: „Mir ist das Wurscht, wie du das sagst, ich wollte es nur klarstellen!“)

Ich bin der Meinung, daß du Herr Landesrat – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du kannst auch ‚Ihr, Herr Landesrat‘, sagen!“)

Nein, mit der Majestätsform werden wir nicht arbeiten, so weit sind wir noch nicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Gott sei Dank!“)

Ich habe da hier den Regierungsbeschluß, und ich behaupte – und diese Behauptung stelle ich hier auf, du kannst sie nachher widerlegen –, daß durch diesen Regierungsbeschluß dem Steuerzahler Nachteile in

der Höhe von 3,5 Millionen Schilling erwachsen. Da werden Arbeiten vergeben, das beste Stück ist ja auch in den Medien schon mehrfach diskutiert worden, sind die 900.000 Schilling an die Hartinger Consulting. Ich frage dich, sind diese Arbeiten zur Betreuung des Kunsthauses in der Öffentlichkeit, zur Vermarktung, sind die öffentlich ausgeschrieben worden? Ist diese Arbeit öffentlich ausgeschrieben worden? Hat es eine Ausschreibung gegeben, wo neben der Hartinger Consulting auch andere Firmen - ich glaube, der Kollege wird mir einige nennen können, die vielleicht nicht der SPÖ nahestehen - eingeladen wurden? Die Hartinger Consulting hat freihändig diesen Auftrag über 900.000 Schilling bekommen. Eine Öffentlichkeitsverarbeitung für ein Projekt, das ohnedies nie kommen wird, weil der Widerstand der Bevölkerung sehr massiv ist. Die ÖVP hat keine Freude mit dem Projekt, weil sie zu Recht der Meinung ist, das Projekt Pfauengarten ist baureif und alles andere ist überflüssig - höre ich zum Teil, und ich glaube, da gehe ich nicht fehl in der Annahme. Die FPÖ hat auch keine besondere Freude damit, die SPÖ hat sich vielleicht noch nicht ausreichend beschäftigt.

Ich behaupte daher, daß erstens diese 3,5 Millionen erstens außerplanmäßig sind, also die wären nicht notwendig, und zweitens für mich eine glatte Verletzung der Sorgfaltspflicht und der Pflicht zur Sparsamkeit, weil auf der anderen Seite gleichzeitig 35 Beschäftigte in der Fachabteilung IV a - ich bin überzeugt, daß das manch andere auch schon stört - mit dieser Arbeit, die ich an und für sich für einen Blödsinn halte - aber es gibt einen Regierungsbeschluß - nicht befaßt sind. Ich frage daher den Landesrat Schmid, warum diese Arbeiten nicht an die Fachabteilung IV a vergeben wurden, wo Leute sitzen, die das sehr wohl machen können, und warum ohne Ausschreibung - was du sehr oft kritisierst - 3,5 Millionen Schilling vergeben worden sind. Ich behaupte, das ist ein Geschäft gewesen, wo man gesagt hat, dort ein bißchen hin und da ein bißchen her, und ich behaupte auch, daß rein aus parteipolitischen Gründen der Hofrat Josel dem Hofrat Dreiholz vorangestellt wird und von dir forciert wird. Das behaupte ich auch. Es gibt sehr viele Unterlagen und Beweise dafür.

Herr Hofrat Dreiholz versucht seit über einem Jahr, ein Gespräch mit dir zu bekommen. Das ist nicht möglich, weil du in deiner majestätischen Selbstherrlichkeit diese Abteilung unter seiner Leitung aus-hungerst.

Ich als Abgeordneter oder Volksvertreter bin zu diesem Punkt nicht bereit, diese Entwicklung zur Kenntnis zu nehmen. Ich weiß das schon aus vielen Gesprächen, die im Landesdienst passieren. Ich sage eines, und das sage ich hier auch als einer, der als Kontroll-Ausschußobmann tätig ist, Kurtl, ich bin zwar nicht immer einer Meinung mit dir, aber auch du stellst manchmal in den Raum, daß, gerade was den Landesrat Schmid betrifft, da hier manchmal etwas schärfere Aktionen gesetzt werden müssen. Ich bin auch der Meinung, daß das notwendig ist, weil es nicht sein kann, daß in dem Land einer da ist wie der Landesrat Schmid, der alle anderen immer kritisiert, wenn sie sich nicht an Bestimmungen halten, aber sich selber an keine Bestimmungen hält.

Ich appelliere daher, und ich werde diesen Weg konsequent weitergehen, vor allem auch an die ÖVP, aber auch an alle anderen. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist toll!“) Ja, ist toll, du wirst dich wundern, wie toll das noch ist.

Ich appelliere daher an alle Volksvertreter hier, diese Entwicklung, daß eine Fachabteilung, die bis zu diesem Zeitpunkt ihre Aufgaben erfüllt hat, von einem Landesrat aus höchst durchsichtigen parteipolitischen Gründen ausgehungert wird.

Aus höchst undurchsichtigen oder durchsichtigen, ja, wie man es nennen will.

Es ist beides, sowohl durchsichtig als auch undurchsichtig, und ich wehre mich dagegen. Ich weiß, daß es viele Volksvertreter hier gibt, die mit dieser Entwicklung auch nicht einverstanden sind. Die das auch nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß es in dem Haus einen Bereich gibt, wo ein Landesrat schalten und walten kann, wie er will.

Ich behaupte, daß diese 3,5 Millionen, auch wenn es vielleicht nicht buchstabengetreu drinnensteht, außerplanmäßig entstanden sind, erstens ohne entsprechende Ausschreibung, und zweitens sind sie nicht notwendig, weil sehr wohl damit die zuständige Fachabteilung IV a betraut hätte werden können.

Ich habe hier eine Aufstellung von Bauvorhaben des Landes, die alle nicht der Fachabteilung IV a anvertraut worden sind, weil du, Herr Landesrat, offensichtlich der Meinung bist, daß diese Fachabteilung nicht dafür geeignet ist. Ich frage mich, was haben die 35 Leute dort bisher getan, bis zu dem Zeitpunkt, als sie dir unterstellt wurden. Waren sie überflüssig, waren sie für die Katze, oder waren sie - auf deutsch gesagt - zum Schmeißen? Oder was kannst du denen fachlich vorwerfen, daß du sie grundsätzlich sabotierst? Ich habe mich erkundigt, was sie von dir an Aufträgen kriegen - an Neuplanungen. Sie sagen nichts, du bist nicht bereit, sie mit Neuplanungen zu betrauen. Ich halte das für einen Skandal - ich muß das sagen -, daß es im Land Steiermark möglich ist, daß man darauf angewiesen ist, hier mit Mutmaßungen hinter vorgehaltener Hand zu operieren. Ich kann dir nur eines sagen, daß ich diese Frage weiter verfolgen werde und daß ich nicht zur Kenntnis nehme, daß du sehr wohl - (Abg. Mag. Bleckmann: „Bist du Verteidiger?“) Ich bin kein Verteidiger, von niemandem. (Abg. Mag. Bleckmann: „Du richtest über die Politik anderer!“) Nein, ich bin Richter von Beruf. Da ist mein Gerechtigkeitsempfinden zutiefst getroffen, mein Gerechtigkeitsempfinden, daß 35 Leute dort arbeiten, tätig sind, bezahlt bekommen, und sie vom zuständigen Landesrat, nur weil er ein persönliches Match auszutragen hat, nicht betraut werden. Der Steuerzahler muß dafür bezahlen, weil die werden ja beschäftigt. Das sage ich jetzt hier, ich werde weitere Mittel und Wege finden, damit das aufgedeckt wird. Ich kann euch eines sagen, dieser unhaltbare Zustand muß bereinigt werden, im Sinne der Demokratie und auch im Sinne der Sparsamkeit, damit man außerplanmäßige Ausgaben in diesem Ausmaß hier vermeidet. Danke schön! (Beifall bei den Grünen, dem LIF und der ÖVP. - 17.24 Uhr.)

Präsident: Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid, bitte.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (17.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, auf der Regierungsbank bin ich jetzt der einzige, der hier ist, werte Damen und Herren!

Auf seiner außerplanmäßigen „Tour de la Politik“ hat der Martin Wabl beim Thema „außerplanmäßige Ausgaben“ etwas angesprochen, wofür ich ihm dankbar bin, weil man jetzt einmal darüber reden kann. Damit einmal diese Gerüchtebörse und die gegenseitigen Beschuldigungen, die hier in den Raum gestellt werden, ganz eindeutig ausgeräumt werden können.

Nur eines, lieber Martin Wabl, sage ich dir auch. Mir hier gesetzwidrige Vorgangsweise, gesetzwidriges Handeln vorzuwerfen erlaubst du dir nur im Schutze der Immunität, damit das auch klargestellt ist. (Abg. Dr. Wabl: „Du kannst mich zivilrechtlich klagen!“) Ich werde dich für den Ausdruck gesetzwidrige Vorgangsweise zivilrechtlich nicht klagen, aber bitte das nur im Schutze der Immunität. Damit eines klargestellt ist, ich begrüße jede politische Auseinandersetzung. Es gefällt mir ja, wie du in deiner Tour durch die politischen Parteien dich auf einmal zum Pflichtverteidiger der ÖVP erklärst, wenn du hier den Landesrat Paierl in Schutz nimmst, indem du sagst, daß aus der Luft gegriffene – wie ich mir mitgeschrieben habe – Beschuldigungen meinerseits vorgetragen werden. Die sind nicht aus der Luft gegriffen, die waren alle sehr gut begründet.

Das Thema „Kunsthau – Dreiholz – IV a“:

ad 1) ist es falsch, wenn du behauptest, daß Abteilungen damit beauftragt sind, die damit nicht zu beauftragen wären. Es ist einfach falsch. Wenn du die Geschäftseinteilung durchliest, dann wirst du dieser entnehmen, daß Aufträge für Dritte ausschließlich Angelegenheit der IV b – damit das einmal klargestellt ist – und nicht Aufgabe der IV a ist. Die IV a hat Planungen für Landesbauvorhaben durchzuführen. Das Kunsthau ist eine Aufgabe, die die Stadt Graz und das Land in einer gemeinsamen Trägerschaft machen. Das ist rechtlich korrekt und war es auch der Wunsch – damit das allen hier klar ist – des Herrn Landeshauptmannstellvertreters, daß dies von der bewährten Hand des Hofrat Josel durchgeführt wird. Es gibt ein ähnliches Projekt in Weiz – die Abgeordneten aus Weiz werden es wissen –, wo wir unmittelbar vor der Einreichplanung stehen, wo wir für die Gemeinde Weiz, für den Herrn Bürgermeister Kienreich und alle unsere Freunde draußen das ebenfalls durchführen und innerhalb kürzester Zeit und weniger Monate das durchgeführt haben werden.

Es ist weiters unrichtig, wenn du behauptest, daß die Fachabteilung IV a keine Beschäftigung hat. Der Herr Hofrat Dreiholz hat sich erst schriftlich diese Woche dagegen verwehrt, daß ich das behauptet habe. Und es ist weiters falsch, wenn du weiter sagst, ich gebe ihnen keine Aufgaben. Ich habe bewußt, obwohl es der Wunsch der ÖVP und der SPÖ war, daß die Koordinierung für Radkersburg vom Hofrat Josel mit übernommen wird, Hofrat Josel angeordnet, daß er diese Aufgaben nicht wahrnimmt, sondern daß die IV a diese übernimmt. Es ist also absolut falsch, wenn du sagst, sie bekommen keine Aufgaben von mir.

Es ist weiters falsch, wenn du behauptest, daß es meine Angelegenheit wäre, wenn eine Abteilung zu viele Mitarbeiter habe. Sie hat nicht deswegen zu viele Mitarbeiter, weil das faule Leute sind, nicht, weil sie nicht arbeiten wollen, sondern weil die Aufgabenstellung an das Land und an den Bund als Bauträger eine wesentlich geringere geworden ist. Das ist einfach ein Faktum, und das wird dir auch jeder in dieser Abteilung bestätigen.

Es ist weiters falsch, wenn du behauptest, ich habe mir darüber keine Gedanken gemacht. Ich habe mehrfach den zuständigen Referenten für die Gemeinden angeboten, daß jener Bereich, wo wir Beratungen für die Gemeinden machen, von der Rechtsabteilung 7 sinnvollerweise durchgeführt wird, und nicht in der IV a angesiedelt sein soll. Ich kann dir das auch begründen. Es gibt nämlich nicht viel Sinn, daß dann der arme Hofrat Schille mit den Ideen, die in den Gemeinden draußen entstehen, die er eventuell zu finanzieren hat, konfrontiert wird, sondern es ist sinnvoller, wenn die Tätigkeit über die Kontrolle der Gemeindefürsorge in einer Hand ist, und nicht in zwei Abteilungen. Das war mein Angebot.

Ich habe am 23. Dezember 1992 – man staune und höre – selber mitformuliert, wie der Landesbaudirektor, der diese Koordinationsaufgabe eigentlich wahrzunehmen hätte – Hofrat Dreiholz wurde damals installiert, 23. Dezember 1992 –, diese Abteilung zu einer Planungs- und Grundsatzabteilung umgewandelt hat, wobei sämtliche Planungen des Landes dann über diese Abteilung zu laufen haben. Der Beschluß war einstimmig und wurde von den zuständigen Abteilungen, vom zuständigen politischen Referenten bis heute nicht vollzogen.

Ich habe darüber hinaus im Laufe des Vorjahres – ohne Zuständigkeit – vier Anträge mit Reformvorschlägen für die Abteilungen IV a, IV b, IV c in die Regierung eingebracht. Vier Regierungsanträge meinerseits. Man hat mir, bewaffnet mit dem Landesamtsdirektor, vor allem auch mit seinem Stellvertreter, dem Leiter des Verfassungsdienstes, protokollarisch ins Stammbuch geschrieben, ich dürfe nicht einmal initiativ werden.

Ich habe einen Antrag mit dem Wunsch eingebracht, nicht jetzt zu reformieren, sondern daß die Frau Landeshauptmann zuständig für innere Angelegenheiten, durch die Landesamtsdirektion hier Reformen, die notwendig sind, allerdings auch niemand in der IV a überzeugt ist, daß sie notwendig wären, einleitet. Man hat es mir viermal untersagt. Ich darf das auch nicht als Wunsch formulieren. Die Zuständigkeit bezüglich der Beschäftigung, bezüglich der Handhabungen der Abteilungen liegt ausschließlich bei der Frau Landeshauptmann und liegt nicht bei mir. Ich darf nicht einmal tätig werden – das nur zu deiner Verdeutlichung. Ich habe schon darauf hingewiesen, du hast dich immer wiederholt, daß ich es auch in der Wiederholung habe, daß die IV a sehr wohl von mir mit Planungen beauftragt ist, daß Hofrat Dreiholz in einem Schreiben an mich – du kriegst es in Kopie – sich dagegen ausspricht, daß ich behaupte, daß die unterbeschäftigt wären. Ich habe mehrfach versucht – mit zwei Anordnungen –, mir mitzuteilen, mit welchen einzelnen Tätigkeiten diese Abteilung beschäftigt sei. Hofrat Dreiholz hat darauf mit einem

Hinweis auf das Organisationshandbuch geantwortet, und im übrigen gehe es mich nichts an, sondern sei das seine Angelegenheit. Das auch nur zu deiner Information. Ich gebe dir auch gerne diese Schreiben. Das nur, lieber Freund, wenn du von Ordnung und Sauberkeit sprichst. Du wirst den Rechnungshofbericht, den ich beantragt habe, vielleicht schon in Händen haben oder demnächst bekommen. Die Handhabung der budgetären Mittel in der Fachabteilung IV a, das war es, worüber ich meinen Unmut geäußert habe. Hier war ich unzufrieden. Es wird an dir als Vorsitzenden dieses Ausschusses liegen, das Ganze zu beurteilen, und ich bin neugierig, wie du dich dann zu Wort meldest.

Bezüglich der Planungsvergabe von 3,5 Millionen, das ist auch etwas, was immer im Raum steht, das sind Wettbewerbsvorbereitungsarbeiten.

Das ist ja alles inkludiert. Du zählst da also gerne zusammen, für das Kunsthaus Graz, wo ich mit einstimmigem Regierungsbeschluß einen Auftrag habe, diese Arbeiten im Generalmanagement durchzuführen. (Abg. Mag. Zitz: „Wofür jede Bewilligung fehlt!“)

Es sind also nur im geringeren Bereich immaterielle Leistungen. Das Überwiegende dabei oder ein großer Teil davon sind materielle Leistungen, wie die Vielfältigungen, Veröffentlichungen sind nicht im Honorarbereich, und das, was im Honorarbereich angesiedelt ist, ist entsprechend den Normen, entsprechend den Richtlinien, entsprechend den Vergabegesetzen ordnungsgemäß durchgeführt. Ihr könnt darüber ohne weiteres den Rechnungshof auch einschalten, alles zu befragen, er wird das machen.

Und auch noch eines ins Stammbuch: Diese Leistungen sind nach vorherigen Beratungen mit einstimmigem Regierungsbeschluß gefaßt worden. Aber wie gesagt, ich bin offen, das Ganze auch zu kontrollieren. Ich würde dich also wirklich ersuchen, lieber Freund, wenn du auch jetzt der absolute Anwalt, der Richter mit dem großen Gerechtigkeitsempfinden für das Modell Steiermark, sprich Dreiholz, für die ÖVP, sprich Paierl, bist, wie gesagt, denke vielleicht einmal exakter darüber nach, informiere dich über die wirklichen Details und unterstelle nicht einem Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung und mir Rechtswidrigkeit, wenn du es nicht behaupten kannst. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 17.34 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (17.34 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Eigentlich habe ich mich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet, damit mir nicht unterstellt wird, ich rede nicht zur Sache.

Aber ich möchte vorher einmal etwas Grundsätzliches feststellen. Seit zehn Uhr diskutieren wir heute über Themen, wo ich sagen muß, Gott sei Dank sitzen auf der Zuschauertribüne nicht so viele Bürger, daß sie das miterleben müssen, was wir heute zum Beispiel aufgeführt haben. Und wenn es einige gibt, dann soll man einmal hinterfragen und nachdenken – ohne

Emotion sage ich das –, ob das Demokratie ist, wenn ein paar Leute versuchen, eine große Mehrheit sage ich jetzt, und das sage ich auch provokant, einfach herumzuspielen und ein Kasperltheater und einen Jahrmarkt aus dem Landtag zu machen. Ich sage sehr deutlich, wenn das Demokratie ist, oder hinterfragt einmal, ob eure Haltung überhaupt in der Form demokratieförderlich ist. (Abg. Dr. Wabl: „Ausgerechnet der Gennaro sagt das!“) Lieber Martin Wabl, du könntest vielleicht sogar mehr Ansehen (Abg. Dr. Wabl: „Von dir brauche ich keines!“) genießen mit deiner Haltung, weil das, was du oft von dir gibst, da muß ich sagen, da tue ich mir oft schwer sitzenzubleiben. Aber ich bemühe mich und bleibe sitzen, weil vielleicht kommt einmal etwas Besseres. Aber du zerredest es ja stundenlang.

Und ich möchte das sehr deutlich sagen, auch eine Kritik an die Führung des Landtages, an die Präsidenten. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob es euch aufgefallen ist. Aber wißt ihr, was nächstes Mal ist? Nächstes Mal haben wir eine Gaudi da herinnen, weil da wird der Gennaro versuchen, daß er einen Ambos herbringt und einen Münzprägeapparat mit einem Schlegel, und dann werde ich da hinten für die Abgeordneten Münzen prägen, und dann tusch ich jedesmal drauf. Heute haben wir etwas zum Trinken hingestellt bekommen, da hat kein Mensch etwas gesagt. Ja bitte schön, was ist denn da los in dem Haus? Überreißt man nicht, daß das zu billigem Jahrmarkt, zum Populismus gehört? Da werden drei Bilder geschossen, und dann war es eine Gaudi? (Abg. Dr. Wabl: „Ich melde mich zu Wort, auch wenn es der Gennaro nicht will!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage das deshalb, damit wir einmal nachdenken, weil ihr seid diejenigen, die immer von Demokratie reden. Ihr strapaziert die Demokratie! Und es ist für viele wahrscheinlich sehr schwer, das dann nachzuvollziehen. Ich will das einmal gesagt haben, daß wir nachdenken. Wir dürfen uns gar nicht wundern, wenn die Medienleute uns da als Quatschbude bezeichnen, weil von dem, was da stundenlang heute geredet wurde, geht alles an den Themen vorbei. (Abg. Dr. Wabl: Darüber brauchen wir uns keine Sorgen zu machen!“)

Lieber Kollege Wabl, du bist sonst so sozial eingestellt. (Abg. Dr. Wabl: „Mehr schon als du!“) Aber über die eigentlichen Themen, die die Leute berühren, da haben wir nicht viel Zeit zu diskutieren. Aber für andere Dinge wird so viel Zeit aufgewendet, daß ich mich oft frage und sage, Gott sei Dank sitzen da nicht so viel Leute herinnen.

Aber jetzt zur tatsächlichen Berichtigung und zur Aussage des Kollegen Wiedner. Kollege Wiedner, ich bin grundsätzlich in einer Aussage bei dir, und da bitte ich auch das Land, genauso wie ich es beim Bund getan habe, in der Frage Firma Philips die Förderungen erst dann auszuzahlen und zuzusprechen, wenn die Garantie von Holland kommt und der Betrieb erhalten bleibt. Die ständigen Drohungen, und du wirst wahrscheinlich als Gemeinderat aber auch die Information des Betriebsratsvorsitzenden haben und die letzten Zahlen, die du da heute gesagt hast, stimmen nicht, aber das ist egal. Ich habe gestern das Vergnügen gehabt, sechs Stunden mit der Firmenleitung zu verhandeln. Nur ein Thema könnt ihr euch ab-

schminken schön langsam. Ihr wollt' immer als Freiheitliche die Arbeitnehmervertreter sein. Bitte differenziere einmal, Kollege Wiedner, was du unter den Lohnnebenkosten verstehst. Und da müssen wir einmal vergleichen. Weil wenn ich eine Kommunalsteuer zu Lohnnebenkosten rechne und, und, und auf der einen Seite sage, es sind so hohe Lohnkosten und Lohnnebenkosten, zuerst hast du gesagt Lohnkosten, dann Lohnnebenkosten, dann freue ich mich, daß ich deine Rede, so wie du sie gehalten hast, kopieren werde, wenn das Protokoll da ist und unten im Betrieb den Arbeitnehmern zur Verfügung stellen, weil da sind einige interessante Aspekte drinnen. Du bist ein solcher Spagattänzer, daß du von der Wirtschaftsförderung der Firma Philips bis zur Sozialversicherung kommst. Und das ist auch die gleiche Platte, die wir immer hören, Zusammenlegung der Sozialversicherungsgeschichten. Euch dürfte nicht bekannt sein, daß es im ASVG grundsätzlich eine Haltung gibt, daß in der Sozialversicherung durch Beiträge ein Drittel Arbeitnehmer, ein Drittel Arbeitgeber und ein Drittel der Staat aufzukommen hat für Pensionen und das Ganze. Der Staat mußte in seiner Rolle bis heute das Drittel bei den Arbeitern und Angestellten nie einbringen, weil sie das zum Großteil selber zahlen. Die einzige jüngste Versicherung, das sind die Bauern, die haben noch mehr Zuschüsse, weil sie auf Grund der jungen Jahre eben diese Beiträge nicht einbringen können und nicht haben. Und wenn ihr bitte sagt, zusammenlegen oder immer das preist mit der Sozialversicherung günstiger Verwaltungskosten, ich weiß nicht, wie oft man euch die Dinge darlegen, klarstellen und beweisen kann, daß die Verwaltungskosten in der Sozialversicherung so niedrig sind, wie es kein Privater machen kann.

Ihr seid diejenigen, die den Arbeitnehmern einreden wollen, Freunde, diese Pflichtversicherung gehört weg, wir machen eine Versicherungspflicht wie bei der Haftpflicht, und präsentiert überall das Schweizer Modell. Erkundigen Sie sich einmal, was da läuft. Ja, da haben sie ein Problem, weil da gibt es Versicherungen, die sind in Konkurs gegangen, und da haben Leute jahrzehntelang einbezahlt, und plötzlich ist die Versicherung nicht mehr da, weil sie im Konkurs ist. Dann muß er zu einer neuen gehen, weil er sich ja versichern muß, und die stellt Bedingungen, daß es sich die Leute gar nicht mehr leisten können, eine Versicherung zu bezahlen. Und da muß er ausfüllen, ob er ein Risikopatient ist, und wenn er viele Krankheiten hat, dann hat er ein Problem, daß er vielleicht gar nicht versichert wird oder so einen hohen Beitrag zahlt, daß er sich das nicht leisten kann. Daher bitte, das, was die ganze Welt, wenn sie zu uns nach Österreich kommt, weiß, wir haben ein herzeigbares Sozialversicherungssystem, zieht es nicht immer durch den Dreck, sondern sagt in der Öffentlichkeit, wie die Dinge laufen (Beifall bei der SPÖ.), und redet nicht den Leuten ein, daß sie einen Vorteil haben, wenn sie unterm Strich durch eure Haltung solche Nachteile haben, daß sie es sich nicht leisten können! Es ist in Amerika der Vergleich immer lustig. Wenn du Geld hast, wenn du in einem Betrieb beschäftigt bist, hast eine Pensionsversicherung, hast eine Krankenversicherung, und wenn du dann über die Gasse hinüberschaust, siehst du, wie die Leute in der Schachtel am

Gehsteig sterben müssen, weil sie nichts haben. Also, solche Verhältnisse wollen wir nicht. Ich bitte einmal, das zu präzisieren.

Und wenn man den Betrieb Philips hernimmt, dann lade ich dich, lieber Kollege Wiedner, ein, daß du mit mir oder mit uns dann mithilfst, als Gemeinderat, daß die Förderungen, ganz gleich, ob Gemeinde, Bund oder Land, dann ausbezahlt werden. Rede mit dem Herrn Direktor Platzer, er soll sich in Holland einsetzen, daß die Belegschaft nicht unter Druck genommen wird, und was es heißt, Lohnkostensenkung. Weißt du, wieviel sie senken wollen? 40 Prozent, und davon sollen die Dienstnehmer 10 Prozent Lohnkosten hergeben, davon soll man eine flexible Arbeitszeit machen, rund um die Uhr, Samstag und Sonntag zum Nulltarif, ohne in irgendeiner Form. Dann hat man die Leiharbeiter, da haben alle zugeschaut, mitgenommen. Die Firma Philips hat bereits 58 Prozent Leiharbeiter. Von 598 Arbeitern sind 398 Leiharbeiter. Das sind die modernen Sklaven, die werden ausgenutzt. (Abg. Wiedner: „Und der Betriebsrat hat zugeschaut!“)

Die werden ausgenutzt, und wir haben gesagt, dem muß ein Ende gesetzt werden. (Abg. Schinnerl: „Wer ist der Betriebsrat?“)

Ich bin froh, heute berichten zu können, lieber Kollege Wiedner, daß wir gestern sehr wohl ein gutes Verhandlungsergebnis im Sinne der Arbeitsplatz-erhaltung erreicht haben, aber jetzt ist der Konzern aus Holland am Zug, daß sie garantieren, daß die Investitionen gemacht werden. Du hast gesagt, wenn es in Europa eine Bildröhre mehr gibt, werden wir Lebring nicht erhalten, weil wir mit irgendwelchen anderen – Ungarn oder Tschechien – nicht konkurrieren können.

Aber tun wir nicht so, als ob die Arbeitnehmer schuld wären, nur die Lohnnebenkosten. (Abg. Wiedner: „Das hat keiner gesagt. Du hast nicht aufgepaßt!“)

Das hast du in der Form interpretiert, und wir können es nachlesen. Und benützt bitte nicht die Dramatik eines Betriebes, wo Dienstnehmer betroffen sind, um da im Landtag ein bißchen etwas populistisch zu machen. (Abg. Wieder: „Du bist der größte Populist!“ – Beifall bei der SPÖ. – 17.42 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (17.42 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte nicht mehr anwesende Landesräte und Landesrätinnen, sehr geehrter Herr Präsident!

Ich habe nicht geplant gehabt, mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort zu melden, aber Ihre heftigen Reaktionen auf die Wortmeldung vom Martin Wabl zeigen, daß er es geschafft hat, eine Politik zu machen, wo man genau die Punkte thematisiert, die Ihnen weh tun. Das fängt bei der Müllverbrennung in Graz an. Frau Kollegin Gross, ich werde Ihren Bezirksräten in Puntigam einen Brief schreiben, weil ich fast jeden Tag in der „Neuen Zeit“ lese, wie toll die SPÖ-Bezirksvertretung im Bezirk Puntigam sich dagegen einsetzt, daß es sinnlose Großbauten im Bereich Web-

linger Gürtel gibt, daß es ein Cineplex gibt, wo man mit dem Auto hinfährt, um sich Filme anzuschauen, aber (Abg. Gross: „Die SPÖ ist eine demokratische Partei!“), wo es keine adäquate Verkehrsanbindung gibt.

Und drittens, die gleiche Fraktion, der Sie angehören, kämpft in Puntigam gegen die Müllverbrennung. Und diese Fraktion kämpft und wird sehr überrascht sein, wenn ihre Grazer Abgeordnete da dem Klubobmann Martin Wabl auf eine Art und Weise in den Rücken fällt, daß ich das inhaltlich einfach nicht mehr nachvollziehen kann. Vorher hat es auch geheißt, wir wissen eigentlich nicht, wie groß die Müllverbrennungsanlage sein wird. (Abg. Vollmann: „Das passiert Ihnen öfter, daß Sie etwas nicht nachvollziehen können!“)

Aber das überrascht mich umso mehr, wenn Sie es nicht schaffen, in diesem Wahljahr eine so gute Achse zu machen, daß zumindest die Grazer Landtagsabgeordnete sich abspricht mit ihrer Fraktion, was in diesem konkreten Fall den Bezirk Puntigam betrifft. (Abg. Gross: „Ich bin der mehrheitlichen Meinung meiner Fraktion!“) Das betrifft auch die außerplanmäßigen Ausgaben.

Das Zweite: Der Martin Wabl hat wieder einmal sinnlose Ausgaben für den Ö-Ring angesprochen. Das ist ein Thema, welches natürlich die ÖVP besonders hart trifft, und es trifft auch die Freiheitlichen, weil sie da permanent die Linie wechseln.

Und was die Freiheitlichen betrifft: Die Wortmeldung vom Landesrat Schmid, bezogen auf sein Verhältnis zu einer ihm unterstellten Abteilung, war für mich frappierend. Landesrat Schmid hat nicht bekanntgegeben, daß er keinen Wettbewerb, sondern nur ein Gutachterverfahren ausgeschrieben hat, das aber genauso kostspielig ist. Der Landesrat Schmid hat es geschafft, einem Regierungsbeschluß zuzustimmen, den die SPÖ eingebracht hat, wo 900.000 Schilling für die Hartinger Consulting zur Verfügung gestellt werden, damit sie einen Auftrag, ein Projekt bewirbt, wofür es noch überhaupt keine rechtsgültigen Beschlüsse gibt. (Beifall vom Abgeordneten Wabl.)

Martin Wabl klatscht, weil er zum Kunsthaus seit langer, langer Zeit schon arbeitet, übrigens als nicht Grazer Abgeordneter. Und mich würde es freuen, wenn die anderen Abgeordneten, die nicht in Graz leben, sich genauso dafür interessieren würden, wo in Graz dieses Kunsthaus gebaut wird. Und da stützt Schmid euren Schachner auf eine Art und Weise, daß ich einfach überrascht bin. (Abg. Mag. Erlitz: „Ist das etwas Schlechtes? Wir haben kein Problem damit!“)

Der Schmid schafft es, dem Schachner die Möglichkeit zu geben, keinen Architektenwettbewerb durchzuführen. Die Architektenkammer ist nicht informiert, daß ein Kunsthaus gebaut wird. Die Architektenkammer ist in die Wettbewerbsabführung nicht einbezogen worden. Das heißt, nicht einmal aus dieser Sicht, daß man die kompetente, na von mir aus auch, Landesvertretung einbezieht. Nicht einmal das überlegt sich Ihr Baulandesrat. Er hat deswegen ganz bewußt diese Abwicklung eines Kunsthauses als Gutachterverfahren in der „Grazer Zeitung“ publizieren lassen, weil er genau weiß, daß ein Gutachterver-

fahren nicht bindend ist. Das Resultat eines Gutachterverfahrens kann sehr unterschiedlich interpretiert werden.

Das nächste, und das gilt aber jetzt besonders für die Kollegen von den Freiheitlichen, und da mache ich jetzt einen klaren Bezug zu diesem außerordentlichen Haushalt. Sie wissen, daß der Reinerhof, das ist eines der ältesten Gebäude in Graz, vor wenigen Jahren generalsaniert wurde, ausfinanziert mit Mitteln der Wohnbauförderung, vom Kollegen Schmid. Und dieser Reinerhof, der jetzt fertiggestellt wurde, da sind mehrere Geschäfte drinnen, da sind auch Wohnungen drinnen (Abg. Dr. Wabl: „Die Volkshilfe ist drinnen!“), die Volkshilfe ist drinnen – die Kollegin Gross ist da besonders betroffen, und ich hoffe, auch engagiert in die Richtung –, auch die Volkshilfe ist da beheimatet. Dieser Reinerhof hätte, laut Schachners Vorstellungen, ein Teil dieses Kunsthausareales werden sollen. Da denke ich mir, hat es einen Sinn, mit Landesmitteln einen Bau zu sanieren, sehr attraktiv zu sanieren, und kurze Zeit darauf zu sagen, Moment, den müssen wir umbauen? Sie wissen ganz genau, daß der Reinerhof von der Struktur so ist, daß man dort genau das nicht machen kann, was der Sinn eines Kunsthauses in Graz ist.

Martin Wabl, die Grazer Grünen und ich sind deziert für ein Kunsthaus in Graz, auch für ein großdimensioniertes Kunsthaus und ein Kunsthaus, in dem man unterschiedliche Formen der Kunstdarbietung, bis hin zu einer Performance, bis hin zu einer sehr groß angelegten attraktiven Form der Kunstgestaltung, anbieten kann. Das geht im Reinerhof ganz sicher nicht.

Daß die Naturschutzbewilligung fehlt, daß die Akzeptanz von denkmalschützenden Institutionen in Graz fehlt, das ist nur das Tüpfelchen am I. Gott sei Dank hat es über 3000 Einwendungen gegen dieses Projekt gegeben, das nur deswegen möglich ist, weil der Landesrat Schmid und der Landeshauptfraustellvertreter Schachner da eine Koalition geschlossen haben, die zum Glück auch sehr früh schon vom Martin Wabl beeinsprucht wurde. Und zwar gerade auch darauf bezogen, daß der Bauzuständige im Land, Hofrat Dreiholz, von diesem Projekt komplett ausgeschaltet wurde. Daß das jetzt der Hofrat Josel macht, der mich im Grazer Gemeinderatssaal bei einer Bürgerbefragung, bei einer Bürgerzusammenkunft zu dem Thema absolut verblüfft hat, weil er einfach grundlegende Sachen nicht gewußt hat, zum Beispiel den Unterschied zwischen Gutachten und Ausschreibung, zum Beispiel die genaue Dimensionierung von dem Projekt, welche Parzellen genau betroffen sind, ob der Herberstein-Garten angeschnitten wird oder nicht. Diese Sachen waren ihm einfach fremd.

Und er ist im Land der Zuständige für ein Kunsthausprojekt um 360 Millionen Schilling. Das ist nochmals ein Bezug zu den außerplanmäßigen Ausgaben. (Präsident: „Frau Abgeordnete Zitz, ich bitte Sie eine Sekunde um Ihre Aufmerksamkeit!“) Ja, ich sage noch einen letzten Satz. (Präsident: „Das können Sie ohne weiteres. Der Tagesordnungspunkt beinhaltet natürlich außerplanmäßige Ausgaben, die vom Landtag beschlossen und genehmigt werden sollen. Aber solche, die in der Tagesordnung aufgelistet sind. Und die von Ihnen durchaus möglicherweise richtigerweise zitierten zukünftigen außerplan-

mäßigen oder auch schon getätigten, stehen aber auf dieser Tagesordnung heute nicht drauf. Darauf möchte ich Sie nur aufmerksam machen und bitten, zur Tagesordnung zu sprechen!")

Aber Herr Präsident, wenn ich noch ein Wort sagen darf. Das stimmt nur bedingt, und zwar deswegen, weil die Abgeordneten im Saal, die bei der ÖVP und bei der SPÖ sind, ein Trigon-Museum beschlossen haben in diesem Budget, und dieser Beschluß gilt für das Jahr 1996 und 1997 in der Höhe von 63 Millionen Schilling. Das heißt, Sie, die Sie da sitzen auf der und der Seite haben im Budget im ordentlichen Haushalt 63 Millionen Schilling beschlossen für das Landesmuseum Joanneum und für das Trigon-Museum, und das steht im krassen Widerspruch zur Beauftragung, die jetzt der Schmid macht im Namen vom Schachner, und der Stadtrat Strobl stellt sich wieder dagegen. (Abg. Schinnerl: „Furchtbar!“)

Das ist aus meiner Sicht eine Budgetgebarung gerade im Kunstbereich, die ich nicht nachvollziehen kann. Wie gesagt, ich hätte mich nicht gemeldet, wenn ich nicht Ihre Art der Ängstlichkeit und Ihre Art des sich unglaublich Provoziertfühlers durch diese Wahrheiten, die der Martin Wabl gesagt hat, bezogen auf Müllverbrennung, Ö-Ring und Kunsthaus, wenn Sie da nicht so furchtbar nervös gewesen wären. Aber für mich ist das klar, daß das drei Themen sind, die für Sie Reizthemen sind, weil Sie merken, daß da budgetär nicht korrekt vorgegangen wird, weil Sie merken, daß das Themen sind, die mit der Bevölkerung in keiner Art und Weise akkordiert worden sind. Sie haben vorher auch einen Müllverbrennungsantrag von uns unterstützt, wo es darum geht, die Bevölkerung in Graz über Alternativen zur Müllverbrennung aufzuklären.

Und in diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Und, Martin, ich bin froh, daß du dich vorher zu Wort gemeldet hast, und ich bewundere teilweise deine Geduld mit den Untergriffen von anderen Fraktionen. (17.52 Uhr.)

Präsident: Herr Landesrat Dipl.-Ing. Michael Schmid hat sich gemeldet.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (17.52 Uhr): Hoher Landtag!

Man möge mir nachsehen, daß ich ebenso neben der Tagesordnung vorbei tatsächlich berichtige, mehr tue ich nicht. Ich sehe das Ganze völlig emotionslos. Die Frau Abgeordnete hat gemeint, alles, was hier durchgeführt wird ohne jeden Beschluß, das ist einfach falsch. Es gibt Beschlüsse der Steiermärkischen Landesregierung sowohl aus dem Bereich der Kunst und Kultur, Dr. Schachner, eingebracht, als auch von mir. Alle Maßnahmen, die hier getroffen werden, beziehen sich auf einstimmige Beschlüsse der Steiermärkischen Landesregierung. Die Frau Abgeordnete redet von Gutachterverfahren und Wettbewerb, da halte ich, wenn Sie so wollen, auch polemisch fest, in diesem Bereich, glauben Sie mir, weiß ich besser Bescheid, und Sie können sich darauf verlassen, daß dieses Verfahren, das hier durchgeführt wird, in völliger Übereinstimmung mit den europäischen Normen passiert. Und ich halte es dann schon immer für sehr hochinteressant, wenn sich eine freiberufliche Gruppe,

und das sage ich auch gegen meine eigene, die sich sehr eingesetzt hat, im Gegensatz zu mir, zum Beitritt zur Europäischen Union, zur großen Liberalisierung jetzt hinter eigenen Spielregeln verstecken will, die europaweit so gemacht werden. Das Verfahren basiert auf den Regeln der Europäischen Union und ist völlig korrekt durchgeführt. Auch auf Forderung des Hauses der Architektur, der Zentralvereinigung mit international besetzter Jury.

Sie sagen weiters falsch, daß es hier keine Berücksichtigung des Denkmalschutzes, des Denkmalamtes gibt, keine Berücksichtigung des Naturschutzes. Das ist unrichtig. Den Wettbewerbsunterlagen liegen die Stellungnahmen des Denkmalamtes, mit dem sehr ausführlich gesprochen wurde, und die Stellungnahme des Naturschutzes, des Landschaftsschutzes, bei. Wie Sie also sehen, das ist eine unrichtige Behauptung, daß hier darübergefahren wird. (Abg. Mag. Zitz: „Das ist im nachhinein hineinreklamiert worden!“)

Sie sagen praktisch der Frau Abgeordneten Gross, daß der Reinerhof, die Volkshilfe dort gefährdet wäre. Auch das ist falsch. Wir haben sicherlich über die steirische Wohnbauförderung dieses Haus, das älteste Haus von Graz, wo Graz keinen einzigen Schilling dazu beigetragen hat, daß es erhalten wird, unter Ausnützung sämtlicher Möglichkeiten der Wohnbauförderung saniert. Das ist richtig. Wir sind froh, daß das älteste Haus von Graz in dem Zustand ist und die vorzügliche Arbeit der Sozialhilfe, der Volkshilfe, wird dort in keiner Weise gefährdet. Richtig ist, daß als Bauplatz der angrenzende Bereich als Zugang vom Herrn Kollegen Gartler, der ja diese Standortstudie gemacht hat, nicht wir haben uns den Platz ausgesucht, sondern ich vollziehe hier Beschlüsse der Landesregierung, die Studie stammt von Gartler, der Zugangsbereich ist jener so schützenswerte Naturraum hinter dem Reinerhof, der, wenn Sie dort einmal hingehen und sich das anschauen! Ich weiß, daß sehr viele Abgeordnete dieses Hauses sich der Mühe unterzogen haben, damit sie wissen, wovon sie reden. Bei Ihnen, Frau Zitz, habe ich den Eindruck, Sie wissen nicht, wovon Sie reden. Da es sich im wesentlichen um Spritzbetonbereiche handelt, die an den Felsen angebracht sind, und es ist bei Gott einer der miesesten Hinterhöfe von Graz in dem Zustand, wie er sich jetzt darstellt, das darf hier auch einmal gesagt werden.

Sie reden weiters davon, daß der Herr Hofrat Josel keine Ahnung gehabt hat bei dieser Sitzung, wovon er redet. Ich glaube, was Sie hier heute gesagt haben, das trifft viel mehr auf Ihr Zitat zu. Sie haben keine Ahnung gehabt, wovon Sie gesprochen haben. Danke! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 17.56 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zu insgesamt drei Abstimmungen:

Erstens über den Antrag der Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 417/1.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Zweitens über den Antrag der Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 418/1.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Drittens über den Beschlußantrag des LIF und der SPÖ, betreffend Bereitstellung aller Rechtsvorschriften des Landes Steiermark in geltender Fassung im Internet und im Intranet und sich daraus ergebende Einsparungen bei Kosten der Landesverwaltung.

Die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

13. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 18/4, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfil, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend das Verbot der Förderung rechtsextremer Medien und Publikationen.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (17.58 Uhr): Zum Antrag 18/4, betreffend das Verbot der Förderung rechtsextremer Medien und Publikationen, hat die Landesregierung folgendes berichtet. Ich zitiere aus dem Punkt II.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Österreich als ein Staat, der nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes wiederentstanden ist, dessen Angehörige in sehr großer Zahl Opfer des Regimes geworden sind, dessen Angehörige aber auch in sehr großer Zahl von diesem Regime verführt worden sind und in großer Zahl Erfüllungsgehilfen dieses Regimes gewesen sind, seinem Selbstverständnis nach höchste Wachsamkeit und kompromißlose Abwehrbereitschaft gegen jede Propagierung menschenverachtenden Ungeists an den Tag legen muß.

Es kann als sicher angenommen werden, daß die Antragsteller von dieser Intention geleitet waren.

Ebenfalls als selbstverständlich kann angenommen werden, daß eine Förderung von Medien und Publikationen, die auch nur in einem Naheverhältnis zu derartigem Ungeist stehen, durch das Land Steiermark niemals bewußt erfolgt sein kann, sondern höchstens als Ergebnis eines Nichtdurchschauens einer Maskierung.

Deshalb mein Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, daß der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zu diesem vorliegenden Antrag, betreffend das Verbot der Förderung rechtsextremer Medien und Publikationen, zur Kenntnis genommen wird.

Soweit mein Antrag. (18.00 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (18.00 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident!

Der Inhalt dieser Regierungsvorlage, die wir bekommen haben, ist eine direkte Antwort auf die Diskussion, die es seit mehreren Jahren im Steiermärkischen Landtag darüber gibt, daß von seiten der Steirischen Landesregierung immer wieder Publikationen gefördert werden, die in einem Naheverhältnis zum Rechtsextremismus stehen oder als rechtsextrem definiert werden können. Das ist „Lot und Waage“, das ist teilweise die „Aula“, das ist natürlich auch die „Neue Ordnung“.

Sie wissen, daß am 10. Dezember 1996, am Internationalen Tag der Menschenrechte, genau diese Diskussion auch wieder den Landtag bewegt hat. Um diesen Zeitpunkt herum haben wir erfahren, daß in der „Neuen Ordnung“ Inserate vom Land Steiermark geschaltet wurden, wobei die „Neue Ordnung“ sich unter anderem als Trägermedium für Journalistinnen und Journalisten versteht, die etwa meinen: „Menschenrechte sind heute das perfide Instrument zur Entmachtung des Menschen durch Zerstörung der Volksgemeinschaft“ oder „Was Europa heute braucht, sind keine demokratischen Volksverführer und Vielredner, sondern sichere Führer, die wissen, wo Gott wohnt und die denen gerne folgen, die adeligen Herzens sind“.

Die Publikation „Neue Ordnung“ ist inzwischen vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes als rechtsextrem definiert.

Ich habe mich damals, am Tag der Menschenrechte, am 10. Dezember 1996, extrem gewundert, daß die ÖVP und die Freiheitlichen nicht bereit waren, einen Antrag zu unterstützen, der von uns und von den Liberalen gekommen ist, wo wir verlangt haben, daß die „Neue Ordnung“ keine Form der Förderung vom Land Steiermark mehr bekommt. Ich habe damals sehr ausführlich geredet, habe auch probiert, meine Wortmeldungen mit konkreten Zitaten aus dieser Publikation zu belegen. Damals ist von seiten der ÖVP immer wieder gekommen, naja, man weiß ja nicht so genau, was eigentlich Rechtsextremismus in der Steiermark ist.

Diese Regierungsvorlage hat an und für sich die Absicht gehabt, einen umfassenden SPÖ-Antrag, wo es darum gegangen ist, das Verbot der Förderung rechtsextremer Medien und Publikationen festzulegen, diesen Antrag des halben SPÖ-Landtagsklubs – wenn ich das richtig sehe – so zu beantworten, daß man das Gefühl hat, daß Publikationen, wie die „Neue Ordnung“, „Lot und Waage“ oder die „Aula“ im Land Steiermark nicht mehr gefördert werden.

Diese Regierungsvorlage ist erstens einmal extrem wenig darauf eingegangen, was das politische Vorspiel zu diesem Antrag war. Das heißt, man hat einfach die letzten Jahre Rechtsextremismuskommunikation im Landtag ausgeschaltet. Und diese Regierungsvorlage verblüfft auch durch eine Wortwahl, wie sie eigentlich nur entstehen kann, wenn man nicht sehr bemüht ist, sich klar gegenüber dem rechten Rand abzugrenzen – besonders im letzten Absatz, „es kann selbstverständlich angenommen werden, daß die Förderung von Medien und Publikationen, die auch nur in einem Naheverhältnis zu derartigem Ungeist stehen, durch

das Land Steiermark niemals bewußt erfolgt sein kann, sondern höchstens als Ergebnis eines Nichtdurchschauens einer Maskierung."

Und genau zu dem Nichtdurchschauen einer Maskierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP und von den Freiheitlichen, genau zu diesem Nichtdurchschauen einer Maskierung, haben wir einen Beschlußantrag im Verfassungs-Ausschuß eingebracht, der in die Richtung gegangen ist, daß man dem Land bei der „Nichtdurchschauung dieser Maskierung“ insofern hilft, als man sagt, das Land ist aufgefordert, selbst einen Kriterienkatalog zu erstellen, der definiert, was rechtsextreme Publikationen und Medien sind.

Zu meiner großen Überraschung waren die ÖVP und die Freiheitlichen im Verfassungs-Ausschuß nicht bereit, diesen Antrag, den wir eingebracht haben, zu unterstützen. Das heißt, Ihre Fraktionen sind nicht bereit, daß man in der Steiermark unter Einbeziehung von Wissenschaftlern als Nachbereitung der Landtagsenquete „Extremismus bei Jugendlichen“ einen Kriterienkatalog erstellt. Ich habe ursprünglich auch einen Vorschlag gemacht – basierend auf Arbeiten von deutsch- und englischsprachigen Historikern und Historikerinnen –, wie so ein Kriterienkatalog ausschauen könnte. Das haben wir aus unserem Antrag dann sehr bewußt herausgestrichen, um diesen Antrag so offen zu gestalten, daß die Landesregierung selbst die Möglichkeit hat, Wissenschaftler, Wissenschaftlerinnen einzubeziehen, die dabei behilflich sind, einen solchen Kriterienkatalog zu erstellen.

Diesen Antrag möchte ich später noch einmal in den Landtag einbringen.

Was jetzt die Geschichte der Anträge betrifft, die darauf abgestellt waren, daß in der Steiermark rechtsextreme Publikationen nicht mehr gefördert werden, sehe ich eine Tendenz bei der ÖVP, den Begriff Rechtsextremismus weitgehend auszusparen. Ich weiß nicht, warum.

Die ÖVP könnte jederzeit einen Antrag stellen, wo es darum geht, linksextreme Publikationen von der Förderung des Landes Steiermark auszunehmen. Sie hätten jederzeit die Möglichkeit, das zu machen. Sie machen es aber nicht, sind aber nicht bereit, bei ihren Anträgen politisch aktiv mit dem Begriff des Rechtsextremismus zu agieren.

Bei der Landtagsenquete „Extremismus bei Jugendlichen“ war es auch so, daß von den meisten Referenten und ganz speziell vom Professor Möllner, eingeladen vom ÖVP-Landtagsklub als unabhängiger Experte, gekommen ist, Rechtsextremismus sei derzeit ein Phänomen, das europaweit und auch bei Jugendlichen im Ansteigen begriffen ist, und Linksextremismus, hat er gesagt, ich habe mir das wörtlich aufgeschrieben, „Linksextremismus haben wir in den siebziger Jahren abgehakt“.

Das heißt, das Phänomen, mit dem wir es jetzt zu tun haben, ist eines, das von Ihrem Experten bei besagter Enquete so definiert wurde, daß Rechtsextremismus derzeit der Bereich ist, wo man sich politisch etwas überlegen sollte. (Abg. Schinnerl: „Was habt's ihr für eine Maske?“)

Darf ich noch einmal fragen? „Was habt's ihr für eine Maske“, was das bedeutet? (Abg. Schinnerl: „Das wahre Gesicht!“) Ich weiß jetzt nicht, was Sie mit wahren Gesicht meinen, Kollege Schinnerl.

Sie haben jederzeit die Möglichkeit, einen Antrag einzubringen, wenn Sie dem Land Steiermark jemals nachweisen können, daß das Land Steiermark links-extremen Publikationen fördert. Aber Sie haben uns im Verfassungs-Ausschuß daran gehindert, zusammen mit den Liberalen und der SPÖ, das Land aufzufordern, einen Kriterienkatalog für Rechtsextremismus zu erstellen. Ich werde den Antrag trotzdem jetzt noch einmal stellen.

Und Sie haben uns damals am 10. Dezember auch daran gehindert, die Publikation „Neue Ordnung“ nicht weiter durch die Landesregierung finanzieren zu lassen. Diese Anträge, immer sehr engagiert unterstützt von der SPÖ und von den Liberalen, von den jeweiligen Klubobmännern, haben Sie untergehen lassen. Ich verstehe nicht, warum.

Ich möchte jetzt den Beschlußantrag einbringen, auf den ich vorher verwiesen habe:

Das ist ein Antrag von Zitz, Flecker, Wabl und Brunner.

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Richtlinien auszuarbeiten, die „Rechtsextremismus“ definieren, und sich dabei auf Kriterien zu stützen, nach denen schon länger von verschiedenen österreichischen Institutionen in Übereinstimmung mit angelsächsischer und deutscher Fachliteratur vorgegangen wird, und Publikationen, Organisationen und Personen sowie von diesen verbreitete Inhalte, die nach diesen Richtlinien – von Ihrer Landesregierung erstellten Richtlinien – als „rechtsextrem“ gelten, weder direkt noch indirekt zu fördern, noch durch Auszeichnungen, offizielle Repräsentanz, Zusammenarbeit und ähnliches anzuerkennen.

Kolleginnen und Kollegen von den Freiheitlichen und der ÖVP, ich wünsche es mir sehr, daß Sie es jetzt schaffen, dieser Aufforderung an die Landesregierung nachzukommen. Sie würden auch der Landeshauptfrau Klasnic die Arbeit wesentlich leichter machen, weil es bis jetzt offenbar nicht möglich war, in ihrem Kompetenzbereich klarzustellen, was förderungswürdig ist und was nicht förderungswürdig ist. Dieser Antrag ist auch bewußt so gehalten, daß wir keine Vorstellungen abgegeben haben, was aus unserer Sicht als rechtsextrem zu definieren wäre. Das wäre tatsächlich Aufgabe der Landesregierung, das in Kooperation mit Experten und Expertinnen, Wissenschaftlern, Wissenschaftlerinnen zu machen.

Was jetzt den Antrag der Kollegen der ÖVP betrifft, die einen Beschlußantrag in den Landtag eingebracht haben „Medien und Extremismus“. Dieser Antrag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, beweist für mich, daß die ÖVP mit der Regierungsvorlage von ihrer Fraktionsfrau Waltraud Klasnic offenbar nicht einverstanden ist. Ich bin trotzdem auf jeden Fall dafür, diesen Antrag zu unterstützen. Die Grünen werden jeden Antrag unterstützen, der in die Richtung geht, daß Extremismus in der Steiermark durch das Land keine Unterstützung findet. Aber ich finde das einfach überraschend, wenn Sie unsere Anträge be-

züglichen Richtlinien niederstimmen und dann eigene Anträge einbringen, das haben Sie mehrfach gemacht zwischen 94 und 97, die eigentlich immer wieder dasselbe wiederkauen, und gleichzeitig einen Landeshauptmann haben, eine Landeshauptfrau haben, die immer wieder Publikationen mitfinanziert durch Inse- rate, durch Förderungen, die tatsächlich im rechten äußeren Eck anzusiedeln sind. Und bitte beweisen Sie mir, sagen Sie mir eine einzige Publikation, die aus Ihrer Sicht in den linksextremen Bereich fällt. Eine einzige Publikation, die vom Land Steiermark dermaßen großzügig bedient worden wäre, wie das immer wieder passiert ist bei „Lot und Waage“, bei der „Aula“ oder bei der „Neuen Ordnung“.

Reinhold Lopatka, mich freut dein Stirnrunzeln, weil ich weiß, daß das eine deiner Argumentationslinien ist, und ich bin deswegen zusammen mit Martin Wabl sehr wohl bereit, euren Antrag zu unterstützen, wenn ich ihn auch für sehr allgemein halte und als „Thema verfehlt“ empfinde angesichts dieser Regierungsvorlage. Ich wünsche mir, daß ihr auch bereit seid, unseren Antrag auf diese Kriteriendarlegung zu unterstützen.

Ein zweiter Punkt noch, und da hat es mich gefreut, daß die SPÖ da sehr schnell reagiert und dann auch die ÖVP. Es gibt in Graz eigentlich nur noch ein mittelalterliches Symbol für das jüdische Leben in Graz. Und Sie wissen, daß die Juden damals in einer der ersten Wellen der antisemitischen Verfolgungen aus Innerösterreich vertrieben wurden. Eines der letzten sichtbaren Zeichen in Graz, das ist ein jüdischer Grabstein. An diesem jüdischen Grabstein sind Sie alle schon viele Male vorbeigegangen, wenn Sie in die Burg hinaufgegangen sind, zum Beispiel zu Ihrem Parkplatz gegangen sind. Dieser jüdische Grabstein ist nämlich im Karlstrakt der Burg, die Autos können bis zum Grabstein hinfahren. Der Grabstein ist über 600 Jahre alt und ist damals in die Burg eingebaut worden einfach als attraktiver Stein für diesen Bau. Daß dieser Grabstein bis heute dort unbeachtet steht, es gibt keine Gedenktafel, es gibt keinen Hinweis darauf, daß das ein sehr alter Stein ist.

Der Grabstein ist in einer Schrift geschrieben, die Sie und ich sicher nicht verstehen, weil das hebräisch aus dem 14. Jahrhundert ist. Außer Sie haben da ganz spezielle Sprachkompetenzen. Und bei diesem Grabstein ist weder eine Tafel, die darauf aufmerksam macht, daß das ein Grabstein ist, also auch ein Stück, das von uns allen entsprechende Pietät erfordern würde, gerade wenn es in einem Regierungsgebäude – noch dazu sehr brutal und grausam – nur als Baustein verwendet wurde. Dieser Grabstein wird mit Autos so gut verparkt, daß der Kollege Majcen meint, er weiß eigentlich gar nicht so ganz genau, in welcher Sprache dieser Grabstein geschrieben wurde: Ich nehme an, daß Sie mittelalterliches Hebräisch nicht besonders gut aktiv lesen.

Dieser Grabstein ist bereits 1927 dem Landesrabbiner Herzog aufgefallen, und er hat damals gefordert, diesen Grabstein speziell zu schützen. Das, was wir jetzt machen, nämlich mit einem Beschlusantrag die Landesregierung aufzufordern, diesen Grabstein aus Gründen der Pietät, aus Gründen der Anerkennung des speziellen Schicksals und der Verfolgung gegenüber Juden und Jüdinnen in Österreich speziell

zu schützen, ist etwas, was inzwischen 60 Jahre alt ist und das sicher auch in den vorigen Jahrhunderten der jüdischen Bevölkerung in Graz sehr, sehr schmerzhaft aufgefallen ist. Es freut mich, daß es möglich war, diesen Antrag zu einem Mehrparteiantrag zu machen mit dem Günter Getzinger, mit der Frau Reinprecht als Grazer SP-Abgeordnete, und erfreulicherweise ist auch der Klubobmann Schützenhöfer diesem Antrag beigetreten. Auch die Frau Landeshauptmann Klasnic – ich habe vorher kurz mit ihr gesprochen – hat gesagt, ja, das ist eine Sache, die sie sehr unterstützen kann. Ich möchte deswegen folgenden Antrag stellen:

Der Hohe Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, hinsichtlich des jüdischen Grabsteines, der im Karlstrakt der Burg eingemauert ist, folgende Maßnahmen unverzüglich zu veranlassen:

Zumindest jener Bereich, der sich zwei Meter rechts und zwei Meter links vom Grabstein befindet – es ist ein sehr kleiner Bereich, eigentlich unwürdig klein –, ist autofrei zu halten und mit einer Absperrung zu versehen, so daß der Zugang auch für Gruppen gesichert ist. Eine Tafel ist anzubringen, die Informationen über den Grabstein bietet – warum er hier ist, welcher Stein dies gewesen ist, Informationen über die Vertreibung der jüdischen Gemeinde im Mittelalter in Graz.

Das wären die beiden Anträge, die wir einbringen. Ich hoffe, daß Sie beide Anträge unterstützen, auch den ersten Antrag, auch wenn es Ihnen offenbar schwerfällt, daß der Landtag sich mit dem Thema Rechtsextremismus nicht nur in diversen Enqueten auseinandersetzt, wo man dann doch in der Realpolitik sehr viel Möglichkeiten hätte, da konkrete Maßnahmen zu setzen. Und ich muß sagen, es tut mir eigentlich auch leid, daß dieses Thema immer und immer wieder im Landtag ist, weil es müßte sehr, sehr einfach sein, einmal einen von allen Parteien getragenen Beschlusantrag zusammenzubringen, der gerne auch von der ÖVP, von den Freiheitlichen oder wem auch immer eingebracht werden kann, wo man sich ganz klar davon distanziert, daß rechtsextreme Publikationen und Medien in der Steiermark gefördert werden, beziehungsweise Richtlinien erstellt werden, daß man weiß, was eigentlich rechtsextrem ist, weil die „Neue Ordnung“ hat der ÖVP oder dem Reinhold Lopatka offenbar noch nicht gereicht. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.17 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Sie hat das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (18.17 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Auch ich bin einigermaßen verwundert, daß die ÖVP nicht mit diesem Beschlusantrag mitgehen kann, denn in den Unterlagen der Regierungssitzung zu diesem unserem Antrag steht eindeutig, daß die Landesregierung eine Entschließung begrüßen würde, in der Leitlinien für die Presseförderung enthalten sind. In diesem unserem Antrag geht es eben um rechtsextreme Medien, und ich glaube, daß das Land Steiermark bisher nicht in die Verlegenheit gekommen ist, linksextreme Medien zu fördern. Ich glaube, daß diese Sache von einiger Wichtigkeit ist. Es geht nicht an, daß öffentliche Mittel zur Verbreitung von Gedankengut,

das sich in die Tradition der Naziideologie stellt und diese unselige Tradition weiterführt, verwendet werden. Das ist ein dringendes Anliegen von uns, vor allem, weil wir hier genügend Beispiele noch aus der jüngsten Vergangenheit haben.

Zum Beispiel wurde lange Zeit die „Aula“ gefördert. In diesem Blatt wird, wie nur zu bekannt, beständig das NS-Regime verharmlost und rassistisches und antisemitisches Denken propagiert. Ein Zitat aus der Aula: „Wird der amerikanische Hetzfilm ‚Holocaust‘ vom ORF für mehrere hunderttausend Dollar angekauft?“ Ich muß Sie hier fragen, sehr verehrte Abgeordnete, gegen wen wird in diesem Film gehetzt? Vielleicht gegen die Nazimörder in den Vernichtungslagern? Anlässlich des Todes von Armin Dadiou, Gauhauptmann und SS-Standartenführer, können wir in der „Aula“ lesen: „Abschied genommen haben wir von einem, auf den wir stolz sind, daß er in unseren Reihen war. In diesem seinem Geist soll Armin Dadiou uns und vor allem unserer Jugend Vorbild eines aufrechten Mannes sein, der im mutigen Einsatz, im Bekenntnis zu den Idealen seiner Jugend und damit zu Volk und Heimat stets sich selbst treu gewesen ist.“ Das wird für den Geist oder besser den Ungeist der „Aula“, glaube ich, hinreichen.

Ein weiteres Beispiel, die Kollegin Zitz hat es angeführt, ist die Förderung des Alpenländischen Kulturverbandes Südmark mit seiner Zeitschrift „Lot und Waage“. Schon 1955 anlässlich des Staatsvertrages steht im Organ des Alpenländischen Kulturverbandes Südmark folgendes: „Dazu kommt noch die besonders wichtige Aufgabe, unser gefährdetes Grenzgebiet mit allen Mitteln zu schützen und das Eindringen volksfremder Elemente zu verhindern. Gerade jetzt ist diese Gefahr neuerdings wieder aktuell geworden. Ein Schrei höchster Empörung müßte durch alle deutschen Lande gehen, dieses schleichende Gift rechtzeitig unwirksam zu machen.“

Hier wird anscheinend Bezug genommen auf den Artikel VII des Staatsvertrages. Es ist schon ein äußerst starkes Stück, Österreicher und Österreicherinnen mit nicht deutscher Muttersprache als schleichendes Gift zu bezeichnen.

Kurz einige Worte zum Obmann des Alpenländischen Kulturverbandes Südmark, zu Herrn Professor Reimann. Die „Aula“ gehört übrigens zu seinen treuesten literarischen Begleitern. Besonders hervorgetan im Geiste der „Aula“ hat sich Reimann 1984 beim Streit um die berüchtigte Gedenktafel an der Universität. Mit dieser Tafel wollten die deutsch-nationalen Verbindungen ihre nach dem Krieg als Kriegsverbrecher verurteilten Mitglieder, unter anderem Ernst Kaltenbrunner, einer der in Nürnberg hingerichteten Hauptkriegsverbrecher, übrigens Mitglied der Burschenschaft Arminia, zu Opfern politischer Willkür machen. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Der Kaltenbrunner ist nicht hingerichtet worden!“) Hat er sich selbst umgebracht? (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Nein, der ist auf der Flucht erschossen worden!“)

Kaltenbrunner wurde hingerichtet. Reimann sprach sich in diesem Sinne aus. Man kann über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse sehr viel diskutieren, auch über ihren völkerrechtlichen Status. Aber daß es

sich bei den hingerichteten Männern tatsächlich um Mörder und Verbrecher gehandelt hat, daran kann es ja wohl keinen Zweifel geben.

Aus einem Brief eines Universitätsprofessors an den Rektor: Nach den Äußerungen von Dozent Reimann, daß man freiheitlicherseits vor allem auch der „Opfer der Nürnberger Willkürjustiz“ gedacht habe, kann ich nur mehr feststellen, daß die Universität als Ganzes schwerstens desavouiert ist.

Zum gegenwärtig anstehenden Fall: Einstellung der Förderung der Zeitschrift „Neue Ordnung“ nur ein Satz. Menschenrechte sind laut dieses Blattes das perfide Instrument zur Entmachtung des Menschen durch Zerstörung der Volksgemeinschaft.

Ich glaube, diese Dinge sprechen für sich.

Befremdend habe ich in der Vorlage gefunden, daß das Land Steiermark niemals bewußt diese Medien gefördert hätte, höchstens als Ergebnis einer Nichtdurchschauung einer Maskierung. Darauf wurde schon hingewiesen. Bitte, was ist hier maskiert? Das ist doch wirklich so offensichtlich, in welchem Geist diese Blätter stehen, daß es absolut unverständlich ist, daß es jemals überhaupt dazu kommen konnte, daß das Land Steiermark diese Medien gefördert hat. Wir wissen auch, warum. Wir wissen, daß hier Beziehungen und Kontakte auf Beamten- sowie auf Politikerebene immer existiert haben. Und da möchte ich die ÖVP fragen. Ich denke, daß diese Zeiten vorbei sind, und in Wahrheit handelt es sich, jedenfalls was diesen Bereich anbelangt, nur mehr um ein biologisches Problem. Der moderne Rechtsextremismus kommt daher im braungebrannten Yuppiegewand und macht in aggressiver Ausländerhetze. Und damit hat jedenfalls die derzeitige ÖVP, wie mir scheint, nicht sehr viel zu tun. Also, ich würde Sie bitten, auch mit diesem Antrag, den wir unterstützen, mitzugehen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. - 18.23 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (18.23 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wieder einmal, knapp vier Monate nach dem letzten Mal, beschäftigen wir uns mit der Frage der Förderung rechtsextremer Publikationen und Medien. Eines ist dabei völlig von meinen beiden Vorrednerinnen außer acht gelassen worden, was für mich das Entscheidende ist. Es ist nämlich völlig unrichtig, daß seit dem 23. Jänner 1996, seit dem Tag, an dem erstmals in Österreich eine Frau an die Spitze einer Landesregierung gewählt worden ist, seitens des Landes auch nur ein Schilling für die genannten Publikationen für Inserate ausgegeben worden ist. Kollegin Zitz, es ist unrichtig, was hier gesagt worden ist, es ist schlicht und einfach falsch.

Wir sind in der XIII. Legislaturperiode (Abg. Mag. Zitz: „Wer das beauftragt hat, daß das der Krainer war, das habe ich nicht bestritten!“) und beschäftigen uns mit Inseraten, die, ich weiß nicht wann, vergeben worden sind. Ich weiß schon, daß es notwendig ist, in gewissen Kreisen, auf seine antifaschistische Gesinnung hinweisen zu können, und hier muß man auch zwischendurch Pflichtübungen absolvieren. (Abg. Dipl.-

Ing. Getzinger: „Ich bitte dich, Reinhold, verliere nicht den Boden. Du weißt genau, daß das ein Problem ist im Land Steiermark!“ Nein, das ist kein Problem mehr. Was ist das Problem? Wer hat im Jahr 1996, wer hat im Jahr 1997 in einem von den Vorrednerinnen Zitz und Reinprecht genannten Blättern inseriert? Wer? (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Du weißt genau, daß der Verfassungsdienst des Landes Steiermark dem Landtag empfiehlt, Richtlinien auszuarbeiten. Warum ist die ÖVP dagegen, was sogar die Regierung beschlossen hat?“) Das werde ich sagen, falls ich soweit komme und nicht durch künstliche Erregungen hier mehrfach unterbrochen werde. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Das ist keine künstliche Erregung. Das solltest du auch wissen. Das ist eine echte Erregung!“)

Na gut, dann bist du echt erregt. Und auch die Kollegin Zitz ist echt erregt.

Ich nehme zur Kenntnis, daß sowohl die Kollegin Zitz als auch du echt erregt sind. Als heute auf Zuruf Klubobmann Flecker nicht sofort reagiert hat, als es um die Wehrmachtsausstellung gegangen ist, war anscheinend die Kollegin Zitz bereits einmal in großer Aufregung.

Warum sage ich das? Weil ich einfach glaube, daß hier krampfhaft ein Anlaß gesucht wird, um dieses Thema auf die Tagesordnung zu bringen, und daß man es nicht bedauert, wenn dieses Thema auf der Tagesordnung ist, sondern daß sehr bald wieder Anträge in diese Richtung kommen werden, damit wir dieses Thema wieder hier im Haus haben. Dieser Eindruck läßt mich nicht los.

Jetzt komme ich zu dem, warum ich dagegen bin, daß wir hier einen Index haben, und dann, wer auch immer, als Großinquisitor auftritt und hier dann feststellt, wo man inserieren darf und wo nicht. Für mich gibt es politische Verantwortung, die wahrzunehmen ist, von jedem Regierungsmitglied und erst recht von der Frau Landeshauptmann. Und sie hat hier ihre politische Verantwortung wahrgenommen, in einem Ausmaß, und wir Abgeordnete bekommen ja die „Aula“ zugeschickt, zumindest ich bekomme sie zugeschickt, was zumindest von der „Aula“ bemerkt worden ist. Hier wird nämlich Klasnic massiv kritisiert, da sie hier die Inseratenaufträge des Landes sofort eingestellt hätte. Zumindest in diesem Bereich wurde es bemerkt, auf dieser Seite. Auf der anderen Seite hat man es bewußt nicht bemerkt, denn sonst hätte man ja nicht dieses Thema, wo man sich hier, ob jetzt zu Recht oder zu Unrecht, erregen könnte. Daher möchte ich dieses Faktum, weil für mich ist das das Entscheidende, am Beginn einmal festhalten.

Es ist unrichtig, daß von dieser Landesregierung in dieser XIII. Gesetzgebungsperiode auch nur an irgendein Medium ein Schilling an Inseraten oder sonstigen Beiträgen geleistet worden ist, was den linken Bereich betrifft, wo man sagte könnte, in extremistische Medien ist seitens des Landes auch kein Schilling geflossen. Das möchte ich hier sehr, sehr klar gesagt haben.

Ich möchte aber auch hier festhalten, und ich glaube, hier sind wir uns alle einig, daß es innerhalb einer Demokratie keine Extremismen geben darf, die von uns akzeptiert werden können. Es kann keinesfalls unser Ziel sein, mit Landesmitteln Extremismen

zu fördern. Das müßte uns längst klar sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bitte nur, von ungerechtfertigten Schuldzuweisungen Abstand zu nehmen, weil es hat hier in Richtung Frau Landeshauptmann Klasnic eindeutig von der Frau Kollegin Zitz ungerechtfertigte Schuldzuweisungen gegeben, weil konkret der Vorwurf Richtung Frau Landeshauptmann Klasnic gekommen ist, sie hätte hier Inseratenaufträge gegeben. Das stimmt schlicht und einfach nicht.

Wir haben schon am 29. November 1994 mit den Stimmen aller damals im Landtag vertretenen Parteien einen Beschluß gefaßt, den wir auch am 10. Dezember 1996 dann wiederholt haben, der gelaute hat: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Vergabe von Inseraten oder sonstigen direkten oder indirekten Förderungen von Medien darauf besondere Rücksicht zu nehmen, daß solche Medien, die für politische Extremismen stehen, nicht in den Genuß öffentlicher Förderungsmittel durch das Land kommen.“

Dem wird 100prozentig entsprochen. Das darf ich sehr klar sagen.

Ich glaube, was viel wichtiger ist, ist, daß wir, anstatt bei Schuldzuweisungen stehenzubleiben, darüber nachdenken sollten, was wir tun können, daß solche Medien keinen Anklang finden, unabhängig davon, ob sie jetzt von Landesseite oder von sonstiger Seite unterstützt werden, einfach durch das, was wir an Politik zustande bringen, auch an gelebter Solidarität zustande bringen, um allen Tendenzen von Ausgrenzungen, um jedem Spiel mit Neid- und Angstgefühlen hier entschlossen Widerstand zu leisten, das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Ich glaube, hier haben wir uns wirklich auch als Volkspartei keine Vorwürfe zu machen, sondern hier haben wir sehr klar eine Linie. Und, Kollege Getzinger, weil du hier sehr strenge Maßstäbe anlegst, möchte ich dir schon eines noch einmal sehr deutlich sagen. Wehe ein ÖVP-Abgeordneter oder ein ÖVP-Bezirkshauptmann oder ein ÖVP-Spitzenbeamter würde seine Mitgliedschaft bei der Kameradschaft IV damit verantworten, daß er zur Kameradschaft IV sagt. „Dort passiert ohnehin nichts, denn dort werden Themen behandelt, die auf Talente der Mitglieder abstellen, ob es über die Alpenflora geht, wörtliches Zitat, eine Frankreichreise, das Erbrechen oder Prostatabeschwerden.“ Na wehe, von uns würde sich einer so verantworten, der eine hohe öffentliche Funktion bekleidet, wenn es um die Kameradschaft IV geht. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Es scheint, du wieder-holst dich!“) Ja, ganz bewußt. Weil auch das, was ihr macht, ist eine Wiederholung. Ganz bewußt. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Nein!“) Na selbstverständlich. Das war nichts Neues. Was war denn neu bei der Kollegin Zitz? (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Einiges!“) Da habe ich aber nichts Neues herausgehört im Vergleich zum letzten Mal. Du bist sehr großzügig. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Der Beschlußantrag bezüglich der jüdischen Geschichte von Graz scheint mir schon einmal ein Aspekt zu sein!“) Der wird auch selbstverständlich von uns unterstützt. Aber das ist nicht der Kernpunkt der Tagesordnung. Das ist ein

Beschlußantrag am Rande dieses Tagesordnungspunktes. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Das gehört sehr wohl dazu!“)

Entschuldigung, der Antrag lautet: „Verbot der Förderung rechtsextremer Medien und Publikationen“. Ein jüdischer Gedenkstein ist für mich weit weg von rechtsextremen Medien und Publikationen – und das ist der Tagesordnungspunkt. Also, wenn das heute der Kernpunkt war, da gebe ich der Kollegin Zitz und dir recht, das war schon etwas Neues, aber das ist sicherlich nicht das Kernanliegen des Antrages der Abgeordneten Flecker, Bachmaier-Geltewa und Kollegen gewesen.

Daher von unserer Seite heute dieser Beschlußantrag, daß wir vom Landtag her, weil wir uns von niemandem den Vorwurf gefallen lassen, daß uns dieses Thema peinlich wäre oder daß wir hier nicht klare Linien wollen, deshalb auch von uns wieder dieser Beschlußantrag, mit dem wir die Steiermärkische Landesregierung auffordern, bei der Vergabe von Inseraten und oder sonstigen direkten oder indirekten Förderungen von Publikationen der Medien darauf Rücksicht zu nehmen, daß solche Publikationen und Medien, deren Inhalt die parlamentarische Demokratie oder andere Grundwerte der österreichischen Verfassungsordnung mit Aufrufen zu Gewalt bekämpfen, oder ein Naheverhältnis zu Gruppen haben, welche diese Ziele verfolgen, von öffentlichen Förderungs-mitteln durch das Land auszuschließen.

Im übrigen eine Formulierung, die auf Bundesebene dem Klubobmann Kostelka und der SPÖ sehr wohl recht und billig ist. Das ist nämlich die Formulierung, die man auf Bundesebene zwischen den beiden Koalitionsparteien gewählt hat, was diesen Bereich betrifft. Ich glaube, was hier für den Bund gilt, das sollte auch für uns ausreichend sein, und wir brauchen keinen Index, und wir brauchen hier nicht diese Diskussion, da ohnehin alle Mitglieder der Landesregierung ihre politische Verantwortung wahrnehmen und ich hier keine Gefahr sehe, daß das Land hier Medien unterstützt beziehungsweise Publikationen fördert, die unsere Unterstützung, unsere Förderung nicht verdienen. Daher sage ich, das hier zur Diskussion gestellte Problem ist kein Problem in dieser Legislaturperiode und innerhalb dieser Landesregierung, und das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei der ÖVP. – 18.34 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich die Frau Abgeordnete Zitz gemeldet. Sie hat die Möglichkeit dazu, nach ihr Herr Professor Brünner.

Abg. Mag. Zitz (18.34 Uhr): Ich melde mich somit, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, zu einer tatsächlichen Berichtigung und beziehe mich auf die Wortmeldung von Reinhold Lopatka. Ich möchte dich in zwei Bereichen korrigieren, die mir sehr wesentlich erscheinen. Das erste ist, ich habe nie gesagt, daß aus dem 96er Budget Ausgaben gemacht wurden für besagte Inserate, diese sind tatsächlich schon vom ÖVP-Altlandeshauptmann Krainer offenbar vorfinanziert worden. Aber selbstverständlich sind diese Inserate 1996 geschalten worden, das ist der erste Teil meiner Berichtigung.

Und als Zweitinformation: Reinhold Lopatka, der ehemalige Chef des Landespressedienstes, hat in einem Aktenvermerk darauf aufmerksam gemacht, daß man die „Neue Ordnung“ nicht mehr fördern sollte, und zwar deswegen, weil sie eine Publikation ist, die aus seiner Sicht demokratiepolitisch so bedenklich ist, wie es zumindest drei Fraktionen in diesem Haus sehen. Das heißt, diese Meinung ist nicht originär von den Grünen eingebracht worden, sondern euer Oberlandespressedienstchef hat unabgesprochen mit uns oder aus meiner Sicht aus auch unabgesprochen mit irgendeiner anderen Fraktion im Hause, darauf aufmerksam gemacht. Bezüglich der finanziellen Dotierung habe ich kein Wort gesagt.

Und der zweite Teil der tatsächlichen Berichtigung. Du agierst mit einem sehr problematischen Begriff, nämlich dem Begriff des Index. Ein Index ist etwas ganz anderes, und einen Index finde ich tatsächlich in dem Zusammenhang relativ problematisch, weil ein Index heißt, daß man bestimmte Publikationen so klar zensurieren kann, daß man ihnen keine inhaltliche Entwicklung zubilligt.

Ich denke mir, die „Neue Ordnung“, so wie sie sich jetzt in den letzten Jahren entwickelt hat, ist eindeutig rechtsextrem einzustufen. Der Leiter des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes hat auch, bezogen auf diese Publikation, innerhalb von acht Jahren seine Meinung geändert. Das, was ich vorgeschlagen habe, in Absprache mit zwei anderen Fraktionen im Haus war, daß man sehr bewußt keinen Index erstellt, sondern daß man klare Richtlinien erstellt und die Publikationen dementsprechend durchschaut. Du hast einiges von der letzten Diskussion im Landtag zitiert, hast aber nicht zitiert, daß schon 1989 an euren Klubobmann, damals Klubobmann Hirschmann, von Neugebauer aus dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes herantreten wurde, der 1989 schon gesagt hat, daß die „Neue Ordnung“ aus seiner Sicht, wenn man sie fördert, ziemliche Probleme bringen kann. (Abg. Dr. Lopatka: „Ist das eine tatsächliche Berichtigung?“)

Das ist ein Teil meiner tatsächlichen Berichtigung, weil du mit dem Begriff so agierst hast. Ich habe weder den Begriff verwendet, ich habe bewußt Richtlinien gesagt, und ich denke, du verwendest den Begriff Index auch mit einer ganz bestimmten politischen Konnotation, die ich zurückweise. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall von Dipl.-Ing. Getzinger. – 18.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es ist richtig, daß die Wortmeldung zum Teil über den Rahmen einer tatsächlichen Berichtigung hinausgegangen ist, aber die Frau Abgeordnete hat auch das Recht, sich ein zweites Mal zu einem Tagesordnungspunkt zu melden.

Dennoch ist jetzt Herr Professor Brünner am Wort, nach ihm Herr Abgeordneter Flecker.

Abg. Dr. Brünner (18.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Lopatka, das, was du heute wieder einmal vorgeführt hast, auch in dem Wortgefecht mit Herrn Kollegen Getzinger, ist die ganz typische österreichische Art der Vergangenheitsbewältigung.

Drüberwischen, wegschauen, vertuschen, sich nicht hinstellen und sagen, da ist etwas passiert, zu dem wir heute nicht mehr stehen. Warum stellst du dich nicht hin und sagst, da ist etwas passiert von Herrn Landeshauptmann Krainer – und ich unterstelle ihm keine antidemokratischen Haltungen –, was nicht okay gewesen ist, nämlich daß Zeitschriften gefördert worden sind, die extremistisch sind, die rassistisch sind, die antidemokratisch sind. Es ist in den letzten Jahren diese Art der Vergangenheitsbewältigung einem von der ÖVP aufgestellten Bundespräsidenten ganz intensiv auf den Kopf gefallen, nämlich Herrn Bundespräsidenten Waldheim. Und was mich bei solchen Debatten immer wundert, ist, daß wir nicht bereit sind, die Lehren aus dieser Art von Vergangenheitsbewältigung zu ziehen. Die Geschichte, Herr Kollege Lopatka, ist vom Tisch in dieser Legislaturperiode, wenn du dich endlich einmal hinstellen würdest und sagen würdest, das, was in diesen mit Landesinseraten geförderten Publikationen gestanden ist, nämlich daß Menschenrechte ein perfides Instrument zur Entmachtung des Menschen sind, daß die Demokratie eine große Lüge ist, daß wir missioniert werden von Zurückgebliebenen und Unterentwickelten, daß das außerhalb parlamentarisch demokratischer, rechtsstaatlicher Demokratie sich befindet und daß es ein Fehler gewesen ist, daß irgend jemand, was weiß ich, wer, nicht genau hingeschaut hat und solche Zeitschriften gefördert hat.

Das ist das eigentliche Problem. Es geht nicht darum, daß in dieser Legislaturperiode solche Zeitschriften gefördert werden – ich hoffe, daß das vom Tisch ist. Aber das Problem bleibt so lange, als nicht die Vergangenheit auf die Weise eines Bekenntnisses, daß etwas nicht in Ordnung gewesen ist, aufgearbeitet wird.

Das, was in der Vorlage der Landesregierung zu diesem Antrag der SPÖ steht, ist gelinde gesagt eine Frechheit. Es mag schon sein, und ich mache die Frau Landeshauptmann nicht verantwortlich für Inserate in der laufenden Legislaturperiode, daß das zutrifft, was Herr Kollege Flecker sagt. Ich habe ihn gefragt, wer in der Landesregierung dafür gestimmt hat, und er hat mir gesagt, das wurde mit Parteilovorbereitung beschlossen. Es ist für mich nicht ersichtlich, wer für diese Vorlage in der Landesregierung die Verantwortung trägt. Ich mache die gesamte Landesregierung, und darunter auch Frau Landeshauptmann Klasnic, darunter auch Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek, verantwortlich dafür, daß ein ganz sensibles, wichtiges Thema auf diese schnoddrige, freche Art und Weise behandelt wird, wie in der Vorlage der Landesregierung.

Ich bin mit starken Aussagen sehr sparsam. Aber auf diese Weise wird dem Extremismus Vorschub geleistet. Auf diese Weise wird Extremismus nicht zurückgewiesen, wird ihm nicht entgegengetreten. Noch einmal, ich halte das in dieser Weise fest. Ihr von der ÖVP braucht euch nur hinzustellen und zu sagen, daß das, was dort in den Zeitungen gestanden ist, nicht unserem gemeinsamen Konsens, betreffend diese parlamentarische Demokratie, entspricht. Ein klares Wort der Abgrenzung, Herr Kollege Schützenhöfer. Wieso ist das nicht möglich, ein klares Wort der Abgrenzung im Hinblick auf das, was in von der

Landesregierung seinerzeit geförderten Publikationen steht? Das verstehe ich schlicht und einfach nicht.

Herr Kollege Lopatka, „antifaschistische Profilierung“ ist dann das, was du sagst, oder „künstliche Erregung“ et cetera. Ich jedenfalls habe es nicht notwendig, mich antifaschistisch zu profilieren, und ich bin weder künstlich noch sonst erregt, sondern ich bin zutiefst betroffen – nochmals –, daß es nicht möglich ist, in diesem Haus eine klare Abgrenzung im Hinblick auf das herbeizuführen, was in der vorhergegangenen Legislaturperiode gemacht wurde, ohne daß ich jetzt irgend jemanden beschuldigen möchte – nicht den Herrn Landeshauptmann Krainer, den Herrn Hösele, oder wer immer da halt nicht genau geschaut hat, oder nur mit einem Auge geschaut hat, daß so etwas passiert ist. Das ist nicht mein Thema, sondern daß man hier endlich einmal sich klar davon abgrenzt.

Ich werde den Antrag der ÖVP nicht unterstützen. Ich weiß schon, daß Herr Mag. Albertani morgen in der Zeitung schreiben könnte, „der Herr Brünner ist dagegen, daß Gewalt abgelehnt wird“. Aber bitte, das Problem solcher antifaschistischen, antidemokratischen, antifreiheitlichen Schreibweise, wie in den Zitaten, die von Frau Kollegin Zitz aufgeworfen sind, ist, daß ja nicht die Gewalt genannt ist. Na klar lehnen wir die Gewalt ab. Der Antrag geht einfach an dem Problem vorbei, und ich mache das Spielchen nicht mit, daß andere Anträge abgelehnt und dieser Antrag dann mit Mehrheit oder einstimmig verabschiedet wird. Ich werde diesen Antrag ablehnen, weil er mir einfach das Thema nicht ernsthaft genug behandelt.

Vielleicht noch ein Wort in der Sache selber. Auch ich bin gegen einen Index, und ich weiß nicht, ob Richtlinien wirklich der Weisheit letzter Schluß sind, nämlich wo Kriterien aufgezählt werden und dann irgend jemand in der Vollziehung etwas durchliest und sagt, unten kommt jetzt linksextrem oder rechtsextrem heraus. Aber das, was sinnvoll wäre, und deswegen habe ich diesen Antrag von Frau Kollegin Zitz unterstützt, ist, daß sich die Landtagsparteien hinsetzen und einen Konsens darüber suchen, im Sinne eines für dieses Land notwendigen Grundkonsenses, in Absage an solche Aussagen in diesen rechtsextremen Zeitschriften. Das würde mir genügen. Wo dann in der Form einer Artikulation hier im Landtag auch den Medien gegenüber festgehalten wird, von allen fünf Landtagsparteien, daß das eine Denkweise ist – nochmals, ich erinnere an die Zitate von Frau Kollegin Zitz –, die von diesem Haus, von diesem politischen System abgelehnt werden. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – 18.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr hat der Herr Abgeordnete Dr. Flecker das Wort.

Abg. Dr. Flecker (18.45 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich verstehe diese Berührungsängste mit einer derartigen Diskussion nicht, die offenbar in manchen Kreisen herrschen. Es ist einfach nicht so, daß hier irgendwo irgendeine vordergründige Aktion gestartet wird, damit dieses Thema heute auf der Tagesordnung steht, sondern ich glaube, ich bin überzeugt davon, und ich teile da ganz sicher die Auffassung der Grünen

und der Liberalen, daß es eine notwendige Diskussion ist, die wir hier zu führen haben. Und daß wir diese Diskussion notwendig haben, meine Damen und Herren, beweisen nicht zuletzt die Anlässe, warum wir das heute auf der Tagesordnung haben. Da haben wir einerseits eine von der Frau Landeshauptmann eingebrachte Regierungsvorlage der Landesregierung, die schlichtweg eine Frotzelei und eine Verhöhnung des Landtages und des Themas ist, und da haben wir auf der anderen Seite von der Volkspartei einen Beschlußantrag, der einmal mehr beweist, daß Sie nicht bereit sind, die Dinge beim Namen zu nennen, und andererseits auch nicht bereit sind zuzuhören, wenn es eine Landtagsenquete zum Thema „Extremismus“ gibt. Sie haben offenbar ein gestörtes Verhältnis, zu sagen und zuzugeben, daß Rechtsextremismus nicht die Erfindung irgendwelcher Menschen da hier in Österreich ist, damit man irgend jemanden ins rechte Eck stellt, sondern daß Rechtsextremismus bitte tagtäglich in Österreich gelebt wird. Und wer sonst als wir Politiker sollen uns in einem Parlament mit diesen Gefahren und mit diesen unmenschlichen Ideen auseinandersetzen?

Meine Damen und Herren von der ÖVP, ich verstehe es nicht, warum es Ihnen so schwer fällt, in einem Antrag das Wort „Rechtsextremismus“ zu nennen oder bei einem Antrag mitzugehen, der nichts anderes heißt, als daß die Landesregierung aufgefordert wird, eine praktikable Definition für diesen Begriff zu finden, um bei Ehrungen, Auszeichnungen oder Förderungen Personen und Publikationen auszuschließen, die unter diese Definition fallen. Ja bitte, was kann der Grund sein, daß man hier offenbar so ein unangenehmes Gefühl hat, daß man hier solche Berührungssängste hat. Ich unterstelle euch ganz, ganz wirklich nicht das, wovor ihr Angst habt, daß es euch unterstellt werden könnte. Ich glaube ganz einfach, daß es, ich bitte um Verzeihung, nicht weiter als drei Zentimeter gedacht ist, daß das nichts anderes ist als ein Beharrungsvermögen - da war der Sündenfall des Herrn Altlandeshauptmannes Krainer und da dürfen wir nicht einen Schritt zurückgehen.

Meine Damen und Herren, und da schließe ich mich dem Kollegen Brünner völlig an, es geht doch um nichts anderes, als daß wir hier korrekte Linien finden, daß wir wissen, daß Rechtsextremismus eine Gefahr ist, eine viel größere Gefahr, als wir es selbst zugeben wollen, und daß Rechtsextremismus ein Thema ist, das hier zu diskutieren ist und mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben. (Abg. Tasch: „Warum redet ihr immer von Rechtsextremismus? Es gibt auch einen Linksextremismus!“)

Lieber Kurt Tasch, ich will mich bewußt jetzt doch mit dir befassen, wenn du sagst, rechts und links und das gegeneinander ausspielt. Ich weiß nicht, ob du bei der Enquete warst, aber es hat bis auf das marionettenhafte Feigenblatt der Freiheitlichen, bis auf den Herrn Sichrovsky eigentlich jeder der dort ernstzunehmenden Referenten bestätigt, daß es in Österreich keinen aktuellen Linksextremismus gibt und daß die europäischen Bewegungen in diese Richtung tot sind. Es ist aber sehr wohl und sehr erschütternd dargestellt worden, wie gefährlich und in welchem Umfang Rechtsextremismus tatsächlich lebt. Und ich behaupte noch etwas, lieber Kurt. Ja fühlst du dich denn dieser

Rechten so verwandt, daß du Angst davor hast, daß man das mit euch in Verbindung bringt? (Beifall bei der SPÖ.) Das tue ich ja gar nicht. Das ist ja euer Problem. Ihr stellt euch in ein Eck, in dem ihr eigentlich ja gar nicht seid. Ihr habt nur eine wahnsinnige Berührungsangst und wahrscheinlich auf Grund der Inserate aus der Vergangenheit auch ein Beharrungsvermögen, ein Prestigedenken und vielleicht auch im besten Fall ein bißchen etwas von einem schlechten Gewissen. Ich halte es für nicht schön, lieber Reinhold, wenn du sagst, wenn Leute bei uns Gott sei Dank eine Sensibilität zu dem Thema entwickeln, daß du das als künstliche Erregung bezeichnest. Liebe Freunde, wir erregen uns immer dann, wenn wieder einmal eine Briefbombe geflogen ist, aber anscheinend bedarf es des „News“, und selbst darauf aufmerksam zu machen, daß das ein ernstes Problem ist. Aber wir leben offenbar nicht in der politischen Diskussion damit, daß diese Täter, der Täter und jene, die über das sehr locker hinweggehen, noch immer in diesem Österreich offenbar frei herumlaufen, daß hier Morde geschehen sind, die nicht gesühnt sind, wo Täter nicht ergriffen worden sind. (Abg. Dr. Lopatka: „Innenminister!“) Das ist wieder einmal die ganz, ganz billige Methode, an das heranzugehen. Ich bedaure es, daß der Sicherheitsapparat das noch nicht geschafft hat, aber ich bedaure es politisch zutiefst, daß es Leute gibt, die Politiker sind und mit dem Thema so locker umgehen, daß diese Leute noch bei uns herumlaufen und daß es diesen Rechtsextremismus tatsächlich gelebt gibt. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich sage euch und bitte euch wirklich, wir werden bei eurem Antrag mitgehen, weil er so formuliert ist, daß man nicht dagegen sein kann. Ich bitte euch, geht's mit dem Antrag der Grünen, Liberalen und uns mit, weil ich glaube, es wäre einfach in der Öffentlichkeit für euch auch nicht erklärbar, warum ihr dort dagegenstimmen solltet. Es geht nur um irgendwelche Richtlinien auf Grund von Definitionen, und sogar die Frau Landeshauptmann schreibt in ihrem Regierungssitzungsantrag, daß sie eine derartige Entschließung haben will. Also ihr entspricht sogar dem Wunsch der Frau Landeshauptmann in ihrem Regierungssitzungsantrag.

Meine Damen und Herren, führen wir doch diese Diskussion zwar leidenschaftlich, aber ohne Vorbehalte, ohne jene Tabus, die wir uns da auferlegen. Denn solange wir diese Tabus immer wieder haben, solange wir da nicht Sache reden, werden wir Vergangenheitsbewältigung, auch wenn sie uns noch so lästig ist, nicht betreiben können. Oder wenn wir schweigen, werden wir das auch nicht können. Ich will auch niemanden dort ins rechte Eck stellen. Ich will sie eher herausholen, weil stehen tun sie sehr fest dort, wenn ich an den Herrn Grassler und an den Herrn Pawkovic vor ein paar Tagen zum Beispiel denke. Ich bitte Sie nur, und es wäre ein Zeichen von allen Abgeordneten dieses Hauses, daß Sie mit dem Thema umgehen können, wenn Sie diesem Beschlußantrag zustimmen, und danke Ihnen fürs Zuhören. (Beifall bei der SPÖ. - 18.55 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordneter Schützenhöfer.

Abg. Schützenhöfer (18.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Abgeordnete Flecker hat sicher in den letzten Sätzen gegen sich selbst geredet, wenn er davon gesprochen hat, daß man über bestimmte Tabus nicht hinwegkommt. Ich sage Ihnen ganz offen, ich bedauere auch, daß wir in den Fragen des Extremismus miteinander hier öffentlich nicht so reden können, wie wir reden sollten. Aber ich muß Ihnen schon eines sagen, offen reden über diese Probleme können wir dann, wenn wir versuchen, daß wir auf keinem Auge blind sind. Und das, was wir Ihnen vorwerfen, und das wir manch anderem Vertreter auch anderer Parteien hier vorwerfen, ist, daß Sie auf dem linken Auge blind sind. Und Sie sind blind, wenn Sie herziehen über unseren Antrag und in Ihrem gemeinsamen Antrag ausschließlich vom Rechtsextremismus sprechen. (Abg. Dr. Flecker: „Sie waren nicht bei der Enquete. Die haben wir umsonst gemacht!“) Wer Vergangenheit bewältigen will, wer Übel vom Volk abhalten will, der muß, bevor er in die Diskussion einsteigt, und da haben wir nicht nur drei Zentimeter gedacht, da haben sie offensichtlich gar nicht zu denken begonnen, der muß sehen, daß es Rechtsextremismus und daß es Linksextremismus gibt. Wenn ich den Rechtsextremismus verurteile, dann muß ich gleichzeitig sagen, daß ich den Linksextremismus und die Mastensprenger von Ebergassing, die Sie nie erwähnen, sind Linksextremisten, genauso verurteile. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Flecker: „Ebergassing und Oberwart auf eine Stufe zu setzen ist eine Sauerei!“)

Herr Abgeordneter Flecker, ich setze überhaupt niemanden auf irgendwelche Stufen. (Präsident Dr. Strenitz: „Ich bitte das Wort ‚Sauerei‘ nicht zu verwenden!“)

Herr Abgeordneter Flecker, ersparen wir uns das. Herr Abgeordneter Flecker, ich sage Ihnen nur eines. (Abg. Dr. Flecker: „Was hat denn das mit dem zu tun? Das ist billig!“)

Das ist nicht billig, ich sage Ihnen, daß ich sehr bedauere, daß Sie glauben, irgend etwas in diesem Land bewältigen zu können, wenn Sie ununterbrochen die Faschismuskeule schwingen und sonst nichts und wenn Sie meinetwegen (Abg. Dr. Flecker: „Die schwingen andere!“) im Anschluß daran mit Ihrer Ausgrenzerei dann auch noch ganze Parteien, die demokratisch gewählt sind, ausgrenzen, das hilft uns doch in der Sache ganz sicherlich nicht weiter, und ich möchte Ihnen sagen, der Beschlußantrag der ÖVP, wir haben uns sehr gut überlegt, wie wir ihn formulieren, weil wir haben wollen, daß es fünf Parteien sind, und Herr Kollege Professor Brünner könnte mit diesem Antrag selbstverständlich mitgehen, und wir haben ihn nicht nichtsagend formuliert, sondern so, daß es einen Konsens in der Bekämpfung der Extremismen gibt, und ich habe daher vom Parlamentsklub die Ziel-Paragrafenbestimmung, wie sie im Entwurf vorliegt seitens der Klubobmänner Kostelka und Khol für die Publizistikförderung, das wird zur Zeit im Parlament behandelt. Und, Herr Abgeordneter Flecker, ich habe im wesentlichen im eigentlichen Antragstext übernommen (Abg. Dr. Flecker: „Ist wahrscheinlich auch von euch aufgeweicht worden!“), was die beiden Koalitions-

parteien auf der Bundesebene zu diesem Thema miteinander ins Parlament einbringen und beschließen werden.

Wir haben allen Grund, oder Sie hätten allen Grund, hier mitzugehen, und Sie tun es auch, aber Sie haben den Antrag vor Ihrer Zustimmung abgewertet. Wozu? (Abg. Dr. Flecker: „Zu Recht!“) Es gibt keinen Grund dafür.

Wir haben hier im Landtag eine Enquete gehabt, wo ich Ihnen auch ganz ehrlich sage – ich beteilige mich nicht sehr oft an diesen Debatten, aber ich halte trotzdem meine heutige Wortmeldung für notwendig –, ich habe dort nur zugehört, den ganzen Tag sehr genau zugehört. Ich habe es sehr bedauert, daß wir dort von sehr gescheiten Leuten, die ihre Verdienste haben, wo ich keinen runtermachen möchte, vorgefaßte Meinungen präsentiert bekommen haben, wo das, was alle immer wieder in ihren Schlußsätzen fordern, nicht vorhanden ist, nämlich Versöhnung, sondern wo ausgegrenzt wird, wo, wenn es ginge, hinausgeschmissen wird. Und für mich war diese Enquete ein Beweis, und insofern gebe ich Ihnen sogar recht, daß wir offensichtlich in wesentlichen Fragen auseinanderliegen, weil es diese Versöhnung in der Sprache gar nicht gibt. Wer die einzelnen angehört hat, kann nach dieser Enquete nicht sagen, daß wir ein Stück weitergekommen wären.

Aber ich sage Ihnen noch einmal, wir von der steirischen Volkspartei wollen mit allen demokratisch zur Verfügung stehenden Mitteln gegen jede Art – und das unterscheidet uns eben – von Extremismus kämpfen. (Beifall bei der ÖVP. – 19.02 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ein zweites Mal zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Professor Brünner. Er hat das Wort.

Abg. Dr. Brünner (19.03 Uhr): Herr Kollege Schützenhöfer, ich frage dich, ob, wenn euer Beschlußantrag angenommen wird – höre mir jetzt zu –, dann auf der Grundlage dieses Beschlusses Publikationen, wie die „Neue Ordnung“, „Aula“ und so weiter, die so geschrieben haben, wie Frau Kollegin Zitz es herausgearbeitet hat, von der Förderung ausgeschlossen werden können, ja oder nein?

So wie ich den Beschlußantrag und einen etwaigen Beschluß nur verstehen kann, Herr Kollege Schützenhöfer, hindert das überhaupt nicht, diese Formulierung, daß nicht Publikationen, wie die zitierten, gefördert werden. Denn in eurem Beschlußantrag heißt es nur, daß „die parlamentarische Demokratie oder andere Grundwerte der Österreichischen Verfassungsordnung mit Aufrufen zur Gewalt bekämpft werden“. In den Zitaten von Frau Kollegin Zitz ist mit keinem einzigen Wort irgendwo etwas von Gewalt die Rede. Es ist nicht die Rede, daß aufgefördert wird zur Gewaltanwendung, die Menschenrechte abzuschaffen, die Demokratie abzuschaffen, sondern da wird ganz bewußt im Vorfeld der Gewaltanwendung – und die sind ja auch so gescheit, daß sie nicht aufrufen zur Gewaltanwendung – antidemokratisch, rassistisch et cetera argumentiert.

Nochmals, mit eurem Beschlußantrag, wenn er zum Beschluß erhoben wird, ist nach wie vor eine Förderung solcher Publikationen, wenn sie sich so äußern,

möglich. Und das ist der Grund, wieso ich nicht für euren Beschlußantrag stimme, weil diese - und jetzt verwende ich wieder bewußt ein starkes Wort - Scheinheiligkeit, die spiele ich nicht mit. (19.05 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, es liegt zu diesem Tagesordnungspunkt keine weitere Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nunmehr zu insgesamt vier Abstimmungen, zunächst zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und sodann über die drei eingebrachten Beschlußanträge.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist mit Mehrheit - zwei Gegenstimmen - angenommen.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Grünen, der SPÖ und des LIF, betreffend Kriterien zur Definition von Rechtsextremismus, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Drittens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Grünen, der SPÖ und ÖVP, betreffend den jüdischen Grabstein im Karlstrakt der Burg, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Viertens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der ÖVP, betreffend Medien und Extremismus, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit - zwei Gegenstimmen - angenommen.

Somit ist dieser Tagesordnungspunkt abgehandelt.

14. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 304/2, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Wicher, Tschernko, Majcen und Dr. Lopatka, betreffend Verbesserung des Datenschutzes in Österreich.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (19.07 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit dem gegenständlichen Antrag wurde die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um die datenschutzrechtliche Situation in Österreich im Interesse der Bürger zu verbessern und im besonderen die EU-Richtlinie über den Schutz personenbezogener Daten ehebaldigst umzusetzen.

Die Regierung führt dazu aus, daß im Bereich der automationsunterstützt verarbeiteten Daten das Datenschutzgesetz ausreichende Sicherheit gewähre. Für nicht automationsunterstützte Daten seien derart genaue Regelungen nicht vorhanden, jedoch sei auf Grund des Grundrechtes auf Datenschutz eine Weitergabe nur bedingt zulässig und an strenge Vorgaben geknüpft. Die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung

personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr lege fest, daß diese Richtlinie auch für die nicht automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten gilt, weshalb eine Anpassung des Datenschutzgesetzes in diese Richtung erforderlich sei, um auch für nicht automatisiert verarbeitete Daten ein hohes Schutzniveau zu erreichen.

Der Verfassungsdienst berichtet, daß im Bundeskanzleramt an der Ausarbeitung einer entsprechenden Novelle des Datenschutzgesetzes gearbeitet wird.

Meine Damen und Herren, namens des Verfassungs-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Kenntnisnahme der vorliegenden Regierungsvorlage. (19.09 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Erste Rednerin ist ebenfalls die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Sie möge sich bitte ans Rednerpult begeben.

Abg. Dr. Karisch (19.09 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Siegeszug der elektronischen Datenverarbeitung bringt uns sehr viele Vorteile, aber auch so manche Gefahr, vor allem im Datenschutz. Nicht nur das Verknüpfen, schon allein das exzessive Sammeln und Speichern von Datenmaterial kann wesentliche Beeinträchtigungen der Privatsphäre und für den Betroffenen so manches Problem mit sich bringen.

Österreich ist ein Land der Datenbanken. Neben den öffentlichen Datenbanken, wie Grundbuch, Handelsregister, Strafregister et cetera, gibt es einen nicht unbeträchtlichen Graubereich an Datensammlungen, von denen der Bürger meist nichts ahnt. Erst durch Zufall kommt so mancher Betroffene nach vielen Jahren darauf, daß er in einer solchen Kartei belastend und diskriminierend enthalten ist.

Dazu möchte ich Ihnen zwei Beispiele bringen:

Das erste war die berüchtigte Geisteskrankenkartei. Jeder, der vom Amtsarzt in eine psychiatrische Abteilung eingewiesen wird, ist in dieser Kartei, in einer handschriftlichen Kartei, die bisher kaum gesetzlichen Regelungen unterlegen ist, enthalten. Ein Beispiel, in der Steiermark passiert: Ein junger Mann, der volltrunken seine Adresse nicht mehr angeben konnte, landete in der Nervenabteilung, und nach Ausnüchterung wurde er nach Hause entlassen. Viele Jahre später stellte er fest, daß er als nicht zuverlässig galt und in einer Kartei gespeichert war. Diese unerfreuliche Praxis ist jetzt durch eine Novelle, die in den letzten Wochen erlassen wurde, bereinigt worden.

Ein zweiter Fall - er betrifft uns alle. Banken und Versicherungen sammeln Daten über säumige Zahler, Kontoüberzieher und angebliche Versicherungsbetrüger. Zu diesen Dateien gehört die sogenannte Konsumentenkreditevidenz, die vom Kreditschutzverband von 1870 geführt wird. Gespeichert wird dort jeder, der um einen Kredit ansucht oder nachfragt. Ein Beispiel aus der Praxis, auch hier in Graz passiert. Ein junger Mann, der sich ein Auto kaufen wollte und dazu einen Kredit gebraucht hat, hat sich an viele Banken gewendet und Angebote legen lassen. Bereits die Anfrage wurde registriert, was er nicht wußte. Alle seine Kreditanfragen wurden registriert und er war dann in dieser Evidenz mit einem Autokredit von ins-

gesamt 2 Millionen Schilling belastet. Man hatte einfach addiert. Er hatte dann sehr große Mühe, aus dieser Evidenz wieder herauszukommen, und er mußte nachweisen, daß er wirklich nur einen Kredit aufgenommen hat.

Meine Damen und Herren, diese Beispiele zeigen, daß im Datenschutz in Österreich einige Fragen offen sind. Wir haben noch einen Anpassungsbedarf an die EU, und ich glaube, hier sollten wir im Interesse der Bürger Forderungen stellen. Ich bringe daher einen Beschlußantrag ein.

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dr. Karisch, Dr. Lopatka, Wicher und Tschernko, betreffend Verbesserung des Datenschutzes in Österreich.

In der Regierungsvorlage der Landesregierung wird ausgeführt, daß die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr in Österreich in einzelnen Punkten noch einer entsprechenden Umsetzung bedarf, weil diese Richtlinie hinsichtlich der Durchsetzung der Rechte des Betroffenen zusätzlich Akzente setzt. Dies etwa im Zusammenhang mit der Schaffung eines direkten Auskunftsrechtes aus manuell geführten Karteien, einem allgemeinen Informationsrecht und der Einführung einer unabhängigen Kontrollbehörde für den privaten Bereich.

Darüber hinaus gibt es Spezialfälle von Datensammlungen, die in die Rechtssphäre des Betroffenen besonders eingreifen können. Ein Beispiel ist die Kreditevidenz des Kreditschutzverbandes, die ihre Rechtsgrundlage in der Zustimmung des Betroffenen sucht, was aber datenschutzrechtlich nicht unbedenklich ist. Daher ist eine rechtliche Grundlage für solche Datensammlungen zu schaffen, die insbesondere im Falle einer Negativeintragung ein besonderes Informationsrecht des Betroffenen und einen erleichterten Rechtsschutz ermöglicht.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, folgende Verbesserungen der datenschutzrechtlichen Situation in Österreich im Interesse der Bürger herbeizuführen.

Erstens: Ehestmöglich Umsetzung der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, um auch für nicht automatisiert verarbeitete Daten ein ähnlich hohes Schutzniveau wie im automationsunterstützten Bereich zu erreichen; insbesondere durch die Einführung eines direkten Auskunftsrechtes aus manuell geführten Karteien, ein allgemeines Informationsrecht und die Einführung einer unabhängigen Kontrollbehörde für den privaten Bereich.

Zweitens: Schaffung einer rechtlichen Grundlage für Datensammlungen wie die Kreditevidenz, wobei insbesondere im Falle einer Negativeintragung ein besonderes Informationsrecht des betroffenen Bür-

gers über den Inhalt der Eintragung in diese Kreditevidenz und ein erleichtertes Rechtsschutz vorzusehen wären.

Meine Damen und Herren, im Interesse unserer Bürger ersuche ich Sie um Annahme dieses Antrages. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 19.15 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Professor Brünner.

Abg. Dr. Brünner (19.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Frau Kollegin Karisch!

Wir werden Ihrem Antrag zustimmen. Ich möchte nur folgendes festhalten. Ich bin sehr für den Datenschutz und dafür, daß die Privatsphäre des Bürgers, der Bürgerinnen ausreichend geschützt ist. Ich bin aber auch dafür, daß in der Demokratie das Prinzip Öffentlichkeit praktiziert wird, und ich brauche dir nicht die Beispiele aus dieser Legislaturperiode zu sagen. Wenn dem Landtag sein Kontrollrecht verwehrt wird, im Hinblick darauf, wer zum Beispiel Subventionen erhält, weil im Förderbericht ja nicht aufgeschlüsselt ist, wer Subventionen erhält, und wenn dies begründet wird mit Datenschutz, dann hört sich bei mir langsam die Freude über den Datenschutz auf. Darum, worum es geht, ist, daß man die Notwendigkeit der Herstellung von Öffentlichkeit in den Parlamenten zwecks Ausübung der parlamentarischen Kontrollrechte mit dem Datenschutz in Verbindung bringt. Wir wissen, daß da immer ein gewisses Spannungsfeld herrscht. Aber das, was in der Steiermark praktiziert wird, nämlich, daß der Datenschutz und das Datenschutzgesetz zur Grundnorm erklärt werden und damit dem Landtag Kontrollrechte entzogen werden, dagegen bin ich auch ganz intensiv. Aber ich gebe dir zu, daß das jetzt nicht das Thema gewesen ist, es hat mich nur gereizt, diese kleine Anmerkung zu machen. (19.17 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin zu diesem Punkt ist die Frau Klubobfrau Mag. Bleckmann. Sie hat das Wort.

Abg. Mag. Bleckmann (19.17 Uhr): Nur ganz kurz zu diesem Antrag, nachdem sich Abgeordnete Karisch dazu zu Wort gemeldet hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Präsident, eigentlich haben wir gesagt, wir werden dem nicht zustimmen. Wenn man sich das durchgelesen hat, ist es wirklich so formuliert, daß wir nicht gewußt haben, worum es da überhaupt geht. Daß eine EU-Richtlinie vollzogen wird, glaube ich, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber nachdem die Frau Abgeordnete zwei so exemplarische Beispiele gebracht hat, werden wir dem zustimmen. Nur, ich bitte in Zukunft darum – wir wollen ja auch bürgerfreundlich agieren –, Anträge verständlicher zu formulieren. Wir haben ihn zuerst auch nicht verstanden, erst nach der Erklärung war dies möglich. Nur, die Dinge so zu formulieren, die dann auch in die Öffentlichkeit kommen, das ist ein Wahnsinn. Ich würde schon darum bitten, daß wir uns vielleicht auch selbst ein bißchen vornehmen, Anträge so zu formulieren, daß sie verständlich sind, auch im

Sinne der Bürger – wie Sie ja auch so schön gesagt haben. (Abg. Dr. Karisch: „Das ist durch einen hohen Verfassungsexperten formuliert worden!“)

Naja, vielleicht sollten wir nicht immer auf die Juristen hören, sondern so formulieren, daß es auch wir selbst verstehen. Aber nachdem wir es jetzt plausibel erklärt bekommen haben von der Frau Abgeordneten, werden wir natürlich zustimmen. (Beifall bei der FPÖ. – 19.18 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: So, meine Damen und Herren, nachdem alle Formulierungen geklärt sind, bitte ich Sie um zwei Abstimmungen.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Beschlusantrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Dr. Lopatka, Wicher und Tschernko, betreffend Verbesserung des Datenschutzes in Österreich, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

15. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 336/5, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Schrittwieser, Ussar und Vollmann, betreffend Weiterführung der Fachschule für Mode- und Bekleidungstechnik in Bruck an der Mur.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar (19.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Schrittwieser, Ussar und Vollmann, betreffend Weiterführung der Fachschule für Mode- und Bekleidungstechnik in Bruck an der Mur.

Aus dem Antrag: In Bruck an der Mur wird seit Jahren von den Krankenschwestern eine Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik geführt. Diese Schule ist eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht und wird als vierjährige Fachschule geführt.

Es wurde gedroht, daß diese Fachschule geschlossen werden muß. Die Schließung wurde bereits 1994 angekündigt, und mit Herbst 1995 wurden keine neuen Schüler mehr aufgenommen. Der Schließungsgrund liegt sowohl an der personellen als auch an der finanziellen Situation der Schule. Zum einen können die für die Leitung verantwortlichen Kreuzschwestern die Schule aus Altersgründen nicht mehr fortführen. Zum anderen sind die Kosten für die Schulerhaltung – Investitionen, Betriebs- und Instandhaltungskosten – so hoch, daß sie die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kreuzschwestern übersteigen.

Ich darf anführen, daß die Schließung dieser traditionellen Schule, an der bisher zirka 100 bis 120 Schülerinnen pro Jahr aus der gesamten Steiermark unterrichtet wurden, für die Region, in der die Jugend-

arbeitslosigkeit, vor allem bei Mädchen, sehr hoch ist, den Verlust einer wertvollen Bildungseinrichtung bedeutet.

Es wäre nun der Fortbestand dieser Schule durch eine behördlich genehmigte Neueinrichtung einer fünfjährigen Fachschule und die Einführung einer dreijährigen Fachschule zu sichern.

Die Steiermärkische Landesregierung wurde nun aufgefordert, mit der Bitte an den Bund heranzutreten, an der Fachschule für Mode- und Bekleidungstechnik in Bruck eine fünfjährige Lehranstalt neu einzurichten und auch eine dreijährige Fachschule zu führen.

Es wird hiezu folgendes festgestellt: Die Frau Landesrätin Dr. Rieder hat am 13. Februar und am 2. Mai 1996 ein Schreiben an die Frau Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten gerichtet. Die Frau Bundesminister hat im Schreiben vom 12. Juni 1996 mitgeteilt, daß alle Stellungnahmen der Experten des zuständigen Ministeriums einer Übernahme dieser Schule durch den Bund aus verschiedensten Gründen ablehnend gegenüberstehen. Die wichtigsten Gründe sind dabei, daß die Mode- und Bekleidungstechnikbranche auf Grund des derzeit stattfindenden wirtschaftlichen Strukturanpassungsprozesses in Zukunft noch geringere Berufsaussichten als bisher hat. Außerdem wird angeführt, daß in der Obersteiermark bereits elf weiterführende Schulen, welche jeweils mit Matura abgeschlossen werden, bestehen. Eine weitere zu eröffnen wäre im Zusammenhang mit dem in den kommenden Jahren zu erwartenden Schülerrückgang von etwa 11 Prozent nicht zu vertreten.

Insbesondere wäre dies auch gegenüber anderen Regionen und Branchen, die sich in einer ähnlichen Lage befinden, eine nicht vertretbare Ungleichbehandlung.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 24. Februar 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Schrittwieser, Ussar und Vollmann, betreffend Weiterführung der Fachschule für Mode- und Bekleidungstechnik in Bruck an der Mur, wird zur Kenntnis genommen. Ich danke schön. (19.23 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Erste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa, nach ihr die Frau Abgeordnete Beutl.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (19.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten!

Als Abgeordnete des Bezirkes Bruck an der Mur liegt mir das Schicksal der Fachschule für Mode- und Bekleidungstechnik in Bruck besonders am Herzen. Deshalb habe ich gemeinsam mit Abgeordneten meiner Fraktion am 26. November vorigen Jahres den Ihnen bekannten Antrag auf Fortführung dieser Schule im Landtag eingebracht. Die darauf Bezug habende Regierungsvorlage, die am 8. April 1997 den Ausschuß passierte, besagt im wesentlichen, daß die Schule zum Zusperrern verurteilt ist, weil der Bund nicht bereit ist, diese Schule zu übernehmen.

Tatsache ist, daß die Kreuzschwestern, die diese Fachschule führen, unter anderem aus finanziellen Gründen nicht mehr gewillt sind, diese Schule weiter zu betreiben. Obzwar man den Orden nicht dazu zwingen kann, so bedauere ich es doch zutiefst, daß sich die Kirche aus der Verantwortung zurückzieht und sich einer Bildungsaufgabe, die sie jahrzehntelang bestens durchgeführt hat, entledigt. Der Orden beteuert zwar, daß er sich die Entscheidung nicht leicht gemacht hätte, dennoch ist aber das Ergebnis entscheidend, und das bedeutet, keine Fortführung der Schule.

Das Gebäude steht in Millionenhöhe zum Verkauf an. Der Bund, der bisher gesetzlich verpflichtet war, die Lehrerkosten zur Gänze zu tragen, spekuliert offensichtlich damit, sich diese Kosten künftig ersparen zu können. Übrig bleiben vermutlich ein leerstehendes Gebäude, das möglicherweise dem Verfall zusteuert, und viele, viele junge Mädchen, denen man die Chance nimmt, sich in einem auch heute noch durchaus angesehenen Beruf ausbilden zu lassen.

Und das in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit immer mehr ansteigt – wir haben im Bezirk eine Arbeitslosenquote von 11,6 Prozent, die Arbeitslosenquote der Frauen beträgt sogar 12,4 Prozent –, in einer Zeit, in der es wichtiger denn je ist, eine solide Ausbildung genossen zu haben. Denn eines liegt auf der Hand, je besser man ausgebildet ist, desto größer sind die Chancen, am Arbeitsmarkt auch unterzukommen. Daß die Absolventinnen dieses Schultyps große Chancen haben, zeigt die Tatsache, daß 70 Prozent der Schulabgänger in diesem Beruf auch Arbeit gefunden haben. In dem Zweig, der mit Matura abschließt, ist ebenfalls statistisch erwiesen, daß 50 Prozent der Absolventinnen in ihrem Beruf bleiben, zirka 30 bis 40 Prozent beginnen danach mit einem Universitätsstudium.

Diese traditionsreiche Schule in Bruck haben Schülerinnen aus der gesamten Obersteiermark besucht, Schülerinnen aus Städten, aber auch aus kleinen Orten, denen die Anreise nach Bruck gerade noch möglich war, denen es aber aus Zeitgründen und aus Gründen der öffentlichen Verbindungen im Falle einer Schließung der Schule in Bruck nicht zumutbar wäre, noch weiter, etwa nach Graz, anzureisen. Diese Mädchen würden möglicherweise künftig keine Ausbildung genießen oder eine Ausbildung in einem Beruf durchmachen, für den sie sich nicht so eignen.

Im Durchschnitt werden 120 Schülerinnen pro Jahr in der Modefachschule in Bruck unterrichtet. Das ist sicher eine Zahl, die nicht einfach vom Tisch zu wischen ist.

Da die Kreuzschwestern die Schließung der Schule bereits 1994 angekündigt haben, wurden seit Herbst 1995, trotz großer Nachfrage, keine neuen Schülerinnen mehr aufgenommen. Wenn nicht bald eine definitive Entscheidung fällt, dann wird diese Modefachschule mit Juli 1998, das ist in einem Jahr, geschlossen. Es ist also dringender Handlungsbedarf gegeben.

Ich möchte an dieser Stelle jenen Politikern danken, die sich für die Schule eingesetzt haben, insbesondere Frau Landesrätin Rieder, die sich mehrmals bei Frau Unterrichtsministerin Gehrler für die Fortführung der Schule stark gemacht hat. Ich sage auch Herrn Landesschulratspräsident Stadler Dank, der sich sofort

vor Ort informierte und nach seinen Möglichkeiten Hilfe anbot. Zu danken ist aber auch Herrn Erich Lennes, der als Elternvertreter schon seit 1995 unermüdlich und mit einem nicht zu überbietenden Engagement für diese Schule kämpft.

Ich vermisse allerdings die konkrete Hilfestellung der Frau Landeshauptfrau Klasnic, die zwar beteuerte, bemüht zu sein, eine Lösung zu finden, nur es gibt diese Lösung bis heute nicht. Und was hat Herr Landesrat Paierl, der sich scheinbar rührig um all die vielen Arbeitslosen und Lehrlinge bemüht, in dessen Ressort eigentlich die Berufsschulen fallen, bisher getan? Ich habe nichts vernommen.

Wir haben bekanntlich in unserer Region sehr, sehr viele Arbeitsplatzverluste in den letzten Jahren hinnehmen müssen. Unser Bezirk zählt zu jenen, die die höchsten Arbeitslosenraten in der Steiermark aufweisen. Das Schließen einer Bildungseinrichtung wäre ein weiterer Schlag in das Gesicht, von denen wir schon genug hinnehmen mußten.

Sollte nun diese Fachschule geschlossen werden, und alle Zeichen deuten darauf hin, dann bliebe nur zu hoffen, daß die dort vorhandene Infrastruktur wenigstens in einer anderen Form als Ausbildungsstätte genützt wird. Man hat bereits über eine Sozialschule laut nachgedacht.

Ich meine, daß das nur die zweitbeste Lösung wäre, aber vermutlich besser, als den Standort überhaupt komplett zu schließen. Abschließend appelliere ich an die verantwortlichen Stellen, sich mit dieser Angelegenheit nochmals eingehend auseinanderzusetzen und eine Lösung zustande zu bringen, mit der alle Beteiligten leben können.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 19.30 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr hat die Frau Abgeordnete Beutl das Wort.

Abg. Beutl (19.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Sosehr man den Wunsch vor allem der Eltern auch verstehen kann, wenn sie sich für eine Neueinrichtung einer Fachschule mit Maturaabschluß hier einsetzen, beziehungsweise sosehr man bedauern muß, daß eine traditionelle Schule, wie die hier vorgestellte und im Antrag genannte, geschlossen werden soll, so sehr muß man, glaube ich, auch das Pro und Kontra gut abwägen und die Frage der Finanzierung sehr deutlich ansprechen. Ich glaube, das ist in dem Antrag auch geschehen. Ich denke, daß es gerade in einer so angespannten Budgetsituation, wie wir sie derzeit auch auf Bundesebene haben, dem Bund nicht zuzumuten ist, wenn eine private Schule schließen muß und noch dazu, wie gesagt, wenn eine Schule mit Maturaabschluß zusätzlich eingerichtet werden soll. Ich möchte da andere Zahlen nennen, als sie meine Vorrednerin genannt hat, die wir gerade in der Textilbranche zur Kenntnis nehmen müssen und daß die Berufsaussichten insgesamt für Frauen nicht so rosig sind. Ich habe erst gestern das bestätigt erhalten bei einer Meldung, die über den ORF gekommen ist, daß in den letzten Jahren allein 2000 Arbeitsplätze im Textilbereich verlorengegangen sind, und ich selber

kenne eine Reihe von jungen Frauen, die aus unserer Oststeiermark nach Graz gefahren sind, ins Internat gegangen sind und diese Modeschule besucht haben, die dann aber sehr, sehr schwer auch entsprechend diesem hohen Abschluß eine Stelle erhalten haben und die dann letztlich in einer Hosenfabrik gelandet sind, was sicherlich nicht dem Niveau ihrer Ausbildung entsprochen hat.

Es sollte, glaube ich, uns allen ein besonderes Anliegen sein, gerade Mädchen zu motivieren, von traditionellen Berufswünschen doch wegzukommen und sie eher für zukunftsreichere Berufe zu interessieren. Ich denke da zum Beispiel besonders an den High-Tech-Bereich. In der Medien-, Kommunikations- und Datenwelt stecken viele Chancen auch für Mädchen, und ich denke, daß gerade dieser Bereich ihnen schmackhaft gemacht werden soll und daß wir hier verstärkt investieren sollten. Es gibt Zahlen darüber und Untersuchungen, daß neben der Tourismusbranche, neben dem Gesundheits- und Pflegebereich die meisten Arbeitsplätze in Zukunft in dieser Datenwelt zu erwarten sind, und täglich kommen neue Anwendungsbereiche in der Kommunikations- und Medienwelt hinzu. Das heißt, man nimmt an, daß im Jahre 2000 etwa zwei Drittel aller Arbeitsplätze mit der Computertechnik ausgestattet sein werden. Das heißt, wir müssen versuchen, die Mädchen verstärkt in solche Ausbildungen zu bringen. Ich denke, daß Investitionen in Zukunft auch in diese Richtung im Schul- und Ausbildungsbereich verstärkt stattfinden sollen, und aus diesem Grunde denke ich, kann man es auch vertreten, wenn eine Schule wie die genannte der Kreuzschwestern in Bruck an der Mur, dann doch nicht fortgesetzt wird. (19.34 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Händezucken.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

16. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 218/2, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Gross, Kaufmann und Gennaro, betreffend die Förderung von Fraueninitiativen zur Soforthilfe für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (19.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 11. Juni 1996 ist von den Abgeordneten Bachmaier-Geltewa, Gross, Kaufmann und Gennaro folgender Antrag eingebracht worden:

Im familiären und häuslichen Bereich sind nach wie vor zahlreiche Frauen von Gewalt, Mißhandlungen und Demütigungen von seiten ihrer Ehemänner beziehungsweise Lebensgefährten betroffen. Die betroffenen Frauen und deren Kinder haben auf Grund existentieller Zwänge häufig jahrelang Qualen

zu erleiden, weil es ihnen meist nicht möglich ist, irgendwo Aufnahme zu finden beziehungsweise die finanziellen Mittel zu einem Auszug aus dem gewalttätigen Zuhause nicht ausreichen.

Um diesen in Not geratenen Frauen und Kindern helfen zu können, gibt es in Graz ein Frauenhaus mit 30 Plätzen und andere Fraueninitiativen in der übrigen Steiermark.

Damit diese Fraueninitiativen auch weiterhin Hilfe anbieten und gute Arbeit leisten können, bedarf es aber der ausreichenden Finanzierung dieser Projekte.

Hiezu wird berichtet:

Das Grazer Frauenhaus erhält seit dem Jahre 1980 Förderungsmittel aus dem Budget des Sozialressorts. Gerade aus der Intention heraus, geschlagenen und mißhandelten Frauen und deren Kindern professionelle Hilfe zukommen zu lassen, wurde dem Grazer Frauenhaus bis einschließlich 1995 ein Betrag von rund 13,4 Millionen an Subventionsmitteln ausbezahlt.

Im Landesvoranschlag 1996 und dem bereits mitbeschlossenen Voranschlag für 1997 scheinen unter dem Ansatz jeweils 1,5 Millionen an Förderungsbeiträgen auf. Im Vergleich zum Landesbudget 1995 wurde dieser Budgetansatz jeweils um 600.000 angehoben. Für den bereits beschlossenen Budgetzeitraum 1996 und 1997 kann daher davon ausgegangen werden, daß mit dem Förderungsbeitrag des Landes von je 1,5 Millionen Schilling die finanzielle Absicherung des Grazer Frauenhauses gewährleistet ist.

Über die Finanzierung ab dem Zeitraum 1998 wurden mit dem Trägerverein bereits Verhandlungen aufgenommen; dabei wird geprüft, inwieweit eine dauerhafte finanzielle Absicherung im Rahmen einer vertraglichen Vereinbarung möglich ist.

Weitere Fraueninitiativen in Graz und den Bezirken, wie verschiedene Beratungsstellen oder der „Frauennotruf“ des Vereines „Frauen gegen Mißbrauch und Vergewaltigung“ werden aus Fördermitteln des Sozialressorts unterstützt.

Der Vollständigkeit halber darf informiert werden, daß bereits im Dezember 1995 die Errichtung eines Projektbüros zur Erprobung einer Interventionsstelle zum Schutze vor Gewalt gegen Frauen und Kinder beziehungsweise zur Unterstützung und Betreuung von Opfern familiärer Gewalt in Graz erfolgte. Laut Mitteilung des Büros der Frauenministerin soll die Vorbereitungsphase dieses Modellversuches in Kürze abgeschlossen sein und ist geplant, dieses Projektbüro als reguläre Interventionsstelle zu eröffnen. Die Finanzierung für 1997 soll, so wurde weiters mitgeteilt, seitens des Bundes gegeben sein.

Namens des Ausschusses für Jugend-, Familien- und Frauenfragen stelle ich daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum obgenannten Antrag zur Kenntnis zu nehmen. (19.38 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als erste zu Wort gemeldet hat sich ebenfalls die Frau Abgeordnete Gross. Sie hat das Wort vom Rednerpult aus.

Abg. Gross (19.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bundesweit gibt es 14 autonome Frauenhäuser. Eines von ihnen besteht seit 1981 in Graz. In diesem Haus wurde aber nicht nur rund 1200 Frauen geholfen, sondern auch rund 1400 Kindern wurde die erste Zuflucht, Schutz und professionelle Hilfe erteilt. Altersmäßig waren die Frauen, die das Frauenhaus aufsuchen mußten, breit gestreut, wenn auch die jüngeren überwogen. Die jüngsten waren 18 Jahre alt, und bei einer Einteilung in Fünfjahresabschnitte war die Altersgruppe der 26- bis 30jährigen mit einem Anteil von rund einem Viertel bei weitem die größte, gefolgt von jener der 31- bis 35jährigen. Über 40 nahm die Zahl wieder deutlich, jenseits der 50 stark ab. Die Gründe dafür dürften mannigfach sein. Wenn Männer zu Gewalttaten tendieren, dann zeigt sich das meist schon sehr bald. Sehr häufig spätestens bei der ersten Schwangerschaft. Die Bereitschaft zur Veränderung ist bei den Jüngeren größer, und sie ist auch leichter zu realisieren, solange nicht gemeinsam erworbener Besitz und ein über lange Zeit gemeinsam aufgebauter Freundeskreis die Trennung gleichermaßen rechtlich wie emotionell erschweren.

Außerdem ist gerade zu einer Zeit, wo die Kinder noch klein und viele Frauen deswegen nicht berufstätig sind, die familiäre Situation am angespanntesten und die Abhängigkeit vom Mann am drückendsten. Für Frauen, die durch ein eigenes Erwerbseinkommen finanziell unabhängiger sind, ist es leichter, eine Trennung, allenfalls ohne den Umweg über das Frauenhaus, zu vollziehen. Abgesehen davon, daß mit den Jahren ja wohl auch Gewöhnung und Resignation die Frauen veranlassen, sich selbst mit noch so unerfreulichen familiären Gegebenheiten zu arrangieren. Als weiterer Grund für das Überwiegen der Jüngeren läßt sich vermuten, daß in den letzten Jahren, Gott sei Dank, das Selbstbewußtsein der Frauen gewachsen und damit auch die Neigung, Unterdrückung und Mißhandlung als naturgegeben hinzunehmen, etwas gesunken ist.

In einer Studie zur Entstehung von Gewaltbeziehungen und der Rolle von Frauenhäusern bei ihrer Überwindung von Martha Stadler - sie ist eine der vordersten und der ersten Kämpferinnen für das Grazer Frauenhaus - wurde auch der familiäre Hintergrund abgefragt. Der familiäre Hintergrund ist dabei auffallend bei sehr, sehr vielen Frauen sehr zerrüttet. Etwa nur die Hälfte von ihnen ist im Schoß einer oberflächlich gesehen „heilen“ Familie herangewachsen, und selbst da werden zum Teil noch Risse offenbar. Schwierige bis desolante Familienverhältnisse stellen für Angehörige niedriger sozialer Schichten ein besonderes Problem dar. Wo genügend Geld vorhanden ist, ist auch das Heranwachsen für Halbweisen oder für Kinder geschiedener Ehen etwas einfacher.

Die Studie hat aber auch ergeben, daß Frauen, die die Hilfe des Grazer Frauenhauses in Anspruch nehmen müssen, zum überwiegenden Teil aus sehr kinderreichen Familien kommen. Die für die Mittel- und für die Oberschicht typische Familie von einem bis zwei Kindern, die den Heranwachsenden ein ausreichendes Angebot an Platz und persönlicher Intimsphäre bietet und vor allem auch eine gediegene Ausbildung ermöglicht, war nur für eine Minderheit von

nicht ganz einem Viertel Realität. Die Beziehung zwischen Kinderreichtum und Armut ist eine doppelte und zudem eine fatale.

Ich möchte hier nicht mißverstanden werden. Ich habe selbst vier Geschwister.

Kinderreichtum bringt vor allem dann eine deutliche Beeinträchtigung der Lebensqualität und eine Verringerung sozialer Aufstiegschancen mit sich, wenn er mit schlechten Einkommensverhältnissen gekoppelt ist.

Körperliche Gewalt, Streit und/oder Alkoholmißbrauch sind den meisten Frauen schon von ihrer Herkunftsfamilie her vertraut. Fast jede sechste Frau, die ins Frauenhaus mußte, hatte unter allen drei Phänomenen zu leiden.

Und noch etwas hat die Studie von Martha Stadler zum Ausdruck gebracht. Für die Hälfte der Frauen war die elterliche Beziehung eher ein abschreckendes Beispiel als ein nachahmenswertes Vorbild, besonders dann, wenn daheim viel gestritten wurde. Rund die Hälfte der Befragten war deshalb entschlossen, ihre Partnerschaft völlig anders zu gestalten.

Was erwarten Frauen vom Frauenhaus? Schutz und irgendeine Form von Hilfe. Das ist es, was die meisten Frauen vom Frauenhaus erwarteten und auch bekamen. Dabei bestand die Hilfe hauptsächlich aus psychologischer Betreuung und dem Zuwachs an Selbstvertrauen. Mit der praktischen Hilfe liegt es dagegen nach wie vor im argen. Vor allem mit jenen Formen von Hilfestellung, die entweder finanzielle Mittel oder die Kooperation von öffentlichen und privaten Stellen benötigen würde - Wohnraumbeschaffung, berufliche Besserstellung oder auch finanzielle Unterstützung.

Einzig und allein die Rechtsberatung, die nichts kostet, weil sie von den Teamfrauen im Rahmen ihrer Arbeit geleistet und auch von einzelnen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten fallweise gratis übernommen wird, konnte häufiger angeboten werden.

Ein großes Problem des Grazer Frauenhauses ist der permanente Platzmangel. Es müssen sich derzeit auch mehrere Frauen samt ihren Kindern ein Zimmer teilen. Das ist speziell nach der psychischen Notsituation, in der sich die Frauen befinden, schwer zumutbar. Mit sieben Zimmern und 30 Betten, wobei derzeit auf eine Neuaufnahmekapazität für 40 Personen vorgesorgt werden kann, ist der Platz äußerst begrenzt. Mit Übergangswohnungen und anderen Formen von Unterstützung gelingt es, vielen Frauen wieder den Weg ins Leben zu ebnen.

Um all diese Hilfe gewährleisten zu können, wollen nun die Frauen des Vereines „Grazer Fraueninitiative“ einen Finanzierungsvertrag zwischen dem Land Steiermark und dem Grazer Frauenhaus. Die Stadt Graz stellt dem Verein bisher das Haus, seine Instandhaltung und die Betriebskosten kostenlos zur Verfügung. Zusätzlich ist vertraglich vereinbart, daß die Personalkosten für dreieinhalb Dienstposten pro Jahr von der Stadt übernommen werden.

Der Anteil der Frauen aus den steirischen Bezirken, die das Frauenhaus aufsuchen müssen, beträgt im zehnjährigen Durchschnitt rund 55 Prozent. Daher finden derzeit auch Verhandlungen über einen Finanzierungsvertrag zwischen Frauenhaus und Frau

Landesrätin Dr. Rieder statt, um im Budget 1998 einen korrekten Ansatz vornehmen zu können. Ich ersuche aber jetzt schon alle Parteien um Unterstützung dieses Budgetansatzpostens.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir aber auch noch ein paar Worte zur Interventionsstelle zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Kinder, zur Unterstützung und Betreuung von Opfern familiärer Gewalt. Im Rahmen einer Initiative der damaligen Frauenministerin Dr. Helga Konrad wurde der Verein „Grazer Fraueninitiative“ im Jahre 1995 mit der Aufgabe betraut, ein Konzept für ein Projektbüro „Interventionsstelle im Raum Steiermark“ zu installieren. Basis des im Oktober 1995 eingereichten Konzeptes waren die bereits vorhandenen Vorbereitungsarbeiten der „Aktionsgemeinschaft der Österreichischen Frauenhäuser“.

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten der Interventionsstelle liegt auf Koordination und Kooperation mit Einrichtungen, die mit der Problematik familiärer Gewalt konfrontiert sind, wie zum Beispiel Polizei beziehungsweise Gendarmerie, mit den Gerichten, Frauen- und Sozialeinrichtungen oder dem Jugendamt. Auf der so erarbeiteten Basis will die Interventionsstelle als Drehscheibe für die Institutionen fungieren. Andererseits will sie aber auch erreichen, daß diese Stellen betroffene Frauen an die Interventionsstelle weiter vermitteln. Vor allem Polizei und Gendarmerie, die in vielen Fällen die ersten sind, die bei familiärer Gewalt einschreiten, sollten Vermittler zur Interventionsstelle als Ersthilfestelle und Ersthilfeleister sein.

Es hat sich auch gezeigt, daß viele Frauen dem Ratsschlag der Sicherheitsbehörden, die Interventionsstelle zu kontaktieren, nachgekommen sind.

Als sehr wichtig stellte sich, wie erwartet, auch die Zusammenarbeit mit anderen Projekten, vor allem frauenspezifischen, heraus. Besonders mit dem Frauenhaus und der Frauenberatungsstelle Graz fand ein reger Austausch, sowohl auf Ebene von Arbeitskreisen als auch in Form konkreter fall-beziehungsweise fachspezifischer Kooperation, statt.

Vom 1. März bis 31. Dezember 1996 wandten sich rund 100 bedrohte und mißhandelte Frauen an diese Einrichtung. Diese Zahl ist nicht unbedingt aussagekräftig, da im Probelauf der direkte Zugang zu den Betroffenen nur sehr beschränkt war und auch beschränkt gesucht wurde, weil man ausprobieren wollte, wie die Vermittlung durch Behörden und durch Einrichtungen funktionieren wird.

Bei 79 Frauen wurden Interventionen im rechtlichen oder im psychosozialen Bereich gesetzt. Bei 21 Frauen beschränkte sich der Kontakt auf die Hilfestellung durch einige Telefonate.

Die rechtliche Intervention besteht in rechtlicher Beratung, Unterstützung im Zusammenhang mit Strafdelikten, wie zum Beispiel Begleitung zu Strafverhandlungen und Einvernahmen zur Polizei oder Gendarmerie, zur Polizeiärztin und vieles mehr, Unterstützung im Zusammenhang mit Zivilverfahren, wie zum Beispiel Unterstützung beim Einbringen von Anträgen und Klagen, Begleitung zu diversen Verfahren, Erkundigungen bei Gericht und so weiter oder sonstiger Interventionen, die Vermittlung ins Frauenhaus oder sonstige Unterkünfte, Begleitung zu

diversen Ämtern, Weitervermittlung beziehungsweise Übergabe an andere Frauen und Sozialeinrichtungen, Beistellung von Konsulentinnen, wenn rechtsanwältliche Unterstützung während des Interventionsprozesses notwendig wurde.

Die psychosoziale Betreuung besteht in Stärkung in Krisensituationen, in Scheidungshilfen, sozialarbeitsrechtlicher Hilfestellung, wie zum Beispiel bei der Arbeits- und Wohnungssuche, Unterstützung bei finanziellen Problemen, auch Unterstützung bei Problemen betroffener Kinder, Bereitstellung von Konsulentinnen, wenn therapeutische Hilfe während des Interventionsprozesses notwendig wurde.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es ist vor einiger Zeit durchs Land – nicht unbegründet, muß ich sagen – gegeistert, daß der Grazer „Interventionsstelle für Frauen“ das Aus drohte. Es gab, wie auch aus der Vorlage berichtet, eine Finanzierungszusage der zuständigen Minister. Die Mittel für das Jahr 1997 blieben aber aus, obwohl die Bundesregierung die Stelle als Opferschutzeinrichtung anerkannt hatte.

Beim Bundesparteitag in Linz überzeugten unsere Soziallandesrätin Dr. Rieder und Bürgermeister Stingl die neuen Minister von der Notwendigkeit dieser Subvention. Die Finanzierung wurde dort zugesagt, und ich möchte mich namens der 1996 mehr als 100 bedrohten und mißhandelten Frauen und Kinder dafür bedanken. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 19.50 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Beutl, nach ihr der Herr Abgeordnete Dr. Wabl.

Abg. Beutl (19.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Einrichtungen wie das Frauenhaus, der Frauennotruf, das Kinderschutzzentrum und die Interventions- und Beratungsstelle für mißhandelte Frauen und Kinder sind leider notwendig. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig, und das ist unser gemeinsames Anliegen, daß wir uns hier auch gemeinsam – und wir haben das in einem Antrag vor einigen Wochen bereits getan – besonders um die Unterstützung bemühen und eine Finanzierung gemeinsam auch betreiben und uns dafür einsetzen. Ich bin auch sehr dankbar für die Wortmeldung oder für die sehr ausführliche Darstellung der Frau Abgeordneten Gross, die uns nun auch Einblick gegeben hat, wie tatsächlich die Fälle gelagert sind, die ins Frauenhaus beziehungsweise auch in diese Interventionsstelle kommen.

Ich hoffe nur, und das ist auch ganz kurz meine Wortmeldung, daß mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes über das Wegweiserecht, das in wenigen Tagen, also am 1. Mai, in Kraft tritt, daß da eine gewisse Entlastung stattfinden wird. Das ist also meine große Hoffnung, denn ab diesem Tag können potentielle Gewalttäter aus der eigenen Wohnung gewiesen werden und die bisher wirklich unwürdige Situation, daß Opfer, geschlagene, mißhandelte Frauen, Kinder und Angehörige eigentlich aus der Wohnung flüchten mußten, daß diese Situation umgekehrt wird und nun der Täter gehen muß. Der Kern dieser Regelung ist ja die Ermächtigung der Exekutive, einen potentiellen

Täter – das heißt auch dann, wenn ein gefährlicher Angriff, wie es im Gesetzestext heißt, auf Leben und Gesundheit bevorsteht, daß man da bereits die Exekutive einschalten kann – aus dem Haus, aus der Wohnung wegweisen und ihn mit einem siebtägigen Rückkehrverbot belegen zu können. Das heißt, jemand, der Gefahr läuft, mißhandelt zu werden, kann bereits die Polizei, die Gendarmerie holen. Ich denke, daß das sehr wichtig ist. Ich selber habe im vorigen Jahr in unmittelbarer Nachbarschaft miterleben müssen, wie eine Frau von ihrem gewalttätigen Ehemann getötet wurde. So wie es bisher war, daß erst etwas passieren mußte, bevor die Polizei einschreiten konnte, das wird mit diesem Gesetz hoffentlich nicht mehr möglich sein. Wir hoffen schon sehr, daß das dann auch eindringt in die Köpfe oder das Verhalten auf Dauer dann verändert. Es wurde mit diesem Gesetz auch die Möglichkeit der Ausstellung einer zeitweiligen Verfügung seitens des Gerichts erleichtert, das heißt, daß damit dann den Tätern auch der Zutritt zur Wohnung für längere Zeit untersagt werden kann. Etwas, was bisher schwierig zu erreichen war. Ein spezielles Schulungsprogramm des Innenministeriums für die Exekutivbeamten bereitet sie auf diese Aufgaben vor, und ich denke aber, daß die Beamten schon bisher durchaus gelernt haben, mit solchen Schwierigkeiten im familiären Bereich mit Gewalt umzugehen, denn wenn wir uns die Statistik anschauen, da gibt es allein in Graz etwa 30 solcher Fälle pro Monat, in denen die Gendarmerie beziehungsweise in diesem Fall die Polizei zu solchen Gewalttätigkeiten in Familien gerufen wurde. Sie werden also sicherlich dieses neue Gesetz entsprechend handhaben.

Interventionsstellen sind jedenfalls wichtige Einrichtungen, denn die juristische Beratung, die die Frauen dort erhalten, ist unbedingt notwendig. Das Informationsdefizit bei Frauen ist sehr, sehr groß in all diesen Fragen. Und ich glaube, daß vor allem auch die angesprochene psychosoziale Betreuung und Begleitung eine ganz wichtige Form der Hilfestellung für mißhandelte Frauen und Familienangehörige ist. Insgesamt denke ich, daß es unser aller Auftrag sein muß, auch unser politischer Auftrag, daß wir, was das Informationsdefizit anlangt, mithelfen, daß ein solches Defizit abgebaut wird, daß wir also auch informieren über solche Hilfestellungen, Beratungsstellen und daß wir, wo immer wir Möglichkeiten haben, mit dazu beitragen, daß Gewaltprävention geschieht. Das schönste wäre natürlich, wenn solche Einrichtungen wie das Frauenhaus eines Tages tatsächlich nur mehr Mahnhäuser würden, die an schlimme Zeiten erinnern, und auf eine solche Zeit hoffe ich sehr. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.56 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl.

Abg. Dr. Wabl (19.56 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte beim Schluß fortsetzen, den die Kollegin Beutl hier ausgewählt hat, bei einem Problem, das sicherlich sehr oft im Vordergrund steht, das Informationsdefizit, das ich aber weitergezogen haben möchte, als nur Information über soziale Einrichtungen, Information über soziale Stellen oder Information

über rechtliche Zusammenhänge. Persönlich als Familienrichter, der sehr oft mit solchen Situationen zu tun gehabt hat, wo familiäre Beziehungen in die Krise geraten, die sehr oft so ausarten, daß es zu Gewalt kommt, scheitern einfach daran, daß wir als Gesellschaft mit diesen Entwicklungen nicht ausreichend umgehen können. Das liegt auch erstens daran, daß wir die Betreuung der Frauen, die mit Kindern in Not geraten sind, eigentlich ursprünglich Privaten überlassen haben, und das sollte einmal zu denken geben. Wir sollten froh sein, daß es diese Initiative gegeben hat, ein Frauenhaus in Graz zu errichten. Aber eines steht fest, daß es nicht durch die Initiative der politischen Verantwortlichen errichtet worden ist, was kein Nachteil sein soll. Aber es ist errichtet worden durch die Privatinitiative engagierter Frauen, die erkannt haben, wo das Manko liegt.

Und da bin ich beim zweiten Punkt. Ich meine überhaupt, daß wir dem Problem sozialer Defizite, familiärer Belastungsszenarios viel zuwenig Augenmerk zuwenden, das heißt also, daß wir doch in einer Zeit, wo der Rechenstift zählt, wo wir mehr danach fragen, was ist erfolgreich, was bringt was, was bringt Gewinn, daß wir gerade dem sozialen Thema und der Frage „wie gehen Menschen miteinander um“, daß wir dafür oft zu wenig Geld haben. Wenn ich nur daran denke, nur ein kleiner Schwenker, daß es in Graz einen Verein für Meditation gibt, der im Aufbau begriffen ist, so muß man sagen, daß dieser Verein von dem Topf, der eigentlich da ist, viel zuwenig bekommt, für jene Arbeit, die er eigentlich leisten sollte.

Ein Zweites: Dein Wunsch, liebe Burgi Beutl, in Gottes Ohr, daß es solche Frauenhäuser nur mehr gibt als Demonstrationsobjekte vergangener Gewalttätigkeiten gegen Frauen. Ich glaube aber nicht, daß es jemals Gefängnisse geben wird, die nur zu Schauzwecken vorhanden sein werden und wo kaum Insassen sein werden.

Und damit komme ich schon zu dem Problem, das ich hier anschneide. Welche Faktoren, welche Umstände führen dazu, daß in unseren Familien, in unseren Beziehungen Gewalt entsteht? Du hast ja einige Faktoren angeschnitten oder einige Strukturen. Aber warum kommt es zu Gewalt? Liegt es in der Erziehung? Liegt es im Vorbild der Familie? Liegt es in der Gesellschaft?

Wenn ich mich persönlich an viele Gespräche erinnere oder manche Gespräche mit Frauen und auch den betroffenen Männern, wobei ich jetzt gar nicht über die Sofortmaßnahmen sprechen will, das sage ich dann gleich anschließend, so stellt sich mir schon die Frage, ob nicht unsere Arbeitswelt, unsere Berufswelt, unsere Gemeinschaft der Sprachlosigkeit oft auch fördernd ist für diesen Zustand.

Es ist mir schon klar, daß der Kollege Gennaro nicht zuhört, weil das ist für ihn als Mann relativ uninteressant, aber vielleicht könnte er dem hier auch Interesse schenken.

Also ich meine, daß gerade der Zwang, Geld verdienen zu müssen, um die Existenzsorgen zu bewältigen, daran schuld ist, aber auch die Tatsache, daß Ehepaare nur mehr, wenn die Statistik stimmt, vier bis acht Minuten am Tag miteinander reden. Und wenn man nur so wenig miteinander redet, dann ist die Gefahr um so größer, daß die Entfremdung zunimmt, und am

Schluß der Entfremdung steht dann die Gewalttätigkeit. Da muß man eigentlich fragen, ob unser System des Wirtschaftswachstums, unser System, wo man die Menschen einteilt in jene, die erfolgreich sind, und in jene, die nicht erfolgreich sind, in jene, die Arbeit haben und die keine Arbeit haben, nicht Gewalt in der Familie begünstigt.

Dann kommt ein Zweites dazu, und das stelle ich immer mehr fest. Wir leben in einer Zeit, wo das Miteinander-Sprechen, das Miteinander-Umgehen, das Aufeinander-Eingehen zurückgedrängt wird. Wir leben in einer Zeit der Urbanisierung, wo man in einem Wohnhaus mit dem Lift hinauffährt und wo Hausbewohner oder Wohnungsbewohner, die Tür an Tür wohnen, gar nicht mehr miteinander reden, weil man einfach sich beim anderen nicht einmischen will oder sich um den anderen nicht kümmern will.

Der Fall, der in Wien passiert ist, der wäre vor Jahrzehnten undenkbar gewesen, daß Menschen, die schon gestorben sind, sieben Jahre lang noch die Pension durch die Bank oder die Post überwiesen bekommen. Das ist ein Zeichen unserer Sprachlosigkeit. Es gibt also ein böses Wort, das sagt, wir haben immer mehr Kommunikationsmöglichkeiten, wir kommen ins Elektronikzeitalter, wir brauchen gar nicht mehr zum anderen hinzufahren und können miteinander reden. Aber ist das nicht das, was verursacht, daß wir nicht mehr miteinander reden, daß wir nicht mehr den persönlichen Kontakt finden?

Bei den Eheleuten – bitte, ich muß euch sagen, ich bin immer wieder erschüttert, wenn ich dann bei Scheidungsverhandlungen erlebt habe, wie die Leute nicht einmal mehr miteinander reden können und wie sie dann miteinander umgehen – frage ich mich, ob die irgendwann einmal eine Nahebeziehung gehabt haben.

Und noch etwas: Der Kollege Erlitz ist jetzt nicht da, aber er war gestern mit mir bei einer Schuldiskussion. Ich habe dort die Frage aufgeworfen, angeregt durch einen Artikel in der Zeitung; ich glaube, den habt ihr alle gelesen, daß man sich in Amerika darüber Gedanken macht, ob eine voreheliche Schulung vorzuschreiben wäre, sinnvoll wäre, weil Gewalt in der Familie passiert in der Regel bei solchen Ehen, die scheitern. Es gibt natürlich auch solche, die ein lebenslanges Martyrium bedeuten, aber die Zeiten sind Gott sei Dank vorbei, wo die Frau aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen ist, dieses Martyrium ein Leben lang mitzumachen. Also heute ist sie Gott sei Dank so weit, daß sie aus diesem Martyrium ausbricht, und 80 Prozent der Ehescheidungen passieren, weil die Frauen die Initiative ergreifen und sagen, da mache ich nicht mehr mit und ich möchte endlich eine entsprechende Form der Partnerschaft und nicht der Unterdrückung.

Aber weil ich in der Zeitung gelesen habe, daß man in Amerika in manchen Provinzen damit beginnt nachzudenken, Schulen oder ähnliche Einrichtungen aufzubauen, wo Ehevorbereitung stattfindet, wo also Seminare abgehalten werden, wie man miteinander umgeht, ob man zueinander paßt, wie man den Lebensalltag bewältigt, wie man die Probleme Kindererziehung bewältigt, dann muß ich ehrlich sagen, ich bin zwar kein Pädagoge, aber wir werden auf vieles im Leben vorbereitet, wir lernen sehr viel in der Schule, wobei das keine Kritik an den Lehrerinnen und

Lehrern sein soll, aber wir lernen eines nicht oder kaum, was fast das Wichtigste im Leben ist, das Meistern der Partnerschaft, ob das jetzt eine Ehe ist oder eine Lebensgemeinschaft. Daß man das erlernt, wäre wichtig. Weil, was hilft die beste Berufsausbildung in dieser schnellebigen, hektischen Zeit, wenn man privat scheitert. Jeder weiß, wenn man private Probleme hat, dann läuft man auch Gefahr, im Beruf vor die Hunde zu gehen oder im Beruf aussteigen zu müssen oder nicht mehr „erfolgreich“ zu sein und dann den Arbeitsplatz zu verlieren.

Das sind also alles Faktoren. Vielleicht glaubt mir das niemand, aber ich kenne sehr viele, die sagen, selber spürt man das, weiß man das, wenn es daheim stimmt, dann wirst du auch eher im Beruf eine Leistung erbringen. Und in einer Zeit wie heute, wo man funktionieren muß, wo man erfolgreich sein muß, wo man den Anforderungen entsprechen muß, dort ist der Umstand, daß man privat Probleme hat, sicherlich sehr belastend. Und wenn jede dritte Ehe oder in der Stadt jede zweite Ehe geschieden wird, dann muß sich die Gesellschaft fragen, wie bereite ich besser auf diese Situation vor. Dazu gehört aber auch, wie bereite ich überhaupt den Menschen besser darauf vor, daß er weiß, was mit ihm vorgeht, wie er diese Beziehung meistern kann.

Daher glaube ich, daß wir, obwohl wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben, wo die Wirtschaft fast alles ist und das andere nur ein Faktor, der bei den Zahlen nicht aufscheint, der nicht marktfähigen Struktur mehr Aufmerksamkeit zuwenden sollten, und daß man Leute – und darüber könnte man auch einmal nachdenken, wenn 3000 Lehrerinnen und Lehrer in der Steiermark arbeitslos sind und die vielleicht eine Arbeitslosenunterstützung oder eine Notstandshilfe kriegen – vielleicht verstärkt in dem Bereich einsetzen sollte. Ob man sich nicht Gedanken machen sollte, wie man Leute, die vielleicht ausgebildet sind oder etwas davon verstehen, wie man die dazu bringt, daß sie anderen, die sprachlos oder nicht darauf vorbereitet sind, helfen und für diese tätig werden.

Ein Zweites noch, das mir wichtig ist. Wie gehen wir mit dem Scheitern dann um? Weil, daß die Frau ins Frauenhaus flüchtet, das allein ist ja keine Lösung. Daß dort Rechtsberatung erfolgt, das ist sehr wichtig und ist auch dringend notwendig. Aber zur Scheidung, und das sage ich aus tiefster Überzeugung, zur Bewältigung der Scheidung gehört nicht nur Rechtsberatung, da gehört Lebensberatung dazu. Weil, daß ich jetzt jedem sage, wie er zu seinem Recht kommt, da gibt es nur zwei Verlierer. Es muß zwar nicht zwei Sieger geben, aber zwei Überlebende, die einfach getrennt weiterleben können. (Abg. Gross: „Es gibt dort psychosoziale Beratung!“) Ja, es gibt das, aber es wird leider Gottes noch viel zuwenig in Anspruch genommen. Ich meine, da gehört flächendeckend noch viel mehr Werbung dafür gemacht. Ich stelle immer wieder fest, daß die Leute einfach sagen, naja. Und meistens geht der Mann dort nicht hin, weil Männer eher eine Scheu haben, sich anderen gegenüber zu öffnen. Das sind also Probleme.

Ich sage noch eines, wir überlassen das Handling von Scheidungen viel zu sehr Beruftsjuristen, die auch an ihr eigenes wirtschaftliches Fortkommen denken müssen. Und dieses eigene wirtschaftliche Fort-

kommen ist oft im Widerspruch zum Anspruch der Betroffenen, finanziell weiterleben zu können, weiter existieren zu können. Das kollidiert sehr oft, und daher sollten wir uns bemühen, das anders zu machen.

Ein Letztes, das mir noch wichtig ist, was auch im Frauenvolksbegehren drinnen ist. Ich bin davon überzeugt, daß eine Verbesserung der Situation der Frau – und es geht ja hier nur um die Frauen – in erster Linie dann möglich ist, wenn sie wirtschaftlich unabhängig ist. Einer der ersten Schritte – der wichtigste Schritt für mich – ist einfach, daß die Frau weiß, daß sie zumindest einmal für ihre Tätigkeit pensionsrechtlich abgesichert ist. Ich glaube, das ist einfach ein Schritt zur Anerkennung der Frau. Ich merke so oft bei Scheidungsverfahren, daß die Frauen einfach deshalb in einer vertrackten, vertrackten Situation sind, weil sie auf Grund ihrer familiären Situation, weil sie keinen Beruf gelernt haben, weil sie zu Hause geblieben sind, nicht wissen, wie es weitergehen wird.

Mich hat betroffen gemacht, daß der Khol gesagt hat, von diesen Punkten des Volksbegehrens sind zwei Drittel oder noch mehr nicht erfüllbar.

Ich meine, zur Bewältigung dieser Probleme und zur Verwirklichung der Gleichberechtigung gehört einfach im Rahmen des Sozialsystems eine entsprechende Absicherung der Frau, und ohne die wird die Frau immer wieder in Notsituationen kommen, weil ich das einfach immer wieder miterlebe, daß sie dort den schwächeren Part abgibt.

Zum Schluß möchte ich nur bitten, Frau Landesrat Rieder, daß man dieser Forderung nach einem Vertrag zwischen dem Frauenhaus, zwischen der Fraueninitiative und dem Land Steiermark, wie es in Graz der Fall ist, Rechnung trägt. Ich bin der Meinung, daß die Frauen, die dort tätig sind, es sich verdient haben, daß sie nicht von einem Jahr auf das andere bangen müssen.

Ich weiß schon, daß sie nicht zittern müssen, ich weiß schon, daß das Geld vorgesehen ist. Aber ich finde es einfach recht und billig, daß die – wie wir alle es beschlossen haben – einen Vertrag bekommen, damit sie wissen, daß das Frauenhaus über Jahre hinaus abgesichert ist, wobei auch ich mir wünsche, liebe Burgi Beutl, daß dieses Frauenhaus vielleicht doch einmal nur ein Monument vergangener Zeiten sein wird und für andere Zwecke genutzt werden kann. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 20.11 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile es ihm.

Abg. Schinnerl (20.11 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben jetzt über das Frauenhaus und über die Probleme der Frauen, so wie ich meine, genug gehört, und ich will mich bei euch beliebt machen, und ich versuche, nichts zu wiederholen, was heute schon gesagt worden ist. Daher wird meine Wortmeldung besonders kurz sein. Ich freue mich über die Aussagen von der Abgeordneten Gross, die das Frauenhaus und die Probleme durchleuchtet hat, und ich bezeichne das so als den inneren Kreis, den sie besprochen hat und

uns dargelegt hat, wie es tatsächlich ausgeschaut hat, und wie die Auslastung ist. Und die Frau Abgeordnete Beutl hat das auch im wesentlichen wiederholt. Zu den Aussagen vom Martin Wabl, der den großen Kreis gezogen hat und immer wieder versucht hat, alle Probleme darzulegen, wo irgendeinmal eine Frau oder ein Mann nicht zurecht kommt, wo man dann sagen kann, für alle genannten Personen gibt es dann eine Frauenberatungsstelle oder, was der Martin Wabl vergessen hat, Gott sei Dank auch eine Männerberatungsstelle. Das ist dem Martin entgangen. Somit gibt es die Gleichberechtigung tatsächlich. (Abg. Dr. Reinprecht: „War mein Antrag!“) Über diese Beauftragung zur Sicherstellung der Finanzierung des Frauenhauses bin ich sehr erfreut, daß da hier endlich einmal das leidige Problem in die richtigen Wege geleitet wird. Wir haben ja hier im Landtag den Beschluß gefaßt, daß die Frau Landesrat beauftragt wird, Verhandlungen über die Finanzierung zu führen. Ich würde mich aber auch freuen, Frau Landesrat, wenn Sie auch bei der Männerberatungsstelle, wo ja die ganz gleichen Voraussetzungen gegeben sind, daß Sie auch das dort in die Wege leiten und nicht nur bei der Männerberatungsstelle, sondern bei vielen, vielen anderen Institutionen, daß Sie dann auch Vorsorge treffen, daß erstens einmal der Bedarf festgestellt wird. Wenn der Bedarf vorhanden ist, die Beauftragung erfolgt und dann damit auch die finanzielle Absicherung für Jahre hindurch gesichert ist. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 20.13 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen nun zur Abstimmung. Jene Damen und Herren, die der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist die einstimmige Annahme. (Abg. Tasch: „Ich habe mich der Stimme enthalten!“) Alleine, daß du deine Hand unten läßt, heißt schon, daß du mit dabei bist. Aber ich habe das nicht als Faulheit ausgelegt, sondern als Zustimmung.

17. Bericht des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 414/1, betreffend den Erwerb von Wohnungen durch Mieter in verschiedenen Objekten in Graz.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (20.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auf Grund des seinerzeitigen Beschlusses der Landesregierung und des Landtages vom Jahre 1992 wurde im Jahre 1995 mit dem Abverkauf von 38 Landeswohnungen begonnen. Der Abverkauf wurde 1996 weitergeführt. Es wurde der Verkauf von 17 Landeswohnungen in acht Wohnanlagen beziehungsweise Einzelobjekten in die Wege geleitet.

Durch den Abverkauf der genannten Wohnungen werden dem Land Steiermark im Laufe dieses Jahres voraussichtlich rund 8 Millionen Schilling zufließen. In einem Fall haben sich der Mieter und dessen Gattin für die Bezahlung des Kaufpreises in Form von monatlichen Teilzahlungen durch 15 Jahre hindurch ent-

schieden. Dadurch werden zuzüglich Zinsen im Ausmaß von 0,5 Prozent über der jeweiligen Sekundärmarktrendite rund 900.000 Schilling eingenommen.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Abverkauf von 17 Wohnungen an die Mieter entsprechend den Grundsätzen des Beschlusses des Steiermärkischen Landtages vom 21. Mai 1996 wird genehmigend zur Kenntnis genommen. (20.15 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Es liegt keine Wortmeldung zu diesem Punkt vor. Daher kommen wir zur Abstimmung. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe. Mit einer Gegenstimme angenommen.

18. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler, Einl.-Zahl 283/2, Beilage Nr. 59, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 283/1, Beilage Nr. 34, Gesetz über die Errichtung und den Betrieb von Schischulen (Steiermärkisches Schischulgesetz 1996).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Reinhold Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (20.16 Uhr): Der Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler hat in seiner Sitzung am 12. November 1996 über das Steiermärkische Schischulgesetz beraten, und auf Grund des Ergebnisses der Parteienverhandlungen vom 18. Dezember 1996 sowie vom 22. Jänner, 5. März und 1. April 1997 hat der Ausschuß in seiner Sitzung am 8. April 1997 Änderungen beschlossen. Da diese Änderungen von wesentlicher Bedeutung sind, war eine Drucklegung in der vorliegenden Fassung dieses Gesetzesentwurfes erforderlich.

Ich bitte, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Dieser Antrag hat im wesentlichen zum Inhalt, daß gegenüber der bisherigen Rechtslage, insbesondere Neuerungen kommen, was die Ausweitung des Schischulgebietes und die Schaffung eines Standortgebietes betrifft, was die Schaffung von sachlichen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb von Schischulen anbelangt, die Erweiterung einer Schischulbewilligung, die Anerkennung von Staatsbürgerschaften und Prüfungszeugnissen der Europäischen Union sowie die Schaffung des Kinderschilchlehrers, des Langlauflehrers und des Alternativschilchlehrers, Snowboardlehrers, sowie eine Neuregelung der Bestimmungen des Steiermärkischen Schilchlehrerverbandes. Ich ersuche dieser Vorlage in der Fassung des Ausschusses die Zustimmung zu geben. (20.17 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Berichterstatter. Als erster zu Wort gemeldet ist ein sehr erfolgreicher Schisportler auf der politischen Ebene, Herr Klubobmann Flecker.

Abg. Dr. Flecker (20.18 Uhr): Meine Damen und Herren, Herr Präsident!

Ich will Sie nicht lange aufhalten. Zuerst, Reinhold, wir haben gerade eben nicht die Möglichkeit belassen, daß juristische Personen Schischulen anmelden können, aber das macht nichts. Es ist dir falsch vorgeschrieben worden. Das haben wir nicht. Sonst glaube ich, kann man sagen, daß wir mit diesem Gesetz notwendige Liberalisierungsbestimmungen mit Kriterien zur Qualitätssicherung vereinbart haben, daß uns das gelungen ist. Daß wir das heute beschließen werden, ist vor allem zu verdanken der guten Mitarbeit des Hofrat Stehlik, des Dr. Hauer und aller Parteienverhandler und der Klubsekretariate. Wir bringen einen Fünfparteienbeschluß zustande und haben das innerhalb relativ kurzer Zeit abhandeln können. Dafür wollte ich danken als Vorsitzender des Parteienverhandlungskomitees. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 20.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Hartinger, der ich es erteile.

Abg. Mag. Hartinger (20.19 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

So stelle ich mir Arbeit im Landtag vor. Rasch, qualitativ und demokratisch. Erstens rasch, im November vorigen Jahres im Ausschuß, kurz vor Weihnachten erste Parteienverhandlungen, nach vier Runden jetzt im Landtag zur Beschlußfassung. Zweitens qualitativ, Anhörung aller Interessenvertretungen, vom Schischulverband angefangen bis zur Wirtschaftskammer, und dank – der Herr Klubobmann Flecker hat das schon vorweggenommen – der guten Aufbereitung auch der Beamenschaft konnten wir die Parteienverhandlungen so schnell beenden.

Und last but not least demokratisch. Demokratisch auch, und das möchte ich hier betonen, dank der Moderation von Klubobmann Flecker, der hier für eine faire und effiziente Diskussion und Verhandlung gesorgt hat. Ich darf mir schon wünschen, Herr Kollege Flecker, daß Sie vielleicht diese faire und effiziente Art auch ab und zu im Landtag beweisen könnten. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist mein Wesen!“)

Wir Abgeordneten haben mit diesem Gesetz es geschafft, bei der Unterweisung in den Wintersportarten für eine Sicherheit und Qualität der Ausbildung zu sorgen, und zwar beim Schifahren, beim Langlaufen, beim Snowboarden, generell beim Alternativschilauf. Sicherheit für 666,1 Kilometer Schipisten, 1304,5 Kilometer Langlaufloipen und 19 Halfpipes für Snowboarder, insgesamt in 50 steirischen wunderschönen Schigebieten. (Beifall bei der FPÖ. – 20.21 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher.

Abg. Bacher (20.21 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann es kurz machen. Ich möchte mich meinen Vorrednern anschließen, bedanke mich für die konstruktive Arbeit im Ausschuß bei dir, Herr Kollege

Flecker, aber auch bei allen anderen Kolleginnen und Kollegen. Es war eine sehr effiziente Parteienverhandlungsrunde. Ich glaube auch, daß es ein sehr zukunftsweisendes Gesetz ist. Es umspannt letzten Endes den ganzen Bogen im Schisport. Auch auf die neuen Trendsportarten wurde Rücksicht genommen. Ich bedanke mich bei der Frau Kollegin für das Kompliment – ist ja auch nicht selbstverständlich. Und ich hoffe, beim Schifahren trifft man sich wieder. Das Gesetz ist im Sinne unseres Sportlandes Steiermark im Sinne der Qualität der Schiausbildung, weil der Schisport in Österreich eine ganz entscheidende Rolle spielt und vor allem auch die Ausbildung unserer Schisportler. In diesem Zusammenhang möchte ich zwei große Schilehrer nennen, Professor Hoppichler und Charly Kahr als Trainer der Nationalmannschaft. Es sind Aushängeschilder der Steiermark und ganz Österreichs.

Ich wünsche in diesem Sinne unseren Schisportlern und uns allen ein steirisches Glückauf. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 20.23 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Den Abschluß zu dieser Debatte zu einem, wie es scheint, sehr erfolgreichen, zumindest in den Anfängen erfolgreichen Gesetz hat der Herr Landesrat. Ich bitte darum.

Landesrat Dr. Hirschmann (20.23 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, Herr Klubobmann Flecker, daß ausgerechnet in meinem Ressortbereich, und ich fühle mich als Sportreferent und als Tourismusreferent angesprochen, sich die nicht endend wollende Einigkeit so demonstrativ einmal mehr zeigt. (Abg. Dr. Flecker: „Irgendwer von uns zweien muß es machen!“)

Ja, und deswegen wollte ich Ihnen auch, aber vor allem dem Dr. Hauer danken, der das großartig gemacht hat – ich glaube, er ist im Moment nicht mehr da –, und dem Dr. Stehlik. Natürlich danke ich den Damen und Herren Abgeordneten auch, die Sie in die günstige Lage gekommen sind, vom Dr. Hauer alles auf den Tisch gelegt zu bekommen, um das heute mit Ihrem wohlwollenden Segen hier zu verabschieden. Dafür bedanke ich mich sehr herzlich.

Und wie der Hans Bacher am Schluß gesagt hat, und die Frau Kollegin Hartinger und der Kollege Flecker natürlich auch, wir freuen uns, wenn das vor allem für die Jugend dieses Landes seine Auswirkungen hat, wenn es für die Wirtschaft seine Auswirkungen hat, und vor allem auch für den Tourismus.

In diesem Sinne, das verbindet uns ja parteiübergreifend, darf ich mich noch einmal sehr, sehr herzlich bedanken. Ich freue mich, wenn das in meinem Ressort so weitergeht, daß diese „Fünfeinigkeit“ immer wieder da ist. Ich danke herzlich. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 20.24 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist die einstimmige Annahme.

19. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 160/3, zum Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Vollmann, Schrittwieser und Ussar, betreffend die Förderung von Beherbergungsbetrieben im allgemeinen und des Tourismus- und Ausbildungsprojektes Eisenerz im besonderen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karlheinz Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (20.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Einl.-Zahl 160/3 als Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum vorerwähnten Antrag betrifft die Förderung von Beherbergungsbetrieben im allgemeinen und des Tourismus- und Ausbildungsprojektes Eisenerz im besonderen.

Die Landesregierung wurde durch Beschluß des Ausschusses dazu aufgefordert, Stellung zu nehmen, und hat dies auch wie folgt getan:

Der Tourismusförderungsfonds als Verwaltungsfonds ist derart gestaltet, daß die Ausgaben nur nach Maßgabe der tatsächlichen Einnahmen und der vorhandenen Rücklagemittel vollzogen werden dürfen beziehungsweise eingesparte Förderungsmittel einer Übertragungsrücklage für die kommenden Jahre zugeführt werden. Erfolgswirksame Einnahmen sind lediglich der 30prozentige Anteil an der Nächtigungsabgabe gemäß Fremdenverkehrsabgabengesetz, LGBl. Nr. 54/80, in der Fassung LGBl. Nr. 73/94, der Ertrag der angelegten Mittel sowie die Zinserträge aus Darlehensausleihungen.

Das Land Steiermark hat mit dem Bund für die Dauer von fünf Jahren eine sogenannte Regionalförderungsvereinbarung abgeschlossen. Hierbei beteiligt sich das Land Steiermark kostenmäßig an vier Bundesförderungsaktionen in Zielgebieten 2 und 5 b, welche die gesamte Steiermark, mit Ausnahme von Graz und Graz-Umgebung, umfassen.

Diese vorgenannten Tourismusförderungen wurden erst im Dezember 1995, rückwirkend mit 1. Jänner 1995, von der EU als gemeinsame Förderungsprogramme genehmigt, so daß sämtliche Bundesförderungsmittel, zum Beispiel Ziel-5 b-Gebiet der Dachstein-Tauern-Region, im nachhinein rückwirkend ab 1. Jänner 1995 bis 31. Dezember 1999 einer gemeinsamen Regionalförderung zugeführt werden.

Die bestehende Liquidität des Tourismusförderungsfonds von rund 100 Millionen Schilling ist daher mit rund 55 Millionen in Form von Festlegungen ausgenutzt, so daß derzeit rund 45 Millionen für die gesamte Steiermark, also für rund 8500 gewerbliche Fremdenverkehrsbetriebe, zur Verfügung stehen. Das gegenständliche Regionalförderungsüberkommen bewirkt in den betreffenden Regionen einen erhöhten Förderungsaufwand, der jährlich rund 15 Millionen beträgt und in Form von verlorenen Zuschüssen ausbezahlt wird. Diese Förderungszuschüsse müssen neben den eigenen Landesförderungsaktionen aus dem Tourismusförderungsfonds finanziert werden.

Es geht dabei natürlich auch um die Frage der Finanzierung ohne jährliche Sonderdotations des Landes Steiermark. Dem Begehren der Überschreitung

des Projektvolumens von 3 Millionen Schilling gemäß Paragraph 15 (2) leg. cit. ist oder wäre in diesem Fall zu entsprechen.

Abschließend stellt die Steiermärkische Landesregierung durch Beschluß vom 27. Jänner 1997 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Vollmann, Schrittwieser und Ussar, betreffend die Förderung von Beherbergungsbetrieben im allgemeinen und des Tourismus- und Ausbildungsprojektes Eisenerz im besonderen, wird zur Kenntnis genommen. (20.28 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Als erstes zum Wort gemeldet ist der Herr Professor Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (20.28 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Region Eisenerz hat es nicht leicht. In Eisenerz hat es einmal am Erzberg über 4000 Beschäftigte gegeben, heute sind es nicht einmal 400, ein Zehntel, und das, obwohl am Erzberg sicher einer der modernsten Tagebaubetriebe besteht und die Aufbereitung, die man dort konzipiert hat, zu den modernsten weltweit zählt.

Aber, es ist ein armes Erz, und selbst mit der besten Aufbereitungsanlage können sie diese Hürde nicht überspringen.

Auch die Ansiedelungen, die in den siebziger Jahren, teils über die verstaatlichte Industrie, in Eisenerz erfolgt sind, waren ja nicht oder nur teilweise auf Dauer erfolgreich. Es ist daher durchaus verständlich – auch wenn man diese wildromantische Gegend anschaut –, daß Tourismusprojekte in den letzten Jahren verstärkt zu Hoffnungsträgern geworden sind. Es sind daher alle Versuche zu unterstützen, in dieser Richtung aktiv zu werden. Aber man darf gleichzeitig nicht die Schwierigkeiten verschweigen, die Schwierigkeiten bei Tourismusprojekten und ähnlichen gedanklichen Konzeptionen.

Man muß nämlich aufpassen, daß man nicht Hoffnungen und Erwartungen weckt, die dann letztlich nicht erfüllbar sind. In diesem Sinne begrüße ich den vorliegenden Antrag ganz besonders und auch die Initiative um das Hotel und das Restaurant am Leopoldsteinersee, diese Initiative wenn auch erste Wirtschaftlichkeitsüberlegungen gezeigt haben, daß unter Umständen mit finanziellen Schwierigkeiten zu rechnen sein wird. Umso höher ist wohl auch der einstimmige Beschluß der Landesregierung vom 3. Februar 1997 zu werten, dieses Projekt mit 12 Millionen Schilling zu fördern.

Man muß den Antrag auch im Zusammenhang mit der steirischen Eisenstraße sehen. Hier gibt es einen Beschluß der Landesregierung vom 1. Juli 1996, grundsätzlich ein Sonderinvestitionsprogramm für das Projekt steirische Eisenstraße in der Höhe von 27 Millionen Schilling zu genehmigen, wobei die Gesamtprojektkosten 280 Millionen Schilling betragen und die Steiermark 65 Millionen Schilling übernehmen soll. Und das vorbehaltlich – so steht es auch in einer

Unterlage – nach einer nachgewiesenen Ausfinanzierung, daß die 27 Millionen für die Eisenstraße aufgestockt werden auf 39 Millionen.

Ich bin jetzt sehr versucht, einen Satz zu sagen, der auch heute in der Früh gefallen ist und auch schon mehrmals „also wenn die Menschheit an den Mond fliegen kann, dann muß es doch wohl auch möglich sein, auch so ein Hotel am Leopoldsteinersee zu bauen“. Ich glaube, hier gibt es eine Vermischung von Gedanken, die sorgfältig zu trennen sind. Der Flug auf den Mond war kein ökonomisches Projekt, es war ein politisches und ein Prestigeprojekt. Und wenn man das so sehen will, dann ist vieles realisierbar. Wenn sich aber Projekte einer ökonomischen Begutachtung auch zu unterwerfen haben, dann schaut die Welt in vielen Beziehungen anders aus. Es ist auch festgehalten, daß der Landesrechnungshof die Erstellung einer Kosten-Nutzen-Rechnung durchführen soll, und dann wird wieder die Frage der Wirtschaftlichkeit auftauchen. Ich meine, einerseits ist hier die besondere Situation von Eisenerz zu sehen, die jede Hilfe braucht, jede Unterstützung braucht, andererseits es aber auch für die Landesregierung und für die Initiatoren dieses Projektes klar sein muß, daß ein solches Vorhaben nur dann von Dauer ist, wenn man den Weg einer ausgeglichenen Bilanzierung findet. Nur dann wird es Bestand haben, wenn es nicht ein Zuschußbetrieb wird. In diesem Sinne hoffe ich sehr, daß dieser Weg für das Eisenerzer Projekt zu finden sein wird. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 20.33 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Berichterstatter. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (20.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem mein Vorredner bereits eine Vielzahl von Zahlen genannt hat, Unterstützungen, Projekte, sonstige Initiativen, die es für Eisenerz gegeben hat, darf ich mich vielleicht auf wenige Bereiche beschränken.

Der erste – das ist für mich eine große Enttäuschung gewesen –, daß man feststellt, daß man 8500 Betriebe mit 100 Millionen aus dem Fremdenverkehrsförderungstopf zu fördern hat und daher für Eisenerz kein Geld mehr übrigbleibt. Für eine Region, wie mein Vorredner Professor Jeglitsch gemeint hat, die in den letzten Jahren eine Vielzahl von Arbeitskräften verloren hat, es waren immerhin von 4500 auf 300 Beschäftigte, nämlich 4200 Arbeitsplätze. Mir tut es heute noch leid, daß die Firma, die sich dort angesiedelt hatte, leider keinen Grund gefunden hat, dort ihr Engagement fortzusetzen. Aber was noch viel prägnanter ist, meine Damen und Herren, ist die Frage des Bevölkerungsrückganges in Eisenerz. In Eisenerz waren Ende der sechziger Jahre noch 12.500 Einwohner heute beziehungsweise im Jahre 1997 waren es noch rund 7500, das heißt also ein Abgang in knapp 25 Jahren um 5000 Einwohner. Das ist eine mittlere Gemeinde, meine Damen und Herren, und es zeigt die Schwäche der politischen Initiative in diesem Bereich.

Meine Damen und Herren, ich möchte damit nicht sagen, daß es nicht viele Bemühungen gegeben hat und daß nicht auch vieles in diesem Bereich noch ge-

schieht. Es ist derzeit das sozialökonomische Projekt einerseits, das von unserer Landesrätin Rieder unterstützt wird, zur Ausbildung von Arbeitskräften eben für dieses Hotelprojekt, von dem mein Vorredner gesprochen hat, dieses Hotel- und Restaurantprojekt Leopoldsteinersee. Wir haben dieses Dreiländerprojekt Eisenstraße, das ja nicht nur die Steiermark befaßt, sondern natürlich auch noch zwei andere Bundesländer, das Tourismusprojekt Ramsau, für das die Entwicklungskosten durch das Land, durch Landesrat Ressel, getragen worden sind, und das war rund ein Volumen von 250 Millionen Schilling. Derzeit das Projekt Ramsau-Infrastruktur, das wir ja auch alle kennen, das hier eine Verbesserung ergeben soll. Es gibt die Beschäftigungsgesellschaft Ramsau, das Rad-erlebnis-Land, das hier aufgebaut werden soll. Der Bereich des neuen Tourismus, der sich hier für uns auftut mit Mountainbiking und anderen Bereichen, wo also der Erzberg, der Bergbau, miteingegliedert ist als besonderer Bereich, der zeigen soll, wo es das steirische Gold, das uns seinerzeit der Wassermann für immerdar versprochen hat, gegeben hat. Auch dieses Projekt wird von der Frau Landesrätin unterstützt. Ich freue mich darüber, daß es auch gelungen ist, in der Qualifizierungsoffensive das ABAB-Projekt, AMI after mining ins Leben zu rufen, und hier also neue Grundwerte zu setzen. Das heißt, es gibt eine Menge von Bemühungen. Im Endeffekt haben sie aber dazu geführt, daß viel begonnen worden ist, aber bis heute wenig fertiggestellt.

Daher meine ich, es muß – und das war auch der Anlaß unseres Antrages – auch durch das Land Steiermark in diesem Bereich für diese Initiativen, die also im Bereich der Beherbergungsbetriebe im allgemeinen, nicht nur diesen einen Projektes, natürlich auch aller Privatinitiativen liegen, andererseits aber auch in der Frage des Tourismus und Ausbildungsprojektes Eisenerz und der Projekte, die ich genannt habe, unsere Schwerpunkte zu liegen haben.

Es hat am 18. Juni 1993 Gespräche zwischen der steirischen Landesregierung und der Bundesregierung gegeben. Ich habe das Ergebnisprotokoll dieser Gespräche vor mir. Im Punkt 7 dieses Protokolls und der Steiermark-Vereinbarung, Ergebnisprotokoll, heißt es „Ausbau der Eisenerzer Ramsau. Angesichts der regionalpolitischen Dringlichkeit der Realisierung eines touristischen Leitprojektes kommen Bund und Land Steiermark überein, das Fremdenverkehrspilotprojekt „Ausbau der Eisenerzer Ramsau“ bestmöglich zu fördern. Die vorliegenden regionalwirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Machbarkeitsstudien haben die prinzipielle Realisierung und Förderungswürdigkeit des aus einem Hotel- und Liftteil bestehenden Projektes ergeben. Die Details des Förderungspaketes werden nach eingehender Prüfung der Projektunterlagen durch die zuständigen Bundes- beziehungsweise Landesstellen mit dem Förderungswerber vereinbart werden.“ Ich weiß, daß der Förderungswerber Probleme hat, auch mit der Finanzierung. Und ich weiß, daß es Probleme in der Frage der Grundablösen gibt und der Bereitschaft des Grundbesitzers, diese entsprechenden Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Aber, meine Damen und Herren, verstehen Sie unser verzweifeltes Bemühen, Eisenerz insgesamt zu helfen. Ich habe den Worten des Herrn Kollegen Jegg-

litsch entnommen, daß es sein Wille und, so nehme ich auch an, seiner Fraktion ist, in Eisenerz besondere Maßnahmen zu setzen. Reißen wir uns zusammen, setzen wir für Eisenerz diese besonderen Maßnahmen, denn wenn es uns nicht gelingt, die Stadtgemeinde, die dortigen Wirtschaftsbetriebe, auch alle privaten Wirtschaftsbetriebe, ich sage es noch einmal, in ihren Initiativen zu unterstützen, wird es sicherlich für die Region Eisenerz ein Problem der Zukunftsbewältigung der Bevölkerung und der Entwicklung geben und unter Umständen ein Absterben eines Teiles, der touristisch und industriell ein besonderer Markstein dieser Steiermark gewesen ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten hier – und haben aus diesem Grunde auch auf einen Beschlußantrag verzichtet – gemeinsam schnellstens überlegen, wie wir dort helfen können. Die Europäische Union allein wird dort nichts an Initiativen setzen können, was nicht Bund und Land unterstützen, fördern und bezahlen. Daher kann es nur ein besonderes Programm Eisenerz geben, dazu fordere ich Sie auf, und sage auch ganz trocken dazu, für mich war der Bericht der Landesregierung zu diesem Antrag ein sehr unbefriedigender. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 20.41 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Das Schlußwort zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Herr Landesrat Hirschmann.

Landesrat Dr. Hirschmann (20.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich darf kurz anschließen an das, was der Kollege Vollmann gesagt hat, abschließend einige Bemerkungen machen und bedanke mich sehr für die Worte des Freundes Franz Jeglitsch.

Lieber Heinz Vollmann, es verbindet uns die Sorge um diesen Wirtschaftsraum, da gibt es überhaupt keine Differenzen, querfeldein. Wenn ich dich richtig verstanden habe, hast du Kritik vorgebracht am Bericht, der hier offensichtlich von der Abteilung vorgelegt wurde. Ich kann das relativ einfach für mich klären, lieber Heinz. Ich bin da persönlich als Referent in der Landesregierung sehr dafür, daß man die Richtlinien dieses Fonds ändert. Da stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung in jede Richtung, die dem Tourismus hilft. Faktum ist, das weißt du, daß das einer jener Fonds ist, die sozialpartnerschaftlich besetzt sind. Der Herr Hofrat Hermann, der sich außerordentlich verdienstvoll um die Belange des Tourismus in der zuständigen Landesabteilung bemüht und schlägt, wird mir das bestätigen. Über das können wir gerne reden. Ich glaube nur, daß der Fonds eine bestimmte Zielsetzung hat, die ich persönlich alles in allem für gut befinde. Ich sage gleich dazu, beim Volumen des Fonds sind solche Projekte, wie dieses hier, natürlich auch relativ rasch beendet, denn ich habe, wenn ich da in die Runde schaue, aus mindestens 15 oder 16 Bezirken der Steiermark über Nacht, wenn ich will, 15, 16 solche Projekte, und damit hätten wir mit einer einzigen Landtagssitzung das Geld verjausnet und es wäre weg. Das heißt, das hilft uns nicht weiter. Ich habe das mit dem Kollegen Ressel einige Male angesprochen. Aber, wie gesagt, lieber Heinz, ich bin sehr dankbar,

wenn wir gemeinsam mit unseren Kollegen in der Wirtschaftskammer und mit den Kollegen in der Arbeiterkammer über eine weitere Änderung – wir haben sie ja unlängst schon ein bißchen adaptiert – dieser Richtlinien sprechen, die uns, zumindest für den gesamten Bereich der Tourismuswirtschaft, diesen Fonds etwas mehr öffnen. Nur, ich sage noch einmal dazu, bei solchen Projekten stehen wir auch mit dem Fonds relativ schnell an.

Das Zweite, was der Kollege Jeglitsch angesprochen hat und was du auch gesagt hast, dafür bin ich dankbar, und das möchte ich unterstreichen. Ich glaube, daß wir in allen Bezirken und in allen Regionen für den Tourismus echte Entwicklungschancen haben. Ich bin besonders dankbar, daß wir einige wirkliche, große Erfolgsprojekte, beginnend von der Thermenstraße bis hinauf zur Dachstein-Tauern-Region, in den letzten Jahren und Jahrzehnten haben – das ist nicht mein Verdienst, das ist auch nicht unser Verdienst, sondern das Verdienst der Leute, die vor 10, 20 oder 30 Jahren dieses eingeleitet, gefördert haben –, daß wir da wirklich ganz, ganz positive Beispiele haben, die uns in Zeiten, wo man eh immer da Probleme hat, dort Probleme hat, dort jammert, da jammert, auch stolz machen können, daß hier sehr, sehr viel für die Steiermark weitergegangen ist.

Und noch einmal, ich möchte das unterstreichen, ich glaube, daß wir in den nächsten Jahren, trotz aller sehr, sehr schwierigen und verschärften Wettbewerbsbedingungen im gesamten Tourismusbereich – und die werden in den nächsten zwei, drei Jahren ganz sicherlich eher noch zunehmen als abnehmen, echte Entwicklungschancen haben und auch in Gegenden, die für uns Steirer primär als Industrieregionen bekannt sind. Für einen, der aus Nordrhein-Westfalen kommt, ist die Region in Eisenerz oben sicherlich eine wunderschöne, prächtige Fremdenverkehrsregion. Eine Grundvoraussetzung ist natürlich, daß ich in der Region das Klima dafür fördere.

Es ist klar, daß ich natürlich nicht über Nacht den Jahrhunderte alten Charakter einer Industrieregion ummodellieren kann in eine Region eines blühenden Fremdenverkehrs, aber da muß man eben Schritt um Schritt setzen und auch mit kleinen Erfolgen den Weg nach vorne suchen.

Du hast dann einige andere Projekte angesprochen. Ich habe mit dem Landeshauptmannstellvertreter insbesondere mich bemüht, daß wir dieses Projekt „Eisenstraße“ gemeinsam forcieren können.

Ich möchte eines da, für mich jedenfalls, unmißverständlich noch einmal sagen – und das ist auch die Meinung des Kollegen Herbert Paieryl neben mir –, wenn irgendwo in dem Land ein Geld hingehet, und es ist Wurst, ob das von der Frau Landeshauptmann ist, vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter, vom Herbert Paieryl, von der Frau Rieder oder von mir, es ist nie ein Groschen von uns dabei, es ist das Geld der Steuerzahler und das Geld der Landesregierung. (Beifall bei der ÖVP.)

In diesem Zusammenhang noch einmal, ich kenne also mehrere Anläufe in dieser Region, am Leopoldsteinersee und wie gesagt in der gesamten Region, ich persönlich bin als Tourismusreferent dankbar für jeden einzelnen und jede einzelne, der kommt und

sagt, ich habe da ein Projekt, ich möchte etwas machen. Und genauso, lieber Heinz, war es in dem Fall.

Ich habe dann zum Kollegen Ressel gesagt, ich habe ein Fremdenverkehrsbudget und da bitte ich dann um gedeihliche Mithilfe bei der Budgeterstellung 1998/99, wo wir verfügbare Mittel, Heinz, und du weißt das wahrscheinlich, von ungefähr 8 Millionen Schilling haben – Fremdenverkehrsbudget. Also, wenn ich keine EU-Mittel hätte – dort habe ich 20, 30 Millionen –, könnten wir mit jeder Singerei da aufhören. Das ist so lächerlich und so absurd, damit können wir überhaupt nichts machen. Wie gesagt, die STG hat 35 Millionen –, für ihren Werbebereich. Aber auch das ist im Vergleich zu anderen Bundesländern wirklich herzlich wenig. Ich möchte jetzt gar nicht jammern und singen, sondern ich möchte nur darauf aufmerksam machen, um solche Dinge vermehrt in Zukunft angehen zu können. Ich sage das auch noch dazu – der Franz Jeglitsch hat es angesprochen und erfreulicherweise richtig angesprochen –, ich persönlich bin auch für Projekte, wo man mit Bauchweh nur ja sagen kann, in schwierigen Regionen, weil ich sage, bitte lieber probieren und schiefgegangen als gleich von vornherein gar nichts probieren.

Das ist so ein Projekt, wo keiner von uns sagen kann, ob das gut ausgeht, ob das schlecht ausgeht. Die Befürchtung ist eher, daß es auf Dauer eine Zuschussache wird, wie der gesamte Präbichl oben auch, der angesprochen wurde. Nur müssen wir sagen, das ist eben eine notwendige politische Ausgleichshandlung, die wir für so schwierige Situationen, zumindest befristet einmal auf eine Zeit hin, setzen müssen.

In dem Sinn, noch einmal, haben wir das dann mit dem Kollegen Ressel und dem Landeshauptmannstellvertreter ausgesprochen und gesagt, wir werden für dieses Projekt eine Sonderfinanzierung auf die Beine stellen, weil das einfach in keinem Budgetansatz – jedenfalls nicht im Fremdenverkehrsbudget – drinnen gewesen wäre. Wie gesagt, ich würde mich freuen, wenn ich solche Projekte in dieser Größenordnung auch finanzieren und unterstützen könnte.

Abschließend noch einmal die Bitte, lieber Heinz, wir können erstens gerne über die Richtlinien reden – bin ich jederzeit dafür –, und zweitens, wie gesagt schon im Vorgriff auf das Budget 1998/99, meine wirkliche Bitte, daß wir für den Fremdenverkehr schauen, daß wir ein bißchen das Budget aufstocken können. Und das beschließen ja die Damen und Herren Abgeordneten dieses Hauses. Ich darf hier im Interesse des Tourismus als Bittsteller auftreten.

Ich bedanke mich aber jedenfalls für die beiden Wortmeldungen und hoffe, daß dieses Projekt einigermaßen den Erfolg auch haben wird, den wir uns wünschen. (Beifall bei der ÖVP. – 20.50 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Landesrat für seine optimistischen Darstellungen. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe. Das ist die einstimmige Annahme.

20. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 413/1, betreffend den vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration für das letzte Vierteljahr 1996.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (20.50 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In diesem Bericht über das letzte Vierteljahr 1996 gibt es wie üblich drei große Kapitel. Im ersten wird der Stand der Rechtsanpassung in der Steiermark im Hinblick auf das EWR-Abkommen und die EU-Mitgliedschaft Österreichs Anfang Jänner 1997 mitgeteilt; im zweiten Kapitel über wichtige Maßnahmen und Ereignisse auf europäischer Ebene seit Oktober 1996 berichtet, im dritten Kapitel über Maßnahmen Österreichs beziehungsweise der Steiermark im Hinblick auf die Europäische Union.

Die Steiermark ist bei der Umsetzung von verschiedenen EWR-, EG-Richtlinien in Verzug. Dies trifft insbesondere auf zwei Vergaberichtlinien, die beiden Naturschutzrichtlinien und rund 20 Arbeitnehmerschutzrichtlinien zu. Die von der EU-Kommission dem Beitrittsland Österreich anfänglich gewährte Schonfrist ist bereits abgelaufen. Das Land Steiermark hat für allfällige Schäden, welche Privatpersonen durch die Nichtumsetzung von Richtlinien erleiden, einzustehen. Hierbei ist allerdings anzumerken, daß mittlerweile die Kommunalrichtlinie mit dem Wahlrechtsänderungsgesetz mit Beschluß des Landtages vom 11. März 1997 umgesetzt wurde.

Im zweiten Teil wird über Maßnahmen auf europäischer Ebene berichtet, vor allem darüber, daß die Niederlande die Präsidentschaft in der EU mit 1. Jänner 1997 übernommen haben, wobei für die Niederlande die Regierungskonferenz, die Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die geplante Erweiterung der EU Priorität haben.

Hervorgehoben wird weiters der Bericht der Kommission über die Ereignisse des Arbeitsprogramms des Jahres 1996 sowie das vorgelegte Arbeitsprogramm für das Jahr 1997. Dieses Arbeitsprogramm 1997 prägen vier Prioritäten, nämlich die Beschäftigung, das Wachstum und die einheitliche Währung, die Förderung des europäischen Gesellschaftsmodells und die internationale Präsenz der Union mit der Vorbereitung der Zukunft der Union.

Im dritten Teil gibt es wirtschaftliche Zahlen, basierend auf einer Studie der österreichischen Industriellenvereinigung, einerseits über Nettozahlungen, andererseits über positive Effekte in der Wirtschaft.

Der Bericht schließt mit einer statistischen Darlegung der Agrarförderung in der Steiermark aus EU-, Bundes- und Landesmitteln mit einem vorläufigen Ergebnis für das Jahr 1996.

Ich bitte, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (20.53 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichtersteller. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Grabner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (20.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte dem letzten Vierteljahresbericht aus dem vergangenen Jahr einige Ergänzungen beifügen und möchte dort anschließen, wo im Bericht darüber Mitteilung gemacht wurde, wie man die Ergebnisse der Mitgliedschaft Österreichs bei der EU beurteilt und bewertet. Ich möchte das auf unsere steirische Situation einschränken und folgendes dazu meinen. Nicht nur die Ergebnisse der Tätigkeit der EU in Korrelation mit dem Bundeskanzleramt und den zuständigen Dienststellen in der Steiermark, sondern auch die Art und Weise, wie die EU in die Regionen hinaustransportiert wird, dort wirkt und für dort spürbar ist, ist es wohl, was für uns von Bedeutung ist. Und da haben wir verschiedene Zugänge: Erstens einmal die Frage, wie können denn diejenigen, die in den Regionen mit der EU hantieren wollen, Zugang finden? Ist das befriedigend, ja oder nein? Wenn man es sich anhört, wie schwierig der Zugang ist, wie unübersichtlich die Förderungsmodalitäten sind, dann muß man eher zur Meinung neigen, hier gibt es Handlungsbedarf. Das trifft allerdings nicht nur für den steirischen Raum zu und nicht nur für den österreichischen. Allgemein wird von der zuständigen GD XVI in Brüssel darüber geklagt, daß es eine Unmenge von schier unübersichtlichen Förderungsmodalitäten gibt, die zu einer Verwirrung führen, die also die Bürokratie in Brüssel in keinem guten Licht erscheinen läßt und deshalb auch die klare Absicht besteht, bei den neuen Förderungsrichtlinien für die neuen Strukturfondsabwicklungen nach 1999 hier anzusetzen und zu verändern. Wenn man hört, daß in der zuständigen GD XVI allein für die Steiermark 62 verschiedene Förderungsstöpfe aufgelistet wurden, dann kann man sich vorstellen, was das bedeutet. Dann weiß man auch, warum man dort der Meinung ist, daß es für die Zukunft wohl gescheiter sein wird, ein integriertes regionales Förderprogramm je Bundesland und damit sich zu begnügen, aufzustellen, daß man die Absicht hat, die Fülle von Gemeinschaftsinitiativen, durch die sich heute kein Mensch mehr außer einigen wenigen Experten durcharbeiten kann, auf drei bis vier zu reduzieren. Und wenn man dann noch hört, daß man gerade in Absicht hat, die Strukturförderungsverordnung so zu verändern, daß wir wissen, ab 1999 haben wir dann ohnedies mit völlig neuen Instrumentarien zu hantieren. Dann wissen wir auch, daß wir einen zweiten Handlungsbedarf orten, also nicht nur das derzeitige Handling ist mit Sicherheit noch verbesserungswürdig, wozu rein die Frage der Kompetenzen auf Landesebene, die Unklarheit der Kompetenzen auf Landesebene das Seine dazu beiträgt. Wir haben auch noch die absolute Notwendigkeit, uns jetzt, und zwar ab sofort, darüber zu unterhalten, wie wir aus der Sicht der Steirer die zukünftigen Förderungsrichtlinien angelegt haben wollen. So gering unsere Möglichkeiten auch sind, wir haben jetzt die Gelegenheit und die Chance, unsere besonderen Probleme hier einzubringen.

Warum jetzt? In diesen Wochen – etwa Mitte April – so sagte es jedenfalls die zuständige Kommissarin Wulf-Mathies bei der regionalpolitischen Ausschusssitzung in Brüssel am 20. März – wird sie ihr dies-

bezügliches Papier erstmals vorlegen, auflegen und damit sozusagen die Diskussionsphase eröffnen. Am 15. Juni, anlässlich der großen Kommissionssitzung in Amsterdam, wird dann die entsprechende Verordnung im Entwurf offiziell aufgelegt werden. Am 2. Juli dieses Jahres wird die sogenannte Agenda 2000, in der unter anderem auch diese Strukturförderungsmodalitäten für die Zeit nach 1999 beinhaltet sein werden, der Kommission offiziell vorgelegt werden, und am 3. Dezember dieses Jahres soll im Europarat in Luxemburg diese Agenda 2000 bereits abgesehen werden. Dieses Procedere legt uns vor Augen, daß wir jetzt hier und heute in diesen Wochen noch die Gelegenheit haben, uns einzubringen. Ich denke, daß wir zumindest in einigen Bereichen die Notwendigkeit hätten, darauf aufmerksam zu machen, was wir in Zukunft von den Förderungsmodalitäten erwarten. Wir brauchen nur zu überlegen, wo es momentan zwicket. Ich denke jetzt zum Beispiel an die oststeirischen Freunde, die zu Recht Klage führen, daß sie knapp herüber der burgenländischen Grenze ohne jegliche Förderungsmöglichkeiten oder mit sehr geringen Förderungsmöglichkeiten gegenüber denen, die gerade über der burgenländischen Grenze sind und dort natürlich, Ziel-1-Gebiet, die besten Förderungsmöglichkeiten haben, daß es hier durchaus die Absicht gibt, und so höre ich das aus Brüssel von den Leuten, die derzeit bereits dort an den ersten Papieren arbeiten, Korridorlösungen, stufenweise Lösungen zu suchen, und das ist etwas, was wir sehr dringend brauchen können.

Der nächste Punkt ist die Frage, regionale Förderung wie bisher oder sektorübergreifende integrierte Förderungsmöglichkeiten, was ich auch für zweckmäßig erachte. Daß man nicht sagt, hier darf nur Landwirtschaft, dort Industrie, dort nur Kohle, dort nur Stahl gefördert werden, sondern vernetzte übergreifende Projekte können auch dort gefördert werden, wo sie nicht unbedingt in einem Zielgebiet sind, die es ja dann übrigens, wie wir wissen, in dieser Form nicht mehr geben wird. Die Fragen Ziel 2, 5 b und so weiter werden überlagert werden von Zielen, die sich dann nennen werden A, B, C. So ist es jedenfalls derzeit einmal in Diskussion. Wir werden diesbezüglich auch noch Sorge dafür zu tragen haben, daß unsere Interessen in dieser Richtung jedenfalls Berücksichtigung finden.

Ich würde also meinen, daß wir höchste Eisenbahn haben, daß wir diese unsere Sorgen über die ÖROK, über das Bundeskanzleramt dort plazieren, wo sie hingehören, nämlich in die GD XVI, so daß dort die Möglichkeit besteht, das noch einzubringen. Ich denke, daß wir uns seitens der zuständigen Abteilungen des Landes – und ich hoffe, daß es hier zu vernünftigen Kooperationen kommt –, möglichst rasch dazu finden, daß eine steirische Positionierung Platz greift, die dann dort landet, wo wir sie brauchen. Wir sollten das jetzt machen. Wir sollten das deshalb jetzt machen, weil wir, zum Unterschied der ersten Phase der Planungsarbeit, wo wir noch von außen zuarbeiten mußten, jetzt drinnen sind, und möglicherweise auch schon an den Modalitäten mitjustieren können. Ich denke, daß hier also auch in der vorbereitenden Phase auf Regierungsebene in der Kompetenzverteilung in den verschiedenen Abteilungen, ob das jetzt die Europaabteilung ist,

ob es die mit dem Handling im operationellen Bereich beauftragten Abteilungen sind, dringender Koordinierungsbedarf besteht, daß wir hier nicht ins Hintertreffen kommen.

Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.02 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Jeglitsch das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (21.02 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich heute die wirtschaftlichen Zahlen im Kapitel III ergänze, dann möchte ich gleich vorausschicken, daß ich die EU nicht nur aus der wirtschaftlichen Perspektive sehe. Ich bin auch für jede andere Diskussion zu haben. Aber heute erlauben Sie mir, das Bild mit ein paar wirtschaftlichen Zahlen zu ergänzen.

Ich knüpfe an, daß die Zeitungen voll sind, daß man sich nur 200 Schilling pro Kopf erspart hat statt 1000 Schilling. Ich knüpfe an, daß ununterbrochen die Meinung kolportiert wird, Österreich hätte etwas versäumt, wir hätten irgendwo Geld liegengelassen und so weiter.

Die Zahlen, die ich nennen darf und die aus einer umfangreichen Erhebung der Industriellenvereinigung statistisch aufbereitet worden sind, sind folgende:

Für 1995 betragen die tatsächlichen Beitragsleistungen 23,3 Milliarden Schilling, wovon rund 14 auf das Bundesbudget und zirka 9 Milliarden auf die Länder und Gemeinden entfielen. Budgetwirksam wurden jedoch nur 18,4 Milliarden, da auf Grund unterschiedlicher Fälligkeiten mit 31. Dezember 1995 der Differenzbetrag von 4,9 Milliarden Schilling von der EU noch nicht abgerufen wurde, deswegen nicht, weil die EU aus dem Haushalt 1994 ein entsprechendes Guthaben in 1995 übertragen konnte. Die Rückflüsse nach Österreich 1995 betragen 10 Milliarden, so daß es einen Nettoabgang von 8,4 Milliarden im Jahr 1995 gab.

Die Nettzahlung im Jahr 1996 – auch hier könnte ich die Zahlen wieder im Detail aufschlüsseln – betrug 9 Milliarden Schilling.

Man darf diese beiden Budgetjahre wohl nicht als Normaljahre ansehen. Wenn man die Zahlen weiter verfolgt, dann sind für 1997/98/99 Beitragszahlungen an die EU von etwa 31 Milliarden Schilling vorgesehen, bei Rückflüssen von etwa 17 Milliarden. Das heißt, es ist in den nächsten Jahren mit einem Nettobetrag von 14 bis 16 Milliarden Schilling zu rechnen. Das ist ein respektabler Betrag.

Man muß sich nun fragen, und solche Stimmungen kommen ja in der Bevölkerung auf, hat sich der Beitritt wirtschaftlich gelohnt?

Wird die Wirtschaft dazu befragt oder Zahlen erhoben, dann sieht das Bild folgendermaßen aus:

Für die Industrie war der weitaus positivste Effekt der Wegfall der Grenzkontrollen im Warenverkehr mit den EU-Nachbarn Deutschland und Italien. Das sind die Wartezeiten und die Grenzformalitäten. Allein aus diesen Posten schätzt die heimische Wirtschafts eine Einsparung von 8 bis 16 Milliarden jährlich. Weggefal-

len ist auch, und bitte sehen Sie das in seiner heutigen Bedeutung, die Notwendigkeit, unmittelbar hinter der Grenze, also meist in Deutschland, Auslieferungslager zu halten. Firmen mußten ja, wenn sie „just in time“ liefern wollten, auch unmittelbar hinter der Grenze ein Lager halten, damit sie diesen Auftrag erfüllen konnten. Äußerst positiv wirkte sich auch der Wegfall der komplizierten Ursprungsregeln im innergemeinschaftlichen Warenverkehr aus, der zum Teil in der Elektro- und Elektronikindustrie, aber auch in der Maschinenbauindustrie zu Belebungen führte.

Ein anderes Beispiel ist der Verlauf der Direktinvestitionen. Die Bruttoneuinvestitionen sind durch den EU-Beitritt erheblich angestiegen, von etwa 13 Milliarden im Jahr 1993 auf 18 Milliarden nur im ersten Halbjahr 1996. Die Herkunftsländer für diese ausländischen Bruttodirektinvestitionen in Österreich waren in erster Linie – 90 Prozent nämlich – die EU-Länder. Die Schweiz hat im Jahr 1995 rund 40 Unternehmungen allein in Vorarlberg angesiedelt, weil die Schweiz nicht der EU angehört.

Die Betriebe sehen durch den Beitritt zur EU sehr viele Standortvorteile, was sich daran zeigen läßt, daß die Direktinvestitionen der heimischen Industrie in den nächsten zwei Jahren auf ungefähr 45 bis 60 Milliarden Schilling geschätzt werden und damit seit 1995 das erste Mal stark steigend sind. Die größten Investitionsentscheidungen im Industriebereich sind von Opel-Austria mit 7,5 Milliarden, Leykam mit 6,5 Milliarden, BMW-Austria mit 3,9 Milliarden, Siemens Villach mit 3,5 Milliarden und so weiter.

Nicht positiv entwickelt haben sich die österreichischen Neuinvestitionen im Ausland. Die sind von 23 Milliarden Schilling im Jahr 1992/93 auf etwa 17 Milliarden zurückgegangen.

Ein nächster Punkt, die Ostförderungsprogramme. Hier hat Österreich sicher einen Nachholbedarf, denn es gibt sehr große Ostförderungsprogramme. Eine Teilnahme Österreichs bis Ende 1995 erfolgte erst in 70 Projekten mit einem Gesamtwert von 150 Millionen Schilling, und das ist sicherlich viel zu wenig.

Ein nächster Punkt ist die Forschungsförderung. Schon 1995 gab es in dem 4. EU-Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung rund 1400 österreichische Projekte. Im Jahr 1996 entfallen von insgesamt 4700 geförderten Projekten auf Österreich 529 mit österreichischer Beteiligung beziehungsweise 657 mit rein österreichischen Partnern.

Aus diesen Forschungsprojekten ist allein im Jahr 1996 den österreichischen Antragstellern ein Betrag von 1,43 Milliarden Schilling zugeflossen. Das Wissenschaftsministerium weist diese Zahl sehr stolz aus. Ich möchte sie etwas relativieren. Nachdem nur etwa jedes fünfte Projekt genehmigt wird und für jede Projektantragstellung ungefähr 200.000 Schilling aufzuwenden sind, ist ein erklecklicher Betrag von den 1,4 Milliarden in Abzug zu bringen. Dann schaut die Zahl nicht mehr ganz so schön aus.

Wo waren die Hauptinitiativen der Österreicher? Die meisten Projekte lagen auf dem Gebiete der Informationstechnologien. An zweiter Stelle kamen Projekte auf dem Gebiete der Energie, an dritter Stelle

Werkstofftechnologien und industrielle Technologien, an vierter Telematik und an fünfter Stelle war Biomedizin und Gesundheitswesen.

Wenn Sie die Bildungsprogramme ansehen, etwa das Erasmus-Programm, dann hat das Erasmus-Programm im Jahr 1992 in Österreich erst 800 Studenten gehabt, heute sind es rund 2000.

Und so könnte man weitere Beispiele anführen, wobei es durchaus so ist, daß sich nicht jedes Gebiet positiv entwickelt hat, aber unter dem Strich kommt eine respektable positive Bilanz heraus.

Erlauben Sie noch einen kurzen Vergleich mit der Schweiz. Österreich und die Schweiz haben ja ab dem neunziger Jahr völlig unterschiedliche Integrationswege in Richtung der Europäischen Union vollzogen. Die Schweiz, die im Mai 1992 den EU-Beitrittsantrag stellte, aber im Dezember 1992 auf Grund eines negativen Referendums den Beitritt nicht vollziehen konnte, vollzog auch nicht den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum – EWR.

Damit ist die Schweiz – wobei es ja interessant ist, daß trotz des Referendums der Schweiz der Beitrittsantrag nicht zurückgezogen wurde, er ruht nur, den Antrag gibt es also noch immer, er wurde formal nie zurückgezogen – somit das einzige Land der EFTA, das über das Freihandelsabkommen hinaus keine weiteren Beziehungen zur EU hat. Norwegen, das ja auch den EU-Beitritt abgelehnt hat, Island und Liechtenstein, die nehmen zumindest am EWR teil.

Wie hat sich nun in den letzten sechs Jahren die Situation in der Schweiz entwickelt? Die Schweiz hatte ein ausgesprochen schwaches Wirtschaftswachstum in den Jahren 1992 und 1993, es lag etwa um die Nulllinie. Der Personalstand der Schweizer Unternehmen sank in den Jahren 1991 bis 1994 um 90.000 Beschäftigte, und die Zahl der im Ausland beschäftigten Arbeitnehmer, von Schweizern und Unternehmern, stieg dabei um 143.000.

Ohne in Euphorie auszubrechen, aber wenn immer wieder über die wirtschaftliche Situation gesprochen wird, was brachte die EU, dann ist es falsch, wie gebannt auf die 200 Schilling zu starren und die 1000 einzumahlen, weil sie versprochen worden sind, das ist nicht das Primäre. Es war ungeschickt, daß man das gesagt hat. Wenn man die Zahlen der Wirtschaft analysiert, dann sieht man, daß sich der Beitritt unter dem Strich auch bei vielen Einschränkungen wirtschaftlich rechnet. Das zur Ergänzung dieses letzten vierteljährlichen Berichtes. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 21.12 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

Abg. Korp (21.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich weiß, ab einem gewissen Zeitpunkt redet man für das Protokoll, heißt es. Mir ist das voll und ganz bewußt, wir befinden uns ja auch in einem sehr familiären Kreis inzwischen. Trotzdem nur fünf Sätze zur Anmerkung zu diesem Tagesordnungspunkt. Nachdem uns auch das zuständige Regierungsmitglied abhanden gekommen ist, habe ich inzwischen auch einen Ansprechpartner verloren. Trotzdem darf ich folgendes dazu äußern:

Die Region Aichfeld mit dem Regionalmanagement Obersteiermark-West hätte noch die Möglichkeit, Kollege Bacher, bis 1999 175 Millionen Schilling kofinanziert aus EU-Förderungsmitteln zu lukrieren. Dazu – und ich glaube, da sind wir uns schon einig – bedarf es aber noch besserer Effizienz in der Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesdienststellen. Wünschenswert wäre aus unserer Sicht zum Beispiel eine Änderung des Auszahlungsmodus der Landesförderung. Ein Vorschlag dazu wäre, dies in mehreren Raten zu tun. Wie Sie alle wissen, ist das Regionalmanagement Obersteiermark West als letztes im Oktober des Vorjahres gegründet worden. Das heißt, wir müssen die verbleibende Zeit noch effizienter nützen, um zu diesen Geldern zu kommen. Wir würden uns wünschen, daß in mehreren Etappen dieses Geld fließen kann, und nicht erst am Jahresende nach Prüfung aller Rechnungen. Zum Beispiel die erste Rate nach Vorlage des Jahresarbeitsprogramms und eine weitere Rate nach Vorlage des Jahresberichtes mit geprüftem Rechnungsabschluß. Wünschenswert wäre aus unseren Erfahrungswerten heraus auch eine raschere Umsetzung der EDPPs im Efre-Bereich. Wir würden uns auch wünschen eine klare Festlegung der Ansprechstellen des Landes, wo wir nach wie vor Probleme haben. Wir würden uns auch eine noch bessere Kommunikation wünschen und vor allen Dingen bessere Infos, vor allem hinsichtlich der auszuschöpfenden Mittel bei den jeweiligen Unterprogrammen.

Ich möchte einmal mehr eine Lanze für die gutfunktionierenden regionalen Managements in den Regionen brechen, denn wir durften auch in unserer erst sechsmonatigen Karriere als EU-Regionalmanagement Obersteiermark-West bemerken, daß es hier unter bestimmten Voraussetzungen eine hervorragende Zusammenarbeit geben kann. Lieber Hans Bacher, ich darf dir von dieser Stelle übrigens sehr, sehr herzlich danken für die wirklich angenehme Zusammenarbeit in der Region, sie funktioniert bestens. Und wenn das der Fall ist, bringt man auch etwas weiter. So sehen wir das, und wir würden uns wünschen, daß diese Kontakte zum Land besser funktionieren. In diesem Sinne bin ich schon fertig und danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 21.16 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (21.16 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte bei diesem Tagesordnungspunkt auf das aufmerksam machen, was gestern am Vormittag vor dem Landhaus passiert ist. (Abg. Schinnerl: „Ist in der Zeitung gestanden!“) Da hat sich nämlich ein überparteiliches Komitee gegen Erwerbslosigkeit, Sozialabbau und Ausgrenzung präsentiert, dem diverse politische Parteien ebenso angehören wie die Katholische Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenjugend und auch Teile der Jugendlichen im Gewerkschaftsbund. Dieses Komitee hat sich zum Ziel gesetzt, im Juni gemeinsam Richtung Amsterdam zu marschieren, weil dort am 16./17. die Maastricht-Nachfolgekonferenz stattfindet, deren Thema ausschließlich Sicherheits-

politik ist beziehungsweise ein Umbau der EU-Institutionen. Dieses Komitee hat vor, diesen Sicherheitsbegriff auszudehnen, nämlich in Richtung soziale Sicherheit, in Richtung Sicherheit von Erwerb beziehungsweise Sicherheit vor ungeschützter Beschäftigung und Ausgrenzung. Dieses Komitee hat sich gestern präsentiert. Ich hoffe, daß sehr viele Leute bereit sein werden, das ideell zu unterstützen, und daß auch Leute bereit sein werden, zusammen mit vielen anderen aus Europa Richtung Maastricht zu marschieren, um dort, wie gesagt, Mitte Juni, politische Forderungen zu präsentieren, wie sie immer wieder von verschiedenen Fraktionen in diesem Haus kommen.

Ich möchte jetzt noch einmal darauf eingehen, was die Ziele dieses sogenannten Euromarsch-Komitees sind. Ganz klar ist – und das ist eine Positionierung, die wirklich nicht neu ist, wenn auch bestimmte Fraktionen probieren, das immer wieder zu relativieren –, daß Maastricht eine Sackgasse ist, die etwa das Vollbeschäftigungskriterium in ihrem Katalog immer noch nicht aufgenommen hat, daß auch Formen einer Verteilung des Reichtums, etwa im Sinne der Tobin-Tax, wie es in der „Globalisierungsfalle“ angeschnitten wird, das, glaube ich, die meisten Leute hier im Haus gelesen haben oder zumindest darüber gehört haben, daß eine Verteilung des Reichtums im Sinne dieser Besteuerung von Finanzspekulationen immer noch nicht passiert und daß die Schaffung neuer Arbeitsplätze auch in den Bereichen zu passieren hat, die nach klassischen Kriterien nicht marktfähig sind, wie es auch vorher mein Vorredner angesprochen hat, also im Bereich Sozialaktivitäten, Gesundheitsaktivitäten, Bildung und Umweltschutz. Ein weiterer Aspekt, der gestern von diesem Komitee, das die Märsche gegen Erwerbslosigkeit, Sozialabbau und Ausgrenzung in der Steiermark organisiert, eingebracht wurde, ist, daß es in der Steiermark im Februar 1997 50.000 Erwerbslose gegeben hat. Und wenn man sich die Vergleichszahlen 1990 anschaut, dann sieht man, daß damals 27.000 Menschen arbeitslos waren und daher innerhalb von knapp sieben Jahren die Erwerbslosigkeit ganz stark angestiegen ist. Wir wünschen uns also, daß dieses Komitee ideell und, wenn jemand dazu bereit ist, finanziell stark unterstützt wird: Ein sehr breit getragenes Bündnis, wie ich es vorher angesprochen habe, und daß dieser Euro-Marsch, der die Maastrichter Nachfolgekonferenz in Amsterdam darauf aufmerksam machen möchte, daß Sicherheitspolitik nicht nur in die Richtung geht, daß man Interpol besser koordiniert, daß man im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung aktiv wird, daß man die demokratiepolitisch sehr, sehr bedenklichen Versuche, nicht erwünschte Ausländer und Ausländerinnen aus der EU rauszuhalten, wie es etwa mit Schengen passiert, daß man Sicherheitspolitik nicht nur so definiert – aus grüner Sicht ist das letztere sehr stark abzulehnen –, sondern daß diese Sternmärsche aus ganz Europa zu einem Gegengipfel in Amsterdam führen, einem Gegengipfel, wo genau diese Themen thematisiert werden, nämlich Arbeitsplatzsicherheit, andere Formen einer Grundsicherung – bis jetzt ist so etwas nicht gegeben –, auch eine Art von Besteuerung von Finanzspekulationen und eine Besteuerung in dem Sinne, wie es die immer wieder zitierte Wertschöpfungsabgabe ist. Danke. (Abg. Dr. Karisch: „Marschieren die alle zu Fuß?“)

Frau Kollegin Karisch, einen Teil des Weges werden die Leute zu Fuß gehen, einen Teil werden sie mit der Bahn fahren, und Sie sind herzlich aufgefordert, da Solidarität zu beweisen. (21.21 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Also auf nach Amsterdam. Das war die letzte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe. Das ist die einstimmige Annahme.

22. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regie-rungsvorlage, Einl.-Zahl 415/1, betreffend die Ver-äußerung der landeseigenen Liegenschaft EZ. 150, KG. Hainfeld, im unverbürgten Flächenausmaß von 72.419 Quadratmeter an die Gemeinde Großwilfers-dorf um einen Gesamtkaufpreis von 6,517.710 Schil-ling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (21.21 Uhr): Meine Damen und Her-ren!

Gemäß Beschluß der Steiermärkischen Landes-regierung hat das Land Steiermark verschiedene Grundstücke im Gesamtflächenausmaß von 72.419 Quadratmeter um einen Quadratmeterpreis von 75 Schilling käuflich erworben. Der seinerzeitige Gesamtpreis betrug somit 5,431.425 Schilling zuzüg-lich Grunderwerbsnebenkosten. Diese Liegenschaft ist für Betriebsansiedelungen vorgesehen.

Eine Veräußerung von Grundstücksteilen an meh-rere Bewerber wurde vorerst nicht vorgenommen, da abzuklären war, ob diese Liegenschaft schwerpunkt-mäßig oder allgemein besiedelt werden sollte. Dazu hat die Innofinanz Steiermärkische Forschungs- und Entwicklungs-GesmbH im November 1996 gutachter-lich mitgeteilt, das gegenständliche Areal „Betrieben zur Verfügung zu stellen, die einer J2-Widmung be-dürfen beziehungsweise diesen infrastrukturell hoch-wertigen Standort als wesentlichen Wettbewerbs-faktor benötigen“.

Die Gemeinde Großwilfersdorf möchte nunmehr raschest, nachdem sie die Infrastruktur bereits teil-weise hergestellt hat, einer Verwertung nähertreten, und hat vorgeschlagen, dem Land Steiermark das gegenständliche Areal zu einem Quadratmeterpreis von 90 Schilling, insgesamt somit 6,517.710 Schil-ling, abzukaufen, wobei sie jeweils bei Veräußerun-gen diese 90 Schilling/Quadratmeter dem Land Steier-mark zur Überweisung bringt. Ein allfälliger Rest-betrag wäre bis spätestens 31. Dezember 2002 zu bezahlen.

Zusätzlich übernimmt die Gemeinde einen Betrag von 500.000 Schilling als Zuschuß für die Kosten der Absiedelung der Firma Lang & Menhofer.

Seitens des wirtschaftspolitischen Referates der Landesbaudirektion kann dieser Vorschlag, im Hin-blick darauf, daß mit dieser zeitlich befristeten Zah-lungslösung ein besonderer Druck auf die Standort-gemeinde zur Verwertung dieser Liegenschaften aus-geübt wird, und daß bei der Verwertung eine größere

Flexibilität erreicht werden kann, nur goutiert werden und wird daher eine entsprechend positive Äußerung abgegeben.

Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der dargelegte Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen und zweitens: Die Grundstücke Nr. 1720, 1721/1, 1721/2, 1722, KG. Hainfeld, werden der Gemeinde Großwilfersdorf um einen Gesamt-verkaufspreis von 6,517.710 Schilling veräußert. Die Bezahlung erfolgt jeweils bei Veräußerung von Liegenschaftsanteilen in Höhe von 90 Schilling/Qua-dratmeter. Ein allfällig verbleibender Restbetrag ist jedoch bis spätestens 31. Dezember 2002 zu bezahlen. (21.25 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Huber, dem ich es erteile.

Abg. Huber (21.25 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist eigentlich schade, daß man sich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort melden muß. Als Steiri-scher Landtag haben wir natürlich Verantwortung allen Gemeinden in der Steiermark gegenüber. Es ist vollkommen klar, daß man Gemeinden bei Betriebs-ansiedlungen unterstützen soll. Es ist nur die Frage, ob durch eine verdeckte Förderung innerhalb der Gemeinden ein Konkurrenzkampf irgendwo noch unterstützt wird.

Dieses Stück wurde im letzten Ausschuß zurück-gestellt, weil den Mitgliedern des Ausschusses, aus-genommen der ÖVP-Fraktion, nicht einmal bekannt war, daß es ein Gutachten darüber gibt.

Nun liegt uns ein Gutachten vor, das meiner Mei-nung nach sicher hinterfragenswert ist. Für mich wird durch diese verdeckte Förderung ein unlauterer Wettbewerb innerhalb der Gemeinden von uns geför-dert.

Herr Landesrat Paierl, ich war immer der Meinung, daß Sie nicht nur Bürokrat, sondern auch Praktiker sind. Gerade von Ihnen, wo Sie auch die Probleme der Gemeinden gerade bei Betriebsansiedlungen kennen, hätte ich mir erwartet, daß Sie ausgleichend wirken und nicht noch Öl ins Feuer gießen.

Wir haben heute bereits gehört, es ist Steuergeld, das wir irgendwo zum Verteilen haben oder, wie auch immer, zur Verteilung bringen.

Zum Gutachten jetzt einige Punkte:

Unter Punkt 2.4.4 Verkehrsverhältnisse: Die äußere Verkehrslage der Grundstücke ist sehr günstig. Die Grundstücke sind durch die Autobahn und durch die Bundesstraßen von Gleisdorf nach Fürstenfeld sowie von Ilz nach Riegersburg, Feldbach und Fehring ideal erschlossen. Es handelt sich demnach um einen über-durchschnittlich günstigen Standort. Eine Zufahrt zu dem oben angeführten Grundkomplex ist derzeit nur über die von der Bundesstraße abzweigende Gemeindestraße möglich.

Unter Punkt 3.1.1 Vergleichsverfahren: Auf Grund der Grundbuchehebungen in der Urkunden-

sammlung des Bezirksgerichtes Fürstenfeld konnte festgestellt werden, daß Wohnbaugrundstücke in dieser Gegend beziehungsweise in vergleichbaren Gebieten mit durchschnittlich - ich betone durchschnittlich - 250 Schilling/Quadratmeter gehandelt wurden. Der Preis für vergleichbare Industrie- und Gewerbegrundstücke betrug rund 80 Prozent des Baulandwertes für Wohngrundstücke, das sind rund 200 Schilling. Nachdem es sich im vorliegenden Fall um Auffüllungsflächen unterschiedlicher Bodenstruktur und Bodenverdichtung handelt, muß auf jeden Fall mit erhöhten Gründungs- und Fundamentierungskosten gerechnet werden. Im Falle der Errichtung eines Produktionsbetriebes mit Bürogebäuden und massiven Funktionshallen und unter Berücksichtigung einer Bebauungsdichte von 0,8 - meine sehr geehrten Damen und Herren, Bebauungsdichte ist vorgegeben 0,2 bis 0,8, hier wird 0,8 mit massiver Bebauung angenommen - werden 50 Schilling/Quadratmeter eingeschätzt. Diese 50 Schilling werden von den 200 Schilling abgezogen, das ergibt einen Verkehrswert von 150 Schilling. Von diesen 150 Schilling werden für die Zufahrtsstraße 2,850.000 Schilling eingerechnet, für die Kanalisation 2,910.000 Schilling, für die Stromversorgung 1,000.000 Schilling, für die Wasserversorgung 740.000 Schilling, für die Telefonzuleitung 100.000 Schilling. Das ergibt 7,600.000 Schilling Aufschließungskosten, die vom Verkaufswert abgezogen werden.

Ein einfacher Rechengang:

Kaufpreis 75 Schilling, Erschließungskosten 70 Schilling, Grunderwerbssteuer 2,63 Schilling, Grundbucheintragungsgebühr 0,75, Vertragserrichtungskosten 0,75 je Quadratmeter, ergibt 149,13 Schilling je Quadratmeter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen sicher zum Verkauf dieses Grundstückes, obwohl diese Vorgangsweise beziehungsweise das Fördern der Konkurrenz bei Betriebsansiedlungen innerhalb einer Kleinregion sicherlich nicht förderlich ist. (Beifall bei der SPÖ. - 21.32 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Das Schlußwort hat Herr Landesrat Paieryl, nachdem Abgeordneter Majcen auf seine Wortmeldung verzichtet hat.

Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl (21.31 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es hat, glaube ich, einerseits durchaus Sinn, wenn wir diese Verfahren etwas abkürzen, auf der anderen Seite möchte ich ausdrücklich betonen, daß ich für lokale, regionale Anliegen und auch Bedenken und Sorgen, wie sie etwa der Herr Bürgermeister aus Sinabelkirchen vorgetragen hat, durchaus Verständnis habe. Er ist in einer gewissen Standortkonkurrenz. Der Abgeordnete hat das ja auch schon im Ausschuß sehr ausführlich dargelegt. Faktum ist, daß es in beiden Fällen, sowohl beim Ankauf vor 14 Monaten von der Bundesrepublik Österreich zu 75 Schilling ein Sachverständigenverkehrswertgutachten gegeben hat, auf das niemand, weder der Verkäufer noch der Käufer, Einfluß genommen hat und Einfluß zu nehmen hat. 75 Schilling unaufgeschlossen, als auch das, was jetzt diesem Verkauf und dem Verkaufspreis zugrunde lag mit den 90 Schilling - ich betone für alle jene, die

im Ausschuß nicht dabei waren, nach 14 Monaten, ohne daß das Land irgendwelche Aufwendungen gehabt hätte, außer der administrativen Verwaltung in 14 Monaten. (Abg. Huber: „Umwidmung in I 2!“ - Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Darf ich die Damen und Herren bitten, sich etwas ruhiger zu unterhalten, damit der Herr Landesrat Gehör findet!“)

Das ist keine Landesangelegenheit. Die Umwidmung in I 2 hat durch die Gemeinde stattgefunden. Und ich sage gerade dem Herrn Bürgermeister und den Gemeinderäten, bitte, passen wir auf bei diesen Umwidmungspreiserhöhungen, die könnten auch in Richtung Spekulationsgewinne führen. Noch einmal, Herr Abgeordneter und Bürgermeister Huber aus Sinabelkirchen, ich habe großes Verständnis für die Wettbewerbssorge des Bürgermeisters von Sinabelkirchen (Abg. Huber: „Alle Gemeinden. Sie brauchen keine herauszustreichen!“), aber trotzdem glaube ich, daß wir da sehr transparent ohne Einflußnahmen auf Gutachter, das würde nämlich ein schlechtes Beispiel geben, wenn irgendwann einmal gerichtlich beeedete Gutachter, noch dazu, wo sie Sachverständige des Landes sind, der Fachabteilung II a, der Kollege Ressel würde sich jetzt als Verkehrsreferent schön bedanken, wenn plötzlich sein Sachverständiger, der täglich hier Einlösen vornehmen muß und Gutachten abgeben muß, wenn der angezweifelt wird im Lande, und zwar von den eigenen Stellen im Lande. Also ich bitte hier um Besonnenheit und daß man nicht eine auch - betone es noch einmal - Interessenlage, aber eine lokale Interessenlage, zu sehr hochstilisiert. Ich betone, ich als Wirtschaftsreferent, in Verbindung mit dem Kollegen Ressel, und ich sage auch mit allen anderen Regierungsmitgliedern, es war ein einstimmiger Beschluß in der Landesregierung. Ich denke nicht daran, hier auf solche Verfahren, wie sie mit Erfolg auch mit einigermaßen schneller Abwicklung Gott sei Dank im eigenen Hause bewältigt werden können, diesen Einfluß zu nehmen.

Ich danke gleichzeitig dem Hause auch im Interesse von Interessenten der Betriebsansiedlung dort auf diesen Grundstücken, weil die Gemeinde muß aufschließen und muß dann auch entsprechend widmen, die Bauwidmungen durchführen, daß dieser Fall heute nach einer Unterbrechung auch im Ausschuß beschlossen wurde und hier auch dann im Hohen Hause verabschiedet wird. Nochmals, meine Bitte geht jetzt nicht nur in eine Richtung, weil das könnte ein Beispielfall sein, Beispielfolgerungen auch für andere Fälle haben, daß wir hier unbürokratisch, daß wir hier auch Vertrauen in gerichtlich beeedete Sachverständige haben, noch dazu, wo sie amtlich das ganze Jahr auf dem Sektor tätig sind, investieren, und dann würden wir unseren Zielen hinsichtlich einer flexiblen und unbürokratischen Wirtschaftsförderung, von Betriebsansiedlungen und einer investitionsfreudigen Haltung auch entsprechend nahekommen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. - 21.35 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe. Das ist die mehrheitliche Annahme.

23. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 419/1, betreffend Firma HYPER-G Software Forschungs- und Entwicklungsges. m. b. H., 8010 Graz; Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges. m. b. H. in der Höhe von 12 Millionen Schilling, Übernahme einer Ausfallhaftung.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (21.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 25. November 1996 hat das Land Steiermark die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges. m. b. H. an der Firma Hyper-G Software Forschungs- und Entwicklungsges. m. b. H. in Höhe von 12 Millionen Schilling nach Maßgabe des seinerzeit beiliegenden „Vorlageberichtes an den Aufsichtsrat der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft m. b. H.“ genehmigt.

Mit Schreiben vom 28. Jänner 1997 hat die Steirische Beteiligungsfinanzierungsges. m. b. H. mitgeteilt, daß auf Grund von wesentlichen Änderungen im Geschäftsplan, die auf Grund des Ausstieges der Technologieholding München aus dem Projekt und dem damit verbundenen Wegfall von Investormitteln in Höhe von 15 Millionen Schilling notwendig waren, neuerlich der Aufsichtsrat mit dem Beteiligungsfall befaßt werden mußte. Der Aufsichtsrat hat in der Sitzung vom 28. Jänner 1997 einstimmig die in dem nun vorliegenden Bericht dargestellte Änderung hinsichtlich Finanzierung und Geschäftsplan zur Kenntnis genommen und gleichzeitig der Änderung beziehungsweise der Ergänzung der Bedingungen für den Beschluß über die Gewährung der stillen Beteiligung zugestimmt.

Es sollte daher die Ausfallhaftung des Landes Steiermark für die stille Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges. m. b. H. in Höhe von 12 Millionen Schilling übernommen werden.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, die Übernahme einer Ausfallhaftung von über 12 Millionen Schilling seitens des Landes Steiermark zugunsten der Firma Hyper-G Software Forschungs- und Entwicklungsges. m. b. H. für eine Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsges. m. b. H. wird genehmigt. (21.38 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Darf ich die Damen und Herren auffordern, die Gespräche etwas zu kalmieren, was werden sich die vielen Zuhörer denken, wenn ihr so eine Kaffeehausstimmung verbreitet?

Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Schreiner.

Abg. Ing. Schreiner (21.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem meine liebe Frau Klubobmann der Meinung ist, daß ich jetzt reden soll, und ich dem selbstverständlich sehr gerne folge, im Zeichen des Frauenvolksbegehrens, und wir an sich zu diesem Thema im Klub, würde ich sagen, keine einheitliche Mei-

nung gehabt haben, ist es doch vielleicht richtig, den Standpunkt derjenigen, die nicht dafür sind, zu erklären.

Ich möchte mir aber vielleicht trotzdem, wie das auch sehr viele meiner Kolleginnen und Kollegen im Haus machen, einen kurzen kleinen Ausflug leisten und möchte dich, Herr Kollege Gennaro, ansprechen. Wenn ich nicht unterbrochen werde, bin ich schneller fertig.

Du hast heute meinen Kollegen Wiedner unterbrochen und hast ihn zurechtgewiesen, daß er eigentlich nicht weiß, was Lohnnebenkosten sind. Ich möchte langsam sagen, obwohl ich mich mit diesem Thema sehr beschäftige, daß mir das schön langsam Wurst ist oder egal, besser gesagt, wie die Definition der Lohnnebenkosten wirklich ist. Ich möchte nur ein Beispiel vor Augen führen.

Das Beispiel schaut folgendermaßen aus: Ein Facharbeiter oder ein Angestellter, kann man auch umrechnen in Stundenlohn, verdient brutto 150 Schilling/Stunde. Von den 150 Schilling/Stunde bekommt er dann 90 Schilling in seine Lohntüte. Sein Dienstgeber muß 100 Prozent aufschlagen, sind dann 300 Schilling. Darauf kommt dann die Mehrwertsteuer, die bei uns ja einen relativ hohen Satz von 20 Prozent hat, das sind dann 360 Schilling. Das heißt, die echten Lohnkosten dieser Arbeitsstunde sind 360 Schilling und das, was der Mann dann wirklich in seinem Lohnsackerl hat, das es ja nicht mehr gibt, wir sind im Zeitalter der Banküberweisungen, sind 90 Schilling. Die Differenz, bitte, ist 300 Prozent. Das Spiel geht aber noch weiter.

Jetzt fährt dieser Mann oder diese Dame mit dem Auto zur Tankstelle und tankt einen Liter Benzin. Da sind, wie wir wissen, zwei Drittel Steuern. Das heißt, wenn ich das jetzt durchrechne, bekomme ich von den Lohnkosten in Wirklichkeit, in diesem speziellen Fall, 8 Prozent Warenwert.

Ich glaube, es ist höchst an der Zeit, daß wir anfangen nachzudenken und endlich einmal begreifen, daß wir uns den Lohn und die Arbeit unserer Mitmenschen sehr wohl leisten können, aber diese 92 Prozent dazwischen sind sehr überdenkenswert. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Vollmann: „Das Land soll auf seine Einnahmen verzichten und schauen, wo es das Geld herbekommt!“ – Abg. Schützenhöfer: „Die Abgaben sind so hoch wie nirgendwo!“) Darf ich höflich darauf hinweisen, daß ich noch am Wort bin. Wenn es nicht so besonders stört, würde ich gerne mit meinem Vortrag fortfahren. Ich habe offensichtlich ein Thema erwischt, das die Herrschaften doch sehr interessiert. (Unverständliche Zwischenrufe.) Herr Kollege, Kurt, meine Worte waren, man sollte darüber nachdenken und nicht sofort zum Streiten anfangen. (Abg. Gennaro: „Du mußt es nur ehrlich führen. Bitte schön, da bin ich jetzt ganz stark drauf!“ – Allgemeine Heiterkeit.)

Herr Kollege, offensichtlich sind wir auch sehr stark drauf, weil sonst hätten wir jetzt die Diskussion nicht so sehr angeregt. Aber ich möchte vielleicht doch anregen, daß wir quer über unsere anderen – (Abg. Gennaro: „Weg mit der Steuer! Weg damit! Die Gemeinden sollen schauen, wie sie zu ihrem Geld kommen!“) Gleich, ganz kurz nur.

Man sollte doch vielleicht einmal versuchen, in Zukunft diese Dinge sehr ernsthaft zu betreiben. Ich glaube, das ist nicht unbedingt ein Thema, das für politische Auseinandersetzung Platz hat. Es ist zu ernst. Es ist wirklich zu ernst. (Abg. Dr. Flecker: „Damit muß man sich sehr wohl auseinandersetzen. Da geht es um Umverteilungen, und nicht um Blabla!“) Ich glaube, daß mein Beispiel kein Blabla war, sondern auch für einen normalen Abgeordneten einfach begreifbar war. Folgedessen kann es nicht Blabla gewesen sein. Ich möchte aber ganz gerne wieder zum Thema zurückkommen. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist deine Einschätzung!“ – Abg. Vollmann: „Sage die Lösung!“) Ich kann es sofort sagen. Die Lösung ist die (Abg. Vollmann: „Senken! Ich bin auch dafür!“), es hat keinen Sinn, über 8 Prozent nachzudenken, weil wenn ich bei 8 Prozent 10 Prozent einspare, dann spare ich nur 0,8 Prozent ein. Wenn ich aber bei 92 Prozent 10 Prozent einspare, spare ich 9,2 Prozent ein, und das ist mehr, als der Warenwert ist. Und da muß man wirklich einmal über die Relationen nachdenken.

Aber gehen wir vielleicht wieder zum eigentlichen Tagesordnungspunkt zurück.

Es gibt wieder einen Landtag, wir können in Zukunft darüber weiter diskutieren. (Abg. Dr. Flecker: „Jetzt mußt du die Größenordnungen sagen. Wenn du die Prozente von den Prozenten nimmst, ist das eine unkorrekte rechnerische Darstellung!“)

Das ist eine wahre Darstellung. (Abg. Dr. Flecker: „Da kannst du bestenfalls mathematisch argumentieren. Aber es ist nicht korrekt!“) Wahrheit kann man sehr gut mit Mathematik hinterlegen.

Darf ich vielleicht wieder zu unserem Projekt zurückkommen. Wir haben hier ein Zukunftsprodukt. Was wissen wir darüber? Wir wissen, daß es möglicherweise Chancen für das Land bietet. Wir wissen auf der anderen Seite aber auch, daß es einen deutschen Partner gibt, aus dem bayerischen Raum – im bayerischen Raum wird viel mehr ausgegeben, viel mehr überlegt im Bereich Forschung und Entwicklung –, und dieser Partner zieht sich zurück. Da muß doch irgend etwas dahinterstecken, daß sich dieser Partner zurückzieht.

Was haben wir für Informationen? In Wirklichkeit haben wir Abgeordnete keine Informationen. Was haben wir für eine Beratung, um entscheiden zu können? In Wirklichkeit haben wir keine Beratung. Wir können uns das anhören, was die Landesregierung sagt. Ob das eine Beratung ist, eine fachkundige, das kann ich nicht beurteilen. Wieso sagt uns nicht zum Beispiel das Joanneum, das wahrscheinlich fachkundig ist, ob dieses Produkt, ob dieses Unternehmen eine Chance hat? Und wieso ist das dringlich? Dieses Schriftstück tümpelt im Bereich der Wirtschaftsförderung oder SFG oder wie auch immer monatelang herum, kommt ins Haus und hat jetzt plötzlich eine außerordentliche Dringlichkeit. Ich sehe nicht ein, daß wir unter diesen Voraussetzungen dieser Ausfallhaftung zustimmen sollen. Ich wäre wesentlich eher bereit dazuzusagen, suchen wir uns einen Unternehmer, der in der Region Eisenerz 12 Millionen Schilling Förderung annimmt, auch wenn es nur in Form einer Ausfallhaftung ist.

Ich muß mich verhalten, oder wir müssen uns verhalten wie ein normaler Abgeordneter, wenn er nichts weiß, dann tut er nichts und dann hebt er nicht die Hand. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 21.48 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Vollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Vollmann (21.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Vollmann weiß mehr!“) Vollmann weiß nicht mehr.

Der Kollege Hohegger wird gleich wissen, wovon ich rede. Ich bin ein eifriger Leser der Zeitung „mut“, die ich jede Woche erhalte. In der Ausgabe vom 4. April 1997 – „mut“ ist die Zeitung der Wirtschaftskammer – ist dargestellt der Anstieg der Lohnnebenkosten zwischen dem Jahre 1960 und dem Jahr 1996. Die Lohnnebenkosten sind in dem Zeitraum von 66 auf 98,3 Prozent gestiegen, begründet durch mehrere Faktoren:

Die Zunahme der Sozialversicherungsabgaben von 24,8 auf 36 Prozent. Die Ausweitung der bezahlten Ausfallszeiten, durchschnittlich zwei Wochen mehr Urlaub von 9,8 auf 18 Prozent. Die Ausdehnung der Abfertigung auch auf Arbeiter – Angestellte haben sie schon immer gehabt – von 0,6 auf 7 Prozent und die höheren Sonderzahlungen von 18,1 auf 23,2 Prozent.

Relativ stabil blieben die sonstigen Lohnnebenkosten, nämlich von 12,7 bloß auf 14,1 Prozent in 36 Jahren. Hier hatte nur die erhöhte Kommunalabgabe einiges Gewicht.

So, Kollege, und jetzt sagst du mir, wo du eingespart haben willst. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 21.50 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hohegger. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Mag. Hohegger (21.50 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Schreiner. Gerade in diesem Hohen Haus haben wir immer wieder das Thema Beschäftigung und Arbeitsplätze beschworen, und gerade in diesem Hohen Haus haben wir immer wieder gesagt, wir sind kein Billiglohnland, wir sind diesbezüglich im High-Level-Bereich unterwegs, und wir haben immer wieder gesagt – und das sagen alle politischen Gruppierungen –, wir müssen mehr denn je in Forschung und Entwicklung investieren.

Nunmehr haben wir hier ein Projekt, wo es uns möglich ist, ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt zum Markterfolg zu führen. Es ist nämlich die Forschung abgeschlossen, mehr oder weniger der Entwicklungsbereich abgeschlossen. Jetzt geht es darum, daß wir den Markterfolg einheimen. Jetzt müssen wir entscheiden, wollen wir das in Graz behalten, ja oder nein. Du hast vollkommen recht, wir wissen nicht, wie erfolgreich die ganze Sache im Endeffekt wird. Das wissen wir bei vielen Projekten nicht, aber die Sache Hyper-G und Hyper-Wave, die wird stattfinden, entweder in Deutschland, in Amerika oder in Graz. Und

ich denke, daß wir gut beraten sind, daß wir hier ein gewisses Risiko eingehen. Warum so schnell? Ich darf auch die Industrie zitieren: „Schnell, schneller, am schnellsten, die Qualität der elektronischen Verbindungen in einem Unternehmen wird in letzter Konsequenz auch über sein Bestehen am Markt entscheiden.“ Und darum geht es, wir sollten schnell entscheiden, daß diese Entwicklung in Graz bleibt, und nicht ins Ausland abwandert. Ich bitte um Unterstützung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.52 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Herr Landesrat hat ein kurzes Schlußwort.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (21.52 Uhr): Kurzes Schlußwort. Ich nehme den wirtschaftspolitischen Ausflug des Kollegen Schreiner doch sehr ernst. Lohnnebenkosten sind sicherlich ein Problem für den Standort Österreich, für den Standort Steiermark, keine Frage. Nur, es hat nicht nur mit der Umverteilung zu tun, sondern ich glaube schon auch mit der Frage der Ineffizienzen in diesem System, wo wir eben Geld brauchen für die Aufrechterhaltung dieser Leistungen. Ohne Leistungsoptimierung, ohne Leistungseffizienzen, ohne Frage der Verbesserung bei den Diensten für die Menschen in dem Staat wird es nicht gehen, und wir werden so lange die Kritik haben, und es werden sich auch so lange Menschen aus dem System verabschieden, siehe Schattenwirtschaft, Schwarzarbeit, wenn es uns nicht gelingt – und da ist kein anderer zuständig als die Politik und die Verwaltung –, das zu verbessern. Das ist auch aus der Sicht eines ehemaligen Beamten meine felsenfeste Überzeugung. Das ist gar nicht ein Umverteilungsproblem, Kurtl, da gibt es genug Leute, die sich von unten her genug aufregen über das, was hier im geschützten Sektor passiert. Nur dazu eine Anmerkung, aber das ist ohnedies nicht das erste Mal in dem Hause, daß ich mich in dieser Form dazu äußere.

Zum Antrag selbst, da zitiere ich die „Kleine Zeitung“ vom 19. März. „Riesenerfolg für Grazer“. Wann haben wir das schon einmal auf der Wirtschaftsseite? „Hyper-Wave wurde zum besten Produkt der Computermesse Cepit gekürt, ansonsten sind die Österreicher nur mit Kleinkram vertreten.“ Auch da ganz bei Freund Hoegger, es ist ein Zukunftsprojekt, wohlwissend, daß diese Zukunftsentwicklung so schnell läuft, daß wir Gefahr laufen, daß wir in diesen sechs Monaten oder seit September letzten Jahres, da nehme ich die Schuld auch auf mich, also im Gesamtkonzert sozusagen, im Landtag ist die Geschichte jetzt einen Monat, früher war es auf Regierungsebene, halt so lange gedauert hat und die fünf Beteiligten, die fünf Unterstützer dieses Projektes, wir sind der fünfte, die anderen vier längst fertig sind. Meine Angst ist die, daß wir zu langsam sind, daß das der Grund sein könnte, warum das dann letztlich bei dem Tempo, das wir nicht bestimmen oder beeinflussen können, nicht zu dem Erfolg führt. Ich wünsche es mir, in unserem gemeinsamen Interesse, daß das ein Projekt ist, das die Steiermark und da noch einmal zum Kollegen Schreiner, na selbstverständlich, wenn in Eisenerz einer auftaucht unternehmerisch, initiativ, es gibt Ideen dort, unterstützen wir das, ist überhaupt keine Frage. Und es gibt ja genug Beispiele. Der Kollege Hirschmann

hat ja heute das im selben Sinne schon dargestellt. Also meine Bitte an uns alle ist, ich schließe mich wie gesagt hier ein, daß wir diese Anforderungen unserer Kunden, das sind die steirischen unternehmerischen und erfinderischen Leute, im Interesse solcher Projekte etwas schneller abwickeln, und sonst bedanke ich mich wie beim vorigen Stück für Ihre Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.55 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Jene Damen und Herren, die mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters übereinstimmen und dem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe. Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Punkt

21. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 399/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Ausbau der Bahnverbindungen zwischen Mur- und Ennstal.

Es ist interessant, das ist der einzige Antrag des heutigen Tages, der keine Regierungsvorlage ist. Bitte noch auszuhalten, es ist der letzte. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (21.56 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Indem ich annehme, daß jeder der Damen und Herren Abgeordneten die Vorlage ausreichend studiert hat, werde ich sie in kurzer Form übermitteln.

Es geht hier um den Antrag der Abgeordneten Zitz, Wabl, Keshmiri und Brünner, betreffend Ausbau der Bahnverbindungen zwischen Mur- und Ennstal. Hier wird die Sorge ausgedrückt, daß die ÖBB ihr Ausbauprogramm zurückgenommen hat, der Taktverkehr nicht erreicht werden kann, und es wird daher der Antrag gestellt, daß die Landesregierung aufgefordert wird, den Österreichischen Bundesbahnen ihre Sorge, betreffend die Realisierung des geplanten Taktverkehrs zwischen Bruck an der Mur und Selzthal, mitzuteilen und dem Landtag nach Rücksprache mit den ÖBB darüber zu berichten, ob trotz der Einschränkung des Ausbauprogramms ein Taktfahrplan zwischen Bruck an der Mur und Selzthal sichergestellt werden kann.

In formeller Hinsicht wird gemäß Paragraph 11 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages beantragt, diesen Antrag dem Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur zuzuweisen.

Ich bitte um Annahme. (21.58 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Posch. Ich erteile es ihm.

Abg. Posch (21.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Von mir aus trennen Sie noch zwei bis drei Minuten, und der Kollege Hans Löcker, den kann ich nicht einschätzen, vom wohlverdienten Nach-Hause-Fahren. Mir ist bewußt, daß dieser Stunde und am Ende

einer langen Diskussion dieses Thema nicht mehr ausführlich diskutiert werden kann, obwohl es notwendig ist, es zu diskutieren.

Ich werde mich ganz kurz halten und möchte nahtlos ins Thema des Berichterstatters einsteigen, dessen Bericht ich eigentlich nur noch einmal unterstreichen kann.

Gott sei Dank oder hoffentlich ist niemand mehr herinnen, der mit dem Zug von der Obersteiermark hergekommen ist und nunmehr dort hinauf nach Hause fahren mußte. Er könnte dies nicht mehr tun, er müßte sich irgendwo in Graz ein Nachtquartier suchen, denn es wäre unmöglich, dort noch hinzukommen. (Abg. Vollmann: „Hast du gesagt ‚irgendwo‘?“) Ich habe „irgendwo“ gesagt, ja, ja, da mische ich mich nicht hinein.

Es ist die Eisenbahnverbindung aus dem Raum Ennstal in das Murtal – und hier knüpfe ich wieder an den Bericht an – und weiter nach Graz im speziellen sehr problematisch. Im besonderen trifft das jene Menschen, die im mittleren und unteren Ennstal, also im östlichen Bezirk Liezen wohnen. Für die ist eine Reise nach Graz mit der Eisenbahn eine Tagesreise, und wenn man in Graz noch etwas zu erledigen hat oder einen Arztbesuch mit Wartezeit vorhat, dann kann man diese Fahrt mit der Eisenbahn an einem Tag sowieso nicht durchführen und man kann sich dieses Quartier „irgendwo“ wieder suchen. Wer nicht unbedingt ein Eisenbahnliebhaber ist oder wirklich keine andere Fahrgelegenheit hat, der steigt ins Auto um und ist in drei Stunden leicht hin und zurück. Ich möchte damit nochmals meine Unterstützung für die grundsätzliche Frage zur schlechten Eisenbahnverbindung und damit zu diesem vorliegenden Stück aussprechen.

Hier gehört jedoch auch gesagt, daß dies nicht nur mit Baumaßnahmen auf der Schoberpaßstrecke zu tun hat, sondern die Fahrplankoordination – eigentlich kann man gelegentlich auch nicht von Koordination reden – ein Problem ist. Mit dem neuen Fahrplan soll es noch schlechter werden, weniger Züge, heißt noch weniger Fahrgäste, das Ende läßt sich leicht erahnen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einen weiteren Gedanken kurz miteinbringen, der eigentlich zu Punkt 19, Fremdenverkehrsprojekt in Eisenerz, zurückführt.

Es wird diese Verbesserung der Verbindung vom Ennstal ins Murtal und weiter nach Graz nicht allein die Schoberpaßstrecke schaffen. Hier geht der gesamte internationale Güterverkehr von Nordwest in Richtung Südost durch. Es ist dies die Verkehrsdrehscheibe auf der Schiene sowie auf der Straße. Wenn man einmal daran denkt, den Schwerverkehr von der Straße vermehrt auf die Schiene zu bekommen – ich weiß nicht, ob man überhaupt noch daran denkt –, dann ist diese europäische Hauptverkehrslinie zu überdenken. Hier geht der gesamte Güter- und Personenverkehr wie nirgends in einem anderen Bereich unseres Landes durch und wird sich dieser auch noch mehr verstärken, weil die EU-Wirtschaftslinie, eben von Deutschland, Benelux, Skandinavien, England in den Südosten Europas, hier durchführt.

Ich darf in diesem Zusammenhang, ohne eine neuerliche und vielleicht zusätzliche Tunnelmanie zu erzeugen, an ein Projekt des ehemaligen Admonter SPÖ-Gemeinderates Fritz Siegl erinnern, der, als Lösung dieser Problematik für das gesamte Gebiet und die internationalen Verkehrsverbindungen, die Route durch und über den Präbichl, also vielleicht einen Eisenbahntunnel durch den Präbichl, seit Jahren an die verschiedenen Stellen herantritt und nicht unrecht hat.

Ich möchte nicht noch einen steirischen Tunnel in die Schlacht werfen, aber die Schoberpaßstrecke allein wird es auf Zeit nicht schaffen.

Außerdem wird für das Untere Ennstal und vor allem den Raum Eisenerz ausnahmslos die Frage einer winterfesten Verkehrsverbindung eine Schicksalsfrage zukünftiger Wirtschaftsentwicklungen sein. Keine noch so wichtigen, unterstützungswürdigen und gut gemeinten Förderungen für Fremdenverkehrs- oder andere Wirtschaftsprojekte in diesem Raum werden auf Dauer Bestand haben, wenn nicht die Verkehrsverhältnisse entscheidend verbessert werden können. In diesem gebirgigen Raum und bei diesem mehrmonatigen Winterklima kann dann nur die Eisenbahn helfen, die Straße wird es nicht vermögen.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Bemühungen des Kollegen Jeglitsch, der sich hier speziell für die Eisenbahninfrastruktur in Hieflau besonders eingesetzt hat.

Ich schließe damit, daß die Verkehrsverbindungen aus diesem gesamten Raum heraus wirklich problematisch sind. Eine dauerhafte Verbesserung wird nur mit einem Ausbau der Schoberpaßstrecke und der Präbichlroute – ich lasse es dahingestellt, ob es gleich der Tunnel sein muß oder ob man mit den heutigen technischen Mitteln nicht auch den Paß leichter befahren könnte – sowie einer wirklich umfassenden Koordination aller Fahrpläne – Eisenbahn wie Autobusse – zu erzielen sein. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.03 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Kollegen Posch für die längste Dreiminutenrede.

Als letzter am Wort ist der Abgeordnete Löcker. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Löcker (22.03 Uhr): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich verspreche keine Dreiminutenrede. Ich bin nicht aus sadistischen Gründen zum Rednerpult gegangen. Aber ich möchte vielleicht jene erinnern, die so im Laufe des Tages die Zeit verfließen lassen durch ihre Wortmeldungen, zu einem Thema sich wiederholt mit dem gleichen Inhalt melden und so weiter und so fort, und dann von den letzten Rednern erwarten, daß sie möglichst rasch „herunterhudeln“, weil wir haben ja vorher die Zeit bis zum Exzeß genossen. Aus diesem Grunde melde ich mich heute einmal zum Wort. Denn es sind ja die anderen, die den ganzen Tag zuhören müssen. Das müßte man ja auch einmal bedenken. Aber ich habe schon versucht, auch einen Inhalt zu haben.

Es geht also um ein Verkehrsproblem und um die Eisenbahnlinie nach Nordwest. Gestern war hier im Rittersaal dieses Hauses die Raumordnungskonferenz des Großraumes Graz, wo über dieses Thema auch sehr intensiv gesprochen wurde, und wo ein Experte des Österreichischen Institutes für Raumordnung Auskunft gab. Er berichtete über den Zusammenhang zwischen Wirtschaft, Expansion und Dynamik einer Region und dem Verkehr und den Verkehrsverbindungen. Es wurde einem dabei erst wirklich bewußt, wie wichtig der Verkehr ist und welche Schlüsselposition er hier einnimmt.

Es wurden die österreichischen Zentralräume untersucht – Wien mit dem Umland mit ungefähr einem Drittel der gesamten österreichischen Wirtschaftskraft. Der zweite große Zentralraum Linz – Wels, schon erheblich kleiner, aber noch einmal erheblich kleiner der Großraum Graz. Es wurde gesagt, daß der Krieg im ehemaligen Jugoslawien in den letzten Jahren sich negativ für diesen Raum ausgewirkt hat, und wir spüren das ja auch. Aber die Standortfrage, und damit komme ich wieder zum Verkehr, ist sicherlich auch ganz, ganz entscheidend für die Zukunft dieser Region.

Dieser Vertreter des Raumordnungsinstitutes hat eindeutig belegt, daß der Bau des Semmeringtunnels eine unbedingte Notwendigkeit für die Entwicklung des Großraumes Graz ist, dem aber angeschlossen werden muß, natürlich, wie wir alle wissen, die Koralmverbindung über Klagenfurt in den oberitalienischen Raum.

Das ist keine populistische Forderung, sondern das sind die Arbeitsplätze der Zukunft und die Sicherung der derzeitigen Arbeitsplätze.

Bei dieser Analyse des Wirtschaftsraumes und der Verkehrs- und sonstigen Verbindungen hat es noch eine Besonderheit gegeben. Graz und der Großraum stehen relativ nicht schlecht da, im Vergleich mit den anderen Regionen, und das hat einige Besonderheiten. Eine davon ist, daß der öffentliche Dienst – und das ist bemerkenswert – in diesem Raum in den achtziger Jahren und bis in die neunziger Jahre hinein überdurchschnittlich im österreichischen Vergleich zugenommen hat. Wir können uns darüber Gedanken machen, wieso der öffentliche Dienst sozusagen der Arbeitsplatzsicherer des vergangenen Jahrzehnts war, gleichzeitig aber auch, daß die Produktionsbereiche und die nahen Dienstleistungsbereiche der Produktion überdurchschnittlich im österreichischen Vergleich abgenommen haben.

Nun zu den Standortbedingungen. Das sind neben der Infrastruktur ein möglichst wirtschaftliches Verfahren hinsichtlich der Dauer der Verfahren und der Kosten – aber weniger –, aber auch die anderen Dinge, die die Betriebe brauchen.

Wenn wir im Punkt vorher gerade gesprochen haben über vielleicht unbotmäßige Förderungen von Betrieben bei der Ansiedlung, dann kann ich nur sagen, im heutigen verstärkten internationalen Wettkampf bei Betriebsansiedlungen kann das für eine Firma höchstens einen Vorteil von wenigen Jahren ausmachen und der Beweggrund für eine Betriebsansiedlung sein. Wenn aber die Infrastruktur, und hier der Verkehr in erster Linie, nicht

stimmt, dann kann die öffentliche Hand nie so viel Förderung aufbringen, um diesen Nachteil auszugleichen.

Jetzt komme ich zum Schluß. Heute wurde der Landesrat Paierl einige Male zitiert, und meistens eigentlich in negativer Form. Ich sage hier ganz ehrlich, daß der Landesrat Paierl für die Steiermark seit seinem Amtsantritt wahnsinnig viel arbeitet und leistet und auch sehr viel erreicht hat. Er ist auch in der Lage, internationale Dimensionen in unser Denken einzubringen. (Abg. Vollmann: „Aber weiter bringt er nichts!“ – Abg. Schrittwieser: „Viel mehr als früher im Wirtschaftsressort!“) Nein, nein, jede Zeit hat ihre Probleme und ihre Aufgaben. Und, lieber Kollege Schrittwieser, wenn der Herr Landesrat Ressel die Verkehrsprobleme löst, die immer bei der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic moniert wurden, dann ist er auch so gut wie der Landesrat Paierl. (Beifall bei der ÖVP. – 22.08 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (22.09 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn mir der Präsident nicht das Wort erteilt (Abg. Gennaro: „Er hat sich bei der Magda Bleckmann auch nicht durchsetzen können, also werden wir auch reden!“) Also, wenn mir der Präsident nicht das Wort erteilt, dann gehe ich natürlich nicht heraus.

Aber Hans, wir zwei haben immer die gleichen Themen, das ist ja nichts Neues. Wir sind die, die sie vorantreiben als zuständige Sprecher. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben ja auch schon gekämpft um diese Projekte, als die Frau Landeshauptmann dieses Ressort gehabt hat. Da ist es nicht so rasch gegangen. Jetzt kämpfen wir beim Herrn Landesrat Ressel, da haben wir einen Verkehrsverbund. Da sind wir kurz vorm Baubeginn, hoffe ich, vom Semmeringtunnel, weil ich gebe dir auch recht, wir brauchen ihn. Was haben wir noch alles gemacht? Es ist so viel, daß mir jetzt gar nicht alles einfällt. (Allgemeine Heiterkeit.)

Nur kurz, meine Damen und Herren, ich glaube auch, daß wir die Sparmaßnahmen der ÖBB, die also wirklich langsam vor allem in der Steiermark zu greifen beginnen, nicht hinnehmen sollten.

Wir sollten auch vom Landtag diese Botschaft über den Semmering bringen, wie wir überhaupt beteiligt werden beim öffentlichen Verkehr, ich habe das erst vor kurzem gesagt, bei den Milliarden, die verteilt werden, künftig für die Steiermark nicht ausreichend ist. Und wir brauchen diese Infrastruktur, es ist gesagt worden, um im Wettbewerb bestehen zu können. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Steiermark und ihre Beschäftigten haben in den letzten Jahren viel hinnehmen müssen, viel an Leid, viel an Arbeitslosigkeit, viel an Arbeitsplatzverlust. Andere würden gerne um diese Zeit noch reden, Kollege Schinnerl, die haben aber keine Arbeit oder keine Zeit oder keinen Rahmen dafür. Wir sitzen heute im Landtag, und es ist richtig, wir haben heute über Saatgut und über anderes vieles mehr, was wichtig ist, stundenlang diskutiert und es war sehr interessant.

Aber ich glaube, wenn es um die Infrastruktur der Steiermark und der Obersteiermark geht, ist es auch wichtig, daß wir das immer wieder in Erinnerung rufen. Und ich möchte doch, Kollege Löcker, weil du den Semmeringtunnel angeschnitten hast. Wenn die Angebote jetzt vorliegen zum Bau dieses Tunnels - ich habe schon vom Kollegen Vesko gehört, sie sind nicht viel wert -, ich hoffe, daß wir uns hier einigen, daß sehr bald begonnen wird. Ich bin auch froh, daß der Sondierstollen jetzt wieder in Arbeit ist, daß da etwas weitergeht. Nur eines muß ich auch bitten, das kann ich mir nicht ersparen, das gilt aber auch noch für alle Roten hinterm Semmering, die gegen diesen Tunnel sind. Es ist aber, glaube ich, wirklich an der Zeit, daß öffentlich verstärkt, aber vor allem auch in Vieraugengesprächen der Hauptgegner dieses Projektes und damit der Hauptgegner der Steiermark zur Vernunft gebracht wird. Und das ist der Landeshauptmann Pröll. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist nicht einzusehen, meine Damen und Herren, daß wir uns hier abraufen, uns um jede Betriebsan-siedlung bemühen und alles versuchen, um gemeinsam etwas zu erreichen, und es wird dadurch verhindert, daß wir künftighin nicht die Infrastruktur haben, die wir brauchen. Ich glaube, es muß im Interesse dieses Landtages sein, das ist jetzt, Kollege Löcker, keine Polemik, aber wenn ich Woche für Woche in der Presse lese, daß hier alles getan wird, das zu verhindern, daß Bürgerinitiativen unterstützt werden und er das auch unterstützt, ob er es finanziell tut, weiß ich nicht, so können wir das nicht hinnehmen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Bundesregierung!“) Kollege Peinhaupt, weil du sagst von der Bundesregierung, der neue Bundeskanzler, der Verkehrsminister, ja sogar der Verkehrssprecher - ich glaube sogar der ÖVP - stehen zu diesem Tunnel. Weil eure Fraktion draußen - und Gott sei Dank unterscheidet ihr da euch ein bißchen von den Wiener Kollegen, das muß ich schon sagen - nichts anderes tut, als dieses Projekt zu verhindern, müßt ihr auch einmal eine Botschaft nach Wien richten. Ihr seid ja eine starke Partei, und da müßt ihr einmal dem Haider sagen „lieber Freund, da geht es um wichtige Anliegen, uns haben viele Leute gewählt in diesem Land, wir haben eine gewichtige Stimme, wir wollen nicht, daß ihr gegen diesen Tunnel seid“. (Beifall bei der SPÖ.)

Dann hoffe ich, daß wir das gemeinsam erreichen können. Ich bedanke mich, ich will es wirklich nicht länger hinauszögern, weil wir haben alle eine weite Heimfahrt. (Beifall bei der SPÖ. - 22.14 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Wenn schon im öffentlichen Verkehr nichts weitergeht, dann wünsche ich uns allen, daß sonst im Verkehr etwas weitergeht.

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wabl, ein weiterer Verkehrsexperte.

Abg. Dr. Wabl (22.14 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mich vor ein paar Stunden zu dem Punkt zu Wort gemeldet gehabt, weil das unser Antrag ist und ich in Absprache mit unserem Klub doch der Meinung war, daß, wenn unser Antrag hier diskutiert wird, daß ich mich auch zu Wort melden sollte. Dann habe ich gespürt, daß die Bereitschaft, zu so später Stunde zu so

einem wichtigen Thema sich etwas anzuhören, nicht mehr allzu groß ist und habe, nachdem ich feinfühlicher bin, als manche hier glauben, meine Wortmeldung zurückgezogen gehabt und bin davon ausgegangen, daß ich nichts mehr dazu sage, weil ja die Aufnahmebereitschaft nach zwölf Stunden nicht mehr so groß ist, wohlwissend.

Nein, jetzt haben wir Zeit, Kollege Huber, du hast vorher auch deine Erläuterungen über Sinabelkirchen und Großwilfersdorf zum besten gegeben. (Abg. Dr. Flecker: „Du hast sicher schon 30 Prozent der Wortmeldungen für dich in Anspruch genommen!“) Also, lieber Kollege Flecker, jetzt sage ich auch dazu etwas. Ihr könnt's euch jetzt aufregen, und ihr könnt's alle wild sein auf mich. Der Kollege Schrittwieser hat hier einen staatsmännischen Vortrag gehalten über das Verkehrswesen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Es ist dir vorbehalten, dieses Haus lächerlich zu machen. Es gelingt dir aber immer wieder hervorragend!“) Es klingt immer großartig, sich aufzuregen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Blödheiten!“) Blödheiten, also bitte, ich möchte mich dagegen verwahren, daß meine Wortmeldung als Blödheit bezeichnet werden. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Entschuldigung, Herr Abgeordneter, ich habe gerade ein Gespräch geführt, ich habe nicht aufgepaßt!“)

Kollege Grabner, ich kenne deine Animosität mir gegenüber, aber ich möchte dir jetzt sagen, ich habe auch Zeit. Du kannst dich ruhig ärgern, du kannst eh heimfahren nach Knittelfeld. Wenn ich mich auch lächerlich mache, ich nehme das in Kauf. Erstens einmal sind wir nur zu zweit, und wenn ich den Vorwurf bekomme, daß ich mich zu oft zu Wort gemeldet habe, solange ich da hier gewählt bin und solange wir hier die Möglichkeit haben, das Wort zu ergreifen, werde ich es tun. Es passiert mir sehr oft, daß ich das Gefühl habe, daß wir hier nichts zu sagen haben, aber zu reden haben wir etwas. Ich lasse mir von dir nicht sagen, daß ich eine Blödheit verbreche, wenn ich mich hier zu Wort melde. (Beifall bei den Grünen.)

Und wenn ich mich fünfmal zu Wort gemeldet habe, dann deshalb, weil wir nur zu zweit sind. Du kannst es dir leisten bei einundzwanzig, daß du manchmal nichts sagst. Weil du glaubst eh, daß ihr das Sagen habt in dem Land. Und wenn ich den ganzen Tag hier verbringe und einer der mächtigsten Leute der Steiermark, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner nie erscheint, dann habe ich den Eindruck, daß der sich denkt, ist eh Wurscht, was die da reden, lassen wir sie reden. Ich werde jetzt reden, auch wenn es euch nicht paßt. (Abg. Dr. Flecker: „Wenn wir nichts zu sagen haben, habt ihr etwas zu reden!“) Ich habe etwas zu sagen, und hier werde ich reden, so lange ich etwas zu sagen habe. (Abg. Dr. Flecker: „Es sollte sich in vernünftigen Dimensionen abspielen!“) Ich sage dir nur das, Kurt. Sehr oft erleben wir als Grüne, daß unsere Ideen, unsere Anträge, die wir hier einbringen, die wohl durchdacht sind, oft lange überlegt und diskutiert, von vielen Seiten sehr gering geschätzt werden, von dir sehr oft und auch von anderen Seiten. (Abg. Dr. Flecker: „Stimmt nicht!“) Ich gebe zu, daß in manchem eine Verbesserung eingetreten ist, aber ich lasse mich nicht, obwohl ich mich schon zurückgezogen habe, dahier kritisieren, weil ich mich zu diesem Thema, das wir hier aufgebracht haben, zu

Wort melde, und als Blödheit lasse ich das auch nicht bezeichnen. Und wenn ich jetzt eine halbe Stunde rede, ich nehme gerne in Kauf, daß ich als unzuverlässig, als Kasperltheater degradiert werde.

Wenn wir diesen Hirschiensaft heute verabreicht haben, ich glaube, das Leben ist eh oft alltäglich genug, und wir haben uns Gedanken gemacht, um euch zu beweisen, was es noch für Obstsorten gibt, die lange schon in Vergessenheit geraten waren. Wenn wir dahinten das aufstellen, dann wird es der Würde diesen Hohen Hauses wohl nicht abträglich sein, daß wir einen Hirschiensaft verabreicht haben. Die Frau Landeshauptmann hat davon getrunken, und auch andere haben von diesem Saft getrunken, und, Kollege Grabner, du kriegst eh nichts oder du hättest auch nichts gekriegt, weil du glaubst, das ist ein Kasperltheater. (Abg. Dr. Karisch: „Habt ihr noch einen, weil dann können wir die Diskussion im privaten Kreis fortsetzen!“) Ja, wir haben noch einen, wenn ihr inzwischen etwas trinken wollt.

Ich möchte jetzt zu dem wichtigen Thema Verkehr - wir haben über das Saatgut heute gesprochen, wir haben über viele landwirtschaftliche Themen gesprochen - einige Ideen einbringen, weil mir das am Herzen liegt und weil uns gegenüber auch mehrmals zum Ausdruck gebracht worden ist, daß wir wichtige Themen hier nicht ausreichend diskutieren. Kollege Grabner, du kannst ruhig gehen, du kannst auch heimfahren, nach deiner Äußerung, daß meine Wortmeldung eine Blödheit ist. (Abg. Dr. Karisch: „Ich spreche vom Hirschiensaft!“)

Frau Kollegin Karisch, ich verwahre mich dagegen, daß meine Wortmeldung, die ich schon zurückgezogen gehabt habe, als Blödheit bezeichnet wird. Wenn er glaubt, weil er in einem mächtigen Bezirk oder in einer mächtigen Stadt zu Hause ist, wo viele Rote sind, und ich sage - (Abg. Mag. Erlitz: „Der du auch einmal warst, Martin! Du warst auch einmal ein Roter, Martin!“) Ja, leider Gottes.

Wir sind hier zwei Abgeordnete, und wir sind, wie auch die „Kleine Zeitung“ vor kurzem einmal geschrieben hat, auch über die Liberalen, schon allein mathematisch uninteressant bei dem Mächtenspiel und bei dem Gedankenspiel über Machtverhältnisse.

Ich bilde mir ein, daß wir manche guten Ideen hier schon eingebracht haben und manche vernünftige Wortmeldung. Und ich lasse mir nicht meine Wortmeldung hier, die ich gar nicht mehr vorgehabt habe, nur weil sie jetzt nicht ins Konzept paßt - und das sage ich noch einmal -, als „Blödheit“ abqualifizieren. Wenn der Herr Präsident Vesko das nicht gehört hat, dann ist das sein Problem.

Ich halte das für eine Beleidigung. Ich bin nicht sehr empfindlich. Ich bin sehr robust geworden in 17 Jahre Arbeit, aber das habe ich nicht verdient.

Ich habe heute schon eine Wortmeldung von mir gegeben in der Frage Kunsthaus, Mißachtung oder Ausschaltung von Abteilungen in dem Land. Das war vielleicht auch nicht unwichtig. Vielleicht wird noch jemand draufkommen, daß das eine ganz wichtige Wortmeldung war. Und unsere Vorschläge und Überlegungen zum Ö-Ring sind vielleicht auch nicht unwichtig.

Aber ich lasse mir nicht sagen, weil ich jetzt da herausgehe, noch dazu, wo wir den Antrag gemacht haben, daß das überflüssig ist. Ihr könnt's ja eh gehen. (Abg. Schrittwieser: „Werde nicht staatstragend!“) Schau, Herr Kollege Schrittwieser, du hast auch zu dem Thema gesprochen. Damit ich auf das Thema zurückkomme, ich habe in der Zeitung von morgen gelesen, daß es einen Steiertakt gibt für die Strecke von Frohnleiten nach Spielfeld. Ich halte das für sehr wichtig. Übrigens, wir sollten uns alle ein bißchen bei der Nase nehmen. Kollege Majcen, wir sind manchmal auch verschiedener Meinung, aber eines weißt du, wir sind sehr oft in der Schweiz, nachdem Zug die Partnerstadt von Fürstenfeld ist.

Eines muß ich sagen, und das sollte uns alle zum Nachdenken anregen, wenn man schaut, und daher geht es jetzt nicht nur um die Frage Ennstal, Palten-Liesing-Tal und herunter, sondern es geht um die gesamte Steiermark, wir hungern ja verkehrsmäßig, vom öffentlichen Verkehr aus gesehen, diese Steiermark aus, wenn wir nicht eine radikale Kehrtwendung vornehmen. Der Verkehrsverbund ist ein erster Schritt.

Aber wer die Schweiz kennt, was dort in Richtung öffentlichem Verkehr, Eisenbahn, Taktverkehr geleistet worden ist, was dort an Vorbildhaftem geleistet worden ist, das ist enorm. Kollege Majcen, du wirst mir recht geben, dort ist es gelungen, die Priorität des öffentlichen Verkehrs, des Eisenbahnverkehrs, wirklich in die Tat umzusetzen. Und da ist von manchen viel versäumt worden. Der Kollege Grabner ist aus der Eisenbahnstadt Knittelfeld. Er ist jetzt nicht mehr da. Aber eines muß ich schon sagen, und ich war selber bei der SPÖ, man hat lange gesagt, wie wichtig die Eisenbahner für uns sind. Ich möchte gar nicht sagen, wie das immer dort passiert ist bei den Aufnahmen. Entweder hat er einen Verwandten gehabt, aber jedenfalls beim Eintritt hat er zur SPÖ gehen müssen, in 99 Prozent der Fälle. Das wissen sowieso alle. Aber eines möchte ich auch sagen, man hat lange Zeit gesagt, wir Sozialisten sind für die Eisenbahner da, und die Eisenbahner waren für uns da, Kollege Vollmann, aber für die Eisenbahn selbst hat die Sozialdemokratie in diesem Lande sehr lange Zeit sehr wenig geleistet, bis man erkannt hat, wie wichtig der öffentliche Verkehr ist. Und heute steht man mit dem Rücken zur Wand und weiß, daß es dringend notwendig ist, diese Eisenbahn zu attraktivieren. (Abg. Schrittwieser: „Martin, ein Wort nur!“) Bitte, du kannst zwei Worte sagen. (Abg. Schrittwieser: „Martin, bitte höre zu!“) Ich höre zu, ich kann nicht allen zweien zuhören. Bitte, zu Befehl, Herr Parteisekretär. (Abg. Schrittwieser: „Ich halte es so, wenn ich mit jemandem rede, daß ich ihm in die Augen schaue. Also, es hat noch nie so viel Infrastruktur bei der Eisenbahn gegeben. Es hat noch nie soviel Ausbau der Eisenbahnlinien in der Steiermark und vor allem in der Obersteiermark gegeben, wie das seit Klima passiert ist. Zu sagen, es ist nichts passiert, das stimmt nicht. Der Landesrat Ressel ist dahinter!“ - Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Und auch noch nie so wenig Züge und so wenig Zugverbindungen wie heute!“) Kollege Schrittwieser, darf ich sagen, daß ein dramatischer Umdenkprozeß stattgefunden hat. Bitte schön, ich habe ja die Parteitage mit dem Kreisky und mit allen noch in Erinnerung, wo es geheißsen hat, so viele neue Autobahnkilometer, so viele neue Autos und

so weiter, aber ich habe nie gehört, daß dort ein neuer Eisenbahnkilometer errichtet worden ist. Und ich sage, und das wißt ihr alle selber, daß in Österreich zum Beispiel im Vergleich zur Schweiz auf diesem Gebiet dramatisch alles vernachlässigt wurde. Das ist doch bitte eine Tatsache, das kann man doch nicht wegdiskutieren. Daß jetzt versucht wird, hier eine Umkehrbewegung einzuleiten, mag euch zugestanden sein.

Eines sage ich auch noch, damit man versteht, warum ich mich zu Wort gemeldet habe, auch wenn es manchen nicht paßt. Wißt ihr, warum wir auch diesen Antrag gebastelt haben oder diesen Antrag eingebracht haben? Weil die Handelsakademie von Liezen an uns, aber auch an alle anderen Klubs, ein Alarmschreiben geschickt hat, daß die Verbindungen zwischen Ennstal und Graz immer schlechter werden. Und das, was der Kollege Posch vorher gesagt hat, das stimmt, daß es eine Weltreise oder zumindest eine Tagesreise geworden ist. Wir waren dort zu einer Pressekonferenz eingeladen. Der Lambert Schönleitner ist damals für mich hingegangen. Wir haben diesen Antrag jetzt eingebracht, um das hier öffentlich zu machen.

Aber es steht fest, da muß noch viel passieren, der Galgenbergtunnel wird fertig. Der andere Tunnel wäre wichtiger für die Verbindung. Der ist aufgeschoben.

Zum Semmeringtunnel sage ich jetzt nichts, weil da würde ich wirklich eure Zeit über Gebühr beanspruchen, und dann würden ein paar wahrscheinlich wieder aufschreien, und das will ich nicht, daß ihr aufschreit's, weil ihr sollt ja ruhig dann zu Hause schlafen gehen können.

Aber insgesamt, glaube ich, was den Ausbau des öffentlichen Verkehrs betrifft, daß wir vieles nachzuholen haben und daß manches versäumt und die Umweltbelastung durch den Individualverkehr praktisch ins Unerträgliche gesteigert worden ist.

Was den Großraum Graz anlangt, Kollege Löcker, manches ist richtig, was du gesagt hast, aber ein Defizit haben wir auch, unter dem wir sehr leiden, daß es uns nicht gelingt, auch hier den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Ich weiß schon, daß da manche Unzulänglichkeiten sind, Ausbau des Straßenbahnnetzes, die Stadtrationalbahn. Das sind ja alles Vorschläge, die sinnvoll sind.

Und damit komme ich zum Ende. Ich beende dann, wenn ich glaube, es paßt. Ich möchte nur sagen, ich habe meine Wortmeldung zurückgezogen gehabt, aber wenn andere zu dem Thema reden, dann rede ich auch. Ich lasse mir nicht Blödhheiten vorwerfen. Und eines, und das habe ich im Ausschuß auch schon gesagt: Glaubt ihr, daß es so einfach ist, wenn man nur zu zweit da ist und man hat über 20 Tagesordnungspunkte? Man muß sich das ja irgendwie einteilen, und es kann mich nicht freuen, wenn ich dann den Vorwurf kriege, so quasi, du redest schon wieder, was machst dich da wichtig. Ihr wißt ganz genau, wie das ist, es erwarten sich viele in dem Lande, wenn man da heringewählt ist, daß man sich auch zum Wort meldet. Ihr könnt's euch das viel leichter einteilen, da sitzen Leute in der Regierung.

Und ich sage es noch einmal, der Landeshauptfraustellvertreter Schachner, ich glaube, der hat ein Auftrittsverbot hier im Landtag. Der kommt, und nach fünf Minuten – ich habe den Eindruck, daß er eine

innere Uhr eingesteckt hat oder ein Alarmsignal von irgendeiner höheren Stelle erhält – verschwindet er wieder. Ich bin beeindruckt. (Abg. Schrittwieser: „Es gibt keine höheren!“)

Ich bin beeindruckt, wie wichtig er diese Arbeit hier schätzt. Wahrscheinlich sind alle seine anderen Termine wichtiger.

Aber wenn dann das Geld im Lande verteilt wird und in der Kulturszene, wo er höchst erfolgreich tätig ist, wo nichts weitergeht, nämlich noch viel weniger als unterm Landeshauptmann Krainer, und beim Kunsthaus hat man genau gewußt, das muß man verhindern, weil es war bei ihm so, wenn der Krainer gesagt hat, das Kunsthaus müssen wir dort bauen, hätte er wahrscheinlich gesagt, woanders, und wenn der Krainer gesagt hat, bauen wir es woanders, hätte er wieder gesagt, machen wir es dort. Und das war erfolgreiche Verhinderungspolitik in der Steiermark.

So war es. Aber, und ich bin ein gläubiger Mensch, es kommt im Leben alles zurück, und das, was er dem Krainer angetan hat bei dem Pfauengarten, war alles andere als schön. Ich habe den Krainer vor kurzem im Dom bei einer Messe getroffen und habe mit ihm geredet und habe ihm sagen wollen, ich bringe jetzt einen Antrag ein, daß der Landtag endlich einmal über den Standort „Kunsthaus“ diskutiert. Ich bin der Meinung, der Pfauengarten ist baureif. Es ist ein heller Wahnsinn, ein baureifes Projekt zu haben, und nur, weil man geglaubt hat, man muß den anderen bis ans Ende der Welt treiben und praktisch ruinieren, damit er einfach die Nerven wegschmeißt und sagt, mir reicht das, daß dort nichts mehr weitergeht.

Ich weiß es von euch, daß es geheißt hat, der Schachner hat oft genug gesagt, ich sage euch, solange der Krainer so sagt, sage ich mit dem Schmid – die ersten zwei Jahre war das so – anders, und wenn der anders sagt, dann sage ich wieder so. Und das war erfolgreiche Politik.

Und heute höre ich, wo immer er auftritt in der Steiermark, wir haben einen neuen Stil gefunden.

Aber ich sage dir, ich bin wirklich gläubig. Das mit dem Kunsthaus, was der Krainer – (Abg. Vollmann: „Du glaubst aber nur an dich selber!“) Ich glaube an dich auch manchmal. (Abg. Mag. Erlitz: „Martin, du bist schon gläubig, aber abergläubisch!“) Das macht nichts, aber ich glaube, daß im Leben alles, was man an Schlechtem tut, wieder zurückkommt. Und der Schachner hat das dem Krainer vermasselt und vermiest und hat zu seinem Scheitern einen Beitrag geleistet. Aber ich sage euch, er wird noch viel dramatischer scheitern und das Kunsthaus am Schloßberg wird ein Waterloo sein, wo er sich anschauen wird. Danke – Gute Nacht! (Beifall bei den Grünen und der ÖVP. – 22.30 Uhr.)

Präsident: Das Thema des Tagesordnungspunktes ist den Damen und Herren noch bekannt. Es liegt trotzdem keine weitere Wortmeldung vor, und ich ersuche Sie, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Handzeichen. Danke – Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen – Gute Nacht! (Ende der Sitzung: 22.31 Uhr.)